

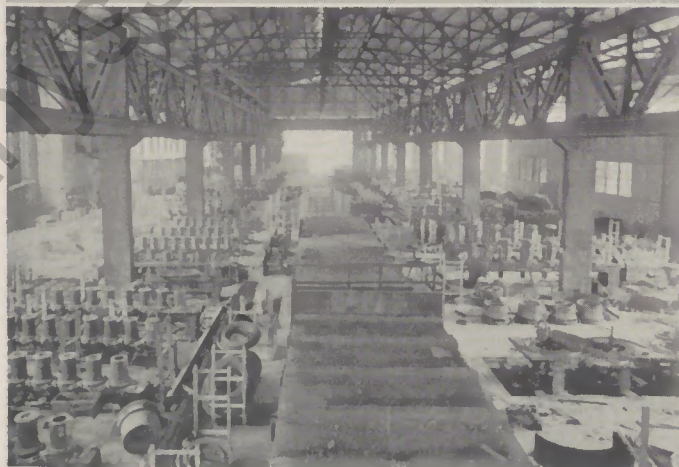
WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



MITTEILUNGSBLATT NR. 3

4. JAHRGANG

MÄRZ 1952



Der Weg unserer Abteilung Drahtverfeinerung seit Kriegsende

Im Jahre 1912 wurde mit der Errichtung einer Drahtverfeinerung im Anschluß an das Hüttenwerk begonnen. Die Wahl des Standortes fiel auf ein Gelände an der Springorumstraße, etwa 1 km östlich der Hütte. Starken Aufschwung erhielt der Bau in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg. Der Betrieb wurde sehr großzügig und nach Richtlinien angelegt, die auch heute noch Gültigkeit haben. Es entstand ein Werk mit einer Gesamtkapazität von etwa 5000 Monatstonnen an gezogenen Drähten, welches in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg als eines der größten und besteingerichteten Drahtwerke Deutschlands anzusprechen war. Neben gezogenen Drähten aus Eisen und Stahl stellte man folgende Erzeugnisse her: Verzinkte Drähte aus Eisen und Stahl, Drahtseile, Viereckgeflechte, Sechseckgeflechte, Versatzgeflechte für den Bergbau, Stacheldrähte, Schweißdrähte, Stangen, Stifte und Schlaufen. In den eigenen Drahtverarbeitungsabteilungen wurden bis zu 1300 Monatstonnen gezogener Drähte auf die genannten Drahterzeugnisse verarbeitet.

Im Laufe des letzten Weltkrieges wurde dieser schöne Betrieb durch Bombeneinwirkung nahezu völlig vernichtet. Die enge Nachbarschaft zu der mehrfach angegriffenen Benzinfabrik verursachte in der Drahtverfeinerung einen Grad von Bombenschäden, wie er in keiner anderen Betriebsabteilung des Hüttenwerkes zu finden war. Die Drahtverfeinerung hat somit den traurigen Ruhm, die am meisten zerstörte Abteilung des Hüttenwerkes gewesen zu sein. Der Zustand im Zeitpunkt des Zusammenbruchs kann in wenigen Worten etwa folgendermaßen geschildert werden:

Alle Hallen schwer zerstört; die Dächer völlig abgedeckt; der Maschinenpark ein Trümmerhaufen; sämtliche Gleise und Wege mit riesigen Schuttmassen bedeckt und unbefahrbar; die Kanalisation tiefgreifend zerstört.

Trotz dieser fast aussichtslosen Lage begann sofort nach Schluß des zweiten Weltkrieges der Wiederaufbau. Trümmer wurden fortgeräumt, brauchbare Maschinen aus dem Schutt geborgen und repariert, mit Wellblechen und anderen behelfsmäßigen Mitteln die Hallen notdürftig instand gesetzt, Gleise und Fahrbahnen freigelegt. Nach wenigen Monaten konnte bereits wieder der erste Draht gezogen werden.

Mit bewundernswürdiger Energie und unter bittersten Arbeitsverhältnissen hat die Stammsgesellschaft der Drahtverfeinerung (etwa 200 Mann) sich für den Wiederaufbau der Drahtverfeinerung eingesetzt. Es ist keine Übertreibung, wenn hier als Beispiel berichtet werden muß, daß z. B. in der notdürftig zusammengeflückten Stacheldrahthalle Stacheldraht hergestellt wurde, während der Schnee mehrere

Zentimeter hoch innerhalb der Halle und auf den Maschinen lag. Jeder, der an diesem Aufbau mitarbeitete, war sich klar darüber, daß nur durch zähes Durchhalten die früheren Arbeitsplätze auch für die Zukunft gesichert werden konnten. Von der Stammsgesellschaft der Drahtverfeinerung, die sich dieser Aufgabe unterzog, hatte mehr als die Hälfte eine Werkzugehörigkeit von 25 oder mehr Jahren aufzuweisen!

Aus den Bildern Nr. 1, 2 und 5 ist ein kleiner Eindruck über den Grad der Zerstörungen der Drahtverfeinerung zu gewinnen. Das Bild Nr. 6 zeigt, in welcher Weise mit behelfsmäßigen Mitteln die Produktion wieder in Gang gesetzt werden konnte. So geschah z. B. das Verzinken der Drähte und ebenso das Patentieren jahrelang unter niedrigen Notdächern; aber die Produktion stieg von Monat zu Monat, und von Monat zu Monat konnten mehr Angehörige der Drahtverfeinerung wieder auf ihre angestammten Arbeitsplätze zurückkehren, nachdem sie in der Zwischenzeit Auf-

Die nebenstehende Fotomontage zeigt:

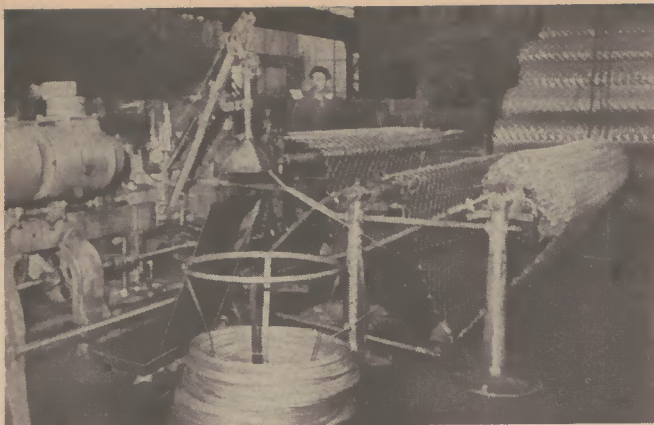
- Bild 1 bombenzerstörte Halle
 - Bild 2 bombenzerstörte Fertiglagerhalle
 - Bild 3 Fertiglagerhalle im Wiederaufbau
 - Bild 4 Fertiglagerhalle heute
 - Bild 5 bombenzerstörte Drahtverzinkerei
 - Bild 6 Nothalle in der Drahtverzinkerei
 - Bild 7 Drahtverzinkerei heute
 - Bild 8 demonitierte und zusammengestellte Drahtseilerei-Maschinen
 - Bild 9 Drahtzieherei während der Demontage
 - Bild 10 Drahtzieherei heute
-

räumungs- und Wiederherstellungsarbeiten ausgeführt hatten. Der Aufbau wurde in der Zeit vor der Währungsreform durch die Gesamtlage des Hüttenwerkes gehemmt, da die finanziellen Möglichkeiten außerordentlich beschränkt waren. In welchem Maße trotzdem die Produktion stieg, läßt sich aus der Erzeugungskurve (Schaubild) deutlich erkennen.

Die Hoffnung, daß das Schlimmste überwunden sei, gab immer neuen Mut zur Weiterarbeit. Da schlug plötzlich im Oktober 1947 wie ein nochmaliger vernichtender Bomben-



Auflaufseite der Drahtverzinkung



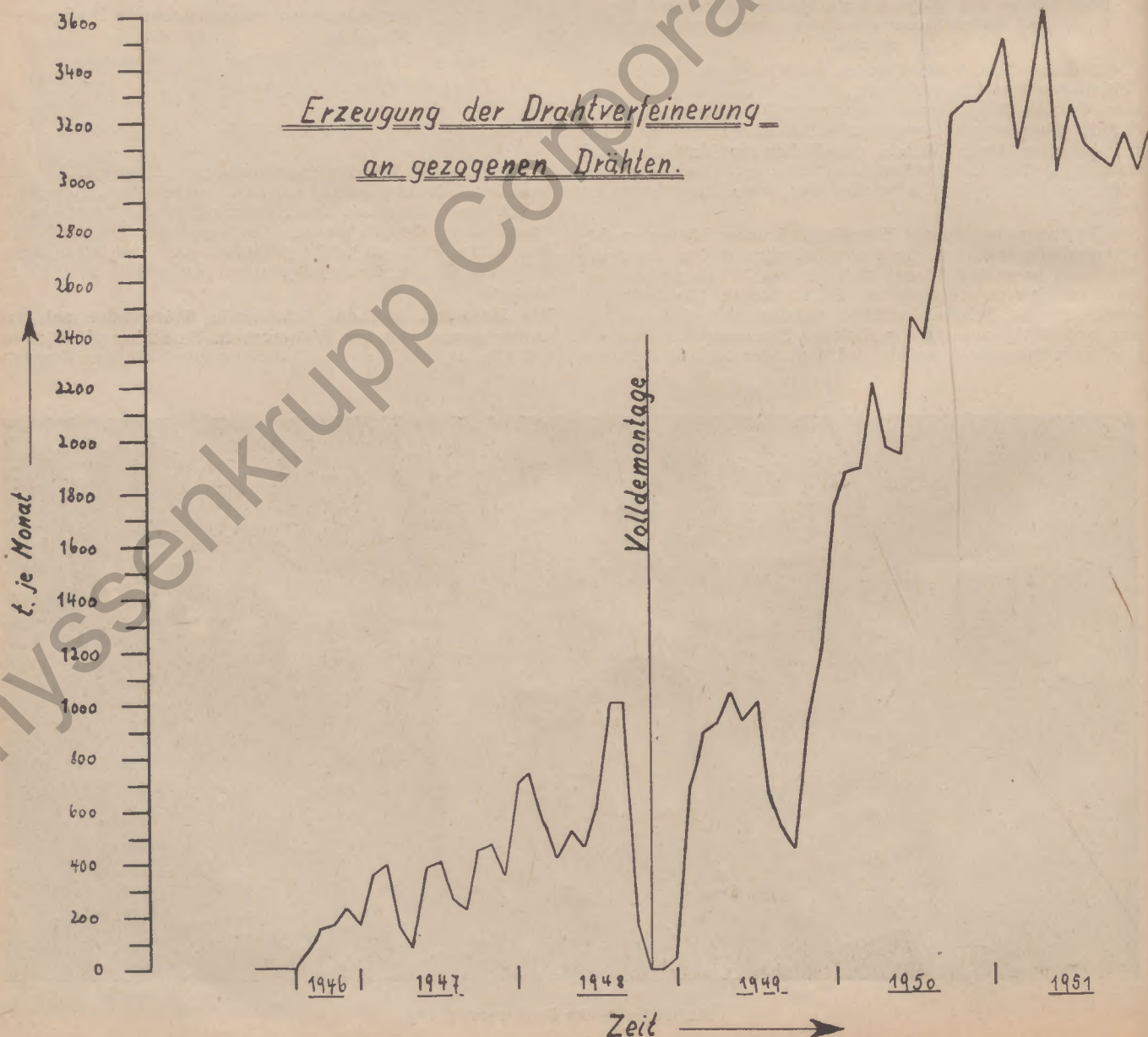
Viereckilecht-Automat

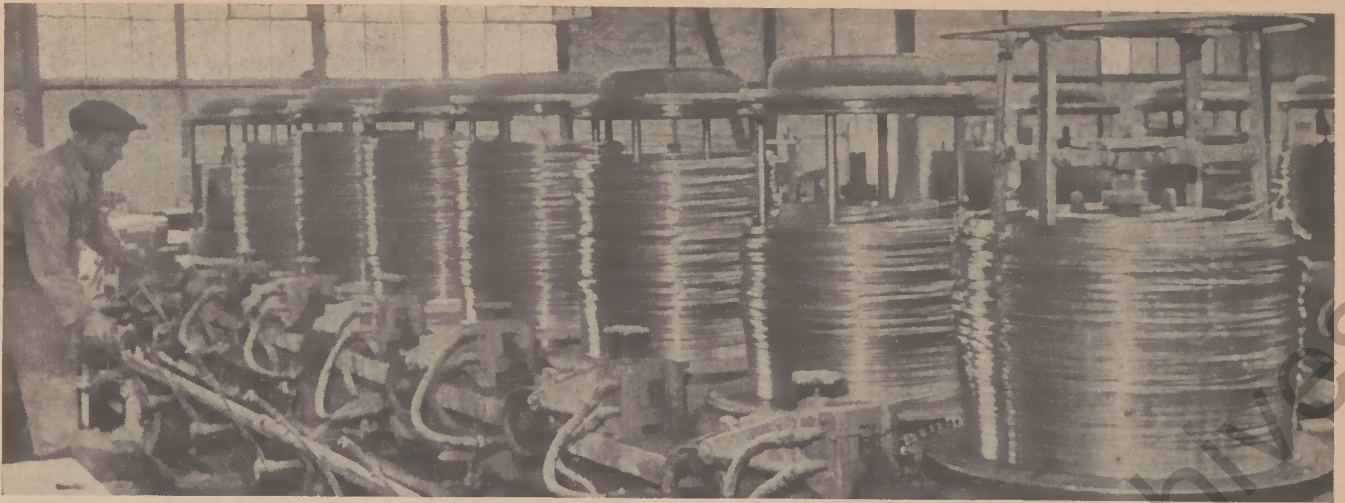
angriff die Mitteilung ein, daß die **gesamte Drahtverfeinerung auf die Demontageliste gesetzt** worden war. Jede Anstrengung der vergangenen Jahre schien umsonst. Ja, es bestand sogar die Gefahr, daß mit der Demontage der Drahtverfeinerung für das Hüttenwerk der Weiterbetrieb einer eigenen Drahtverfeinerung grundsätzlich verboten sein würde. Damit hätten alle langjährigen Belegschaftsangehörigen der Drahtverfeinerung ihre Arbeitsplätze endgültig verloren.

Es begann ein harter Kampf um die Abwendung dieses Schicksals. Vorschläge zur Verteilung der Demontage auf

die gesamte Drahtindustrie, Austauschvorschläge, Rückkaufvorschläge und vieles mehr wurde in ununterbrochener Folge und mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums Nordrhein-Westfalen vorgetragen. Schritt für Schritt wurden im Laufe der Monate Erleichterungen erkämpft. Der Weiterbestand einer Drahtverfeinerung in Dortmund wurde durch Erteilung des Permits gesichert, die Erhaltung der Kran- und Ofenanlagen zugestanden. Der Kampf zögerte sich aber so lange hin, daß die Demontage im Sommer 1948 wirklich durchgeführt wurde. **Sämtliche Maschinen der Drahtverfeinerung mußten abgebaut** und in der Seilerei-Flechtereihalle zum Abtransport zusammengestellt werden (Bild Nr. 8). Alle stärker beschädigten Maschinen wurden verschrottet. Der Betrieb kam dadurch in den Monaten Oktober, November, Dezember 1948 völlig zum Stillstand. Alle Hallen standen gähnend leer — ohne Maschinen, ohne Leben. Alles war tot.

Was nicht tot war, das war der Wille zum nochmaligen Anfang, zum nochmaligen Wiederaufbau dieser Abteilung. Innerhalb von drei Monaten nach dem totalen Stillstand ließ sich mit einigen Maschinen aus dem Maschinenaussgleich bereits wieder eine Erzeugung von 1000 Monats-tonnen an gezogenem Draht ermöglichen. **Im April 1949 endlich kam die glückliche Wendung:** die Einstellung der Alliierten zur Demontage hatte sich inzwischen so stark geändert, daß sämtliche 29 demontierten Drahtzüge freigegeben wurden und an ihre alten Stammplätze zurückgesetzt werden konnten. Leider traf diese Erleichterung nicht die Drahtverarbeitungseinrichtungen, wie Drahtseilermaschinen, Flechtautomaten, Stacheldrahtmaschinen, Stiftpressen usw. Dieser ganze Maschinenpark ging verloren. Er





Mehrfach-Grobziehmaschine

mußte größtenteils nach Belgien, teils nach Holland abgegeben werden.

Nach einem Absatzzrückschlag im Sommer und Herbst 1949 ging die Erzeugung bis zum September 1950 in schnellem Tempo bis auf 3200 Monatstonnen. Allerdings bezog sich diese Steigerung überwiegend auf gezogene Drähte, während die Verarbeitung dieser Drähte auf Drahterzeugnisse durch das Fehlen von Verarbeitungsmaschinen erheblich zurückblieb. Mit der Festigung der finanziellen Lage des Hüttenwerkes konnten auch wieder größere Beträge für die Beschaffung neuer Maschinen und den Wiederaufbau der Gebäude zur Verfügung gestellt werden, so daß von Monat zu Monat die Lage der Drahtverfeinerung besser wurde.

Das Jahr 1951 zeigte keine Steigerung der Erzeugung an gezogenen Drähten mehr, weil leider die Walzdrahtzuteilung Beschränkungen unterlag. In diesem Zeitraum wurde jedoch die Aufholung der Lücken in der Verarbeitungsmöglichkeit erheblich weitergetrieben, so daß auch der Umsatz der Drahtverfeinerung trotz nahezu gleichbleibender Produktion an gezogenen Drähten sich bis auf 2 Millionen DM je Monat erhöhte und damit einen wesentlichen Anteil am Umsatz der Gesamthütte erreichte.

Die Belegschaft der Drahtverfeinerung wuchs durch Einstellung neuer Arbeitskräfte bis auf 383 Mann Ende 1951. Nahezu jedes Belegschaftsmitglied konnte seinen früheren Arbeitsposten wieder einnehmen, mit Ausnahme der Beleg-

schaft der Drahtseilerei. Auf die Neuausrüstung dieser völlig demontierten Abteilung wurde zugunsten der Dortmunder Drahtseilwerke verzichtet, die durch die Bildung der neuen Kerngesellschaft wieder mit der Hütte zusammengeschlossen werden.

In der Halle der früheren Seilerei ist eine andere Fabrikation vorgesehen. Ganz neu aufgenommen wurde in Verbindung mit der Agil-Schweißdraht Dr. Vaas G. m. b. H. die Fertigung umhüllter Schweißelektroden.

Wer heute durch die Drahtverfeinerung geht, sieht an vielen Stellen noch starke Zerstörungen des Bombenkrieges, und es bleibt für die Zukunft noch vieles zu tun. Er sieht aber auch die Auswirkungen des gesunden Wiederaufbauwillens einer Abteilung und ihrer Belegschaft, die durch zwei Schicksalsschläge vielleicht hätte mutlos werden können. Neue Gebäude, z. T. schöner und zweckmäßiger als die alten, neue Maschinen, die dem modernsten Stand der Technik entsprechen, neue Straßen und Gleise geben Zeugnis von dem, was geschaffen worden ist.

Das Schicksal unserer Drahtverfeinerung war das schwerste von allen Drahtbetrieben Westdeutschlands. Keiner von ihnen wurde so stark bombenzerstört, keiner so weitgehend demontiert. Sie hat sich jedoch das Ziel gesetzt und ist auf dem Wege, wieder in die Spitzengruppe der deutschen Werke dieses Industriezweiges aufzurücken.

— Harkort —

Dr. H. H. Kuhnke - Duisburg:

Die Ruhr im Schmelztiegel der Zeit

1. Zwischen Westen und Osten

Dr. H. H. Kuhnke vom Nordwestdeutschen Hütten- und Bergwerksverein Duisburg stellt uns eine größere und sehr interessante Arbeit zur Verfügung, mit deren Abdruck wir in der heutigen Ausgabe beginnen. Sie wird in der nächsten und übernächsten Ausgabe fortgesetzt.

Das Ruhrgebiet, kurz „die Ruhr“ genannt, war bis vor wenigen Jahren ein ziemlich festgefügtes Gebilde. Verhältnismäßig wenige große, straff organisierte Konzerne beherrschten die Kohlenförderung und die Stahlerzeugung. Diese Konzerne hatten bei allem echten Wettbewerb ein starkes Solidaritätsgefühl; es war geboren in schwersten Krisenzeiten; es hatte seinen sichtbaren Ausdruck gefunden in großen Gemeinschaftsorganisationen (RWKS, Stahlwerksverband) und in großen Gemeinschaftsunternehmen (Ruhrchemie, Ruhrgas u. a.).

Seit nunmehr über sechs Jahren ist dieses gewaltige soziologische Gebilde in einen ebenso gewaltigen Auflösungsprozeß hineingeraten. Dieser Auflösungsprozeß ist die unmittelbare Folge eines erklärten Kriegszieles der Alliierten und gleichzeitig die Folge einer bestimmten innerpolitischen Zielsetzung, die man vielleicht am kürzesten mit der Formel „Demokratisierung der Schwerindustrie“ umschreiben kann.

Es ist bis heute nicht gelungen, diesen Auflösungsprozeß zu einem Abschluß zu bringen. Man kann leider auch nicht sagen, daß dieser Auflösungsprozeß sich schon zu einem

organischen Umbildungs- oder vielleicht sogar fruchtbaren Neuordnungsprozeß weiterentwickelt hätte. Der Kessel kocht immer noch. Immer noch, also seit über sechs Jahren, rühren unzählige Köche den Brei; sie sind uneinig über die Zutaten, uneinig über die Gärzeit, uneinig darüber, welche hungrigen Mäuler etwas bekommen sollen, und uneinig auch darüber, wie groß denn die Mahlzeit für jeden sein darf, damit sie allen bekömmlich ist.

Um deutlich zu machen, um welche Größenordnungen es geht, zunächst einige Zahlen:

Mehr als 250 000 Stahlarbeiter und mehr als 450 000 Bergarbeiter zwischen Dortmund und Duisburg mühen sich tagtäglich ab, den Schrei nach mehr Kohle, nach mehr Stahl zu befriedigen. Dieses Gebiet ist so klein und so dicht besiedelt, daß es von einer Ecke bis zur anderen mittels Straßenbahnen durchquert werden kann. Die Arbeiter in diesem Raum sind fest organisiert; die Bergarbeiter zu über 90 Prozent, die Stahlarbeiter zu einem nicht wesentlich darunter liegenden Prozentsatz. Die Auflage der wöchentlich erscheinenden Zeitung der IG Bergbau beträgt

602000, die der zweimal im Monat erscheinenden Zeitung der IG Metall 1,5 Millionen.

Eine Handvoll Unternehmen mit riesigen Produktions- und Belegschaftsziffern bestimmt das Schicksal von Millionen Menschen im Norden und Süden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes und weit über dessen Grenzen hinaus.

Unsere Rohstahlerzeugung ist seit 1949 immer noch auf 11,1 Millionen jato begrenzt; tatsächlich liegt sie — z. Z. aus Verteidigungsgründen widerruflich zugelassen — bei 13,6 Mill., wenn man die Septembererzeugung, und sogar bei 15,1 Mill. jato, wenn man die Oktobererzeugung zugrunde legt (einschl. der Kohle-Eisen-Austauschmengen). Etwa 25% macht der Importkohlenanteil am Gesamtkohlenverbrauch der eisenschaffenden Industrie aus, der durch Reexporte bezahlt werden muß. Im Oktober waren rund 660 000 t Walzstahl im Inland verfügbar und rund 150 000 t für den Export und Reexport notwendig (78% zu 17,5%). Im ersten Industrieplan 1946 war unsere Rohstahlerzeugung auf 5,9 Mill. jato, im zweiten Industrieplan 1947 auf 10,7 Mill. jato beschränkt. Demgegenüber stand ein schon damals richtig geschätzter Inlandsbedarf von mehr als 14 Mill. jato. Mit den heute zugelassenen 11,1 Mill. jato liegen wir etwa 35% unter unseren alten Erzeugungszahlen; gleichzeitig haben die übrigen ERP-Länder ihre alten Erzeugungszahlen von 18,3 auf über 30 Mill. jato, also um 68,6%, steigern sollen und auch tatsächlich gesteigert.

Die von Kriegszerstörungen und Demontagen überaus schwer mitgenommene deutsche Eisen- und Stahlindustrie erbringt ihre derzeitigen beachtlichen Leistungen mit stark überalterten Anlagen. Diese Anlagen sind jahrzehntealt; in den Cadillac-Werken soll keine Werkzeugmaschine älter als etwa 1½ Jahre sein.

Nicht anders ist es bei der Kohle. In der Zechenkraftwirtschaft z. B. sind 40% der Dampfkessel länger als 25 Jahre in Betrieb; bei einem Drittel davon liegt der Wirkungsgrad unter 60%. Gleiches gilt für 40% der Kompressoren. Die notwendigerweise kontinuierliche Massenproduktion von Kohle und Stahl hat in aller Welt zu einer kaum mehr vorstellbaren Kapitalintensität geführt.

Man rechnet heute an Investierungskosten mit etwa 100 DM je jato Kohlenförderung und 800 DM je jato Rohstahl. Eine moderne Schachtanlage mit einer Jahresförderung von 5 Millionen t zu errichten, kostet heute etwa 500 Millionen DM, ein modernes Eisen- und Stahlwerk etwa 800 Millionen DM bei einer Jahresproduktion von 1 Million t.

Der Umsatz der Hochofen-, Stahl- und Walzwerke belief sich 1950 auf rund 4 Milliarden DM; das investierte Kapital kann man vorsichtig bei einer Rohstahlerzeugung von 12 Millionen t auf mindestens 6 Milliarden DM schätzen. Der dringendste Investitionsbedarf der Eisen- und Stahlindustrie beläuft sich auf rund 2,5 Milliarden DM. Die Zahlen für die Ruhr-Kohle sind gleich gewaltig. Mehr als 100 Millionen t Förderung im Jahre 1950 im Werte von über 3,6 Milliarden DM sind die Leistung einer hart arbeitenden Gemeinschaft. 1951 werden diese Leistungen noch erheblich übertroffen. Über die schon investierten und weiter zu investierenden Milliardenwerte, über die Erträge dieser gewaltigen Industrie und ihre Verwendung, über die Löhne und Gehälter sowie über die soziale Fürsorge für mehr als 700 000 Arbeiter und Angestellte mit ihren mindestens doppelt so vielen Familienangehörigen, über die Organisationsfragen und -formen sowie über die Stellung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung werden in Zukunft in einigen Dutzend neu gebildeter Gesellschaften neu gebildete Aufsichtsräte und Vorstände entscheiden.

Diese Männer stehen vor Entwicklungen, die an ihre Entschlußkraft, ihr Verantwortungsbewußtsein, ihren Weitblick und ihren Sachverstand ungewöhnliche Anforderungen stellen werden. Drei dieser Problemkreise, die über die erfolgreiche Führung des eigenen Unternehmens hinaus von großem Einfluß auf das Schicksal von Kohle und Stahl an der Ruhr sein werden, will ich versuchen, anzudeuten. Es sind drei Entwicklungsmöglichkeiten, deren Lösung an der Ruhr weitreichende Folgen für die ganze übrige deutsche Wirtschaft haben werden:

Kohle und Stahl an der Ruhr sehen sich zwei neuen, im Wettlauf miteinander befindlichen Industrialisierungsvorgängen im Westen und Osten gegenüber.



Teilansicht unseres Hüttenwerkes



Das Gesicht der Ruhr: Hochofen . . .

Beide Vorgänge machen rasche Fortschritte. Sobald sie zu einem gewissen Abschluß gekommen sein werden, wird die Ruhr sich in einer wenig liebevollen Umklammerung befinden, die ihr das Atmen schwer machen wird. Ich meine folgendes:

Im Westen von uns,

nämlich in USA, befindet sich eine geradezu gigantische Stahlindustrie im schnellen Aufbau. Sie arbeitet mit einem für europäische Begriffe fast unvorstellbaren Höchstmaß an Produktivität; die Kopfleistung liegt etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller westeuropäischen Länder. Modernste Produktions- und besonders auch Transportanlagen werden binnen kurzem die Rohstahlerzeugung in USA auf 120 Millionen jato bringen. Die USA werden dann fast 50% mehr Rohstahl zur Verfügung haben als am Ende des zweiten Weltkrieges, also zu einer Zeit, in der Erzeugung und Verbrauch einen ungeahnten Höhepunkt erreicht hatten. Abgesehen von dem absoluten Mehr muß man auch noch das relative Mehr sehen: dank der Qualitätsverbesserungen und des sonstigen technischen Fortschritts wird immer weniger Stahl für die gleichen Zwecke benötigt.

Das Ziel Amerikas ist es: den laufenden Zivilbedarf zu decken, gleichzeitig den eigenen Rüstungsbedarf und den der westlichen Welt zu decken, gleichzeitig eine solche, jederzeit einsatzbereite Kapazitätsreserve zur Verfügung zu haben, daß ein etwa eintretender Kriegsverbrauch gedeckt werden kann.

An die Stelle der pax Britannica, beruhend auf der fleet in being, soll die pax America treten, beruhend auf einer industry in being. Daß eine solche industry in being völlig neue weltwirtschaftliche Probleme auslösen wird, ist sicher. Kann sich heute schon kein Staat mehr der Forderung seiner Bevölkerung nach Vollbeschäftigung entziehen, so werden wir binnen kurzem auch den Druck der industry in being zu spüren bekommen. An die Stelle einer mehr statischen Machtentfaltung, gekennzeichnet durch stehendes Heer und Flotte, die im Verhältnis zur Wirtschaft des Landes als Großverbraucher auftraten, tritt heute die mehr dynamische Machtentfaltung,

gekennzeichnet durch eine im Verhältnis zum zivilen Lebensstandard überdimensionierte Schlüssel-industrie, die als ständiger potentieller Erzeuger auftritt und um ihrer ständigen Leistungsbereitschaft willen auch ihre Produktionsansprüche geltend machen wird.

Im Osten von uns,

nämlich hinter dem sog. „Eisernen Vorhang“, vollzieht sich gleichzeitig eine gewaltige industrielle Revolution in weiten, vor kurzem noch weit überwiegend agrarischen Gebieten. In Polen beispielsweise ist der von landwirtschaftlicher Beschäftigung lebende Bevölkerungsanteil von 65% im Jahre 1931 auf 45% im Jahre 1950 gefallen. Was sich an der Oder, der Weichsel, der Donau, also in Ostdeutschland, in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, um gar nicht von Rußland selbst zu sprechen — abspielt, ist nicht wieder rückgängig zu machen, was immer geschehen mag.

Es gibt nirgends in der Welt „Morgenthau-Lösungen“, allenfalls karthagische (total zerstörende). Im Jahre 1949 hat in den genannten Staaten die systematische Durchführung von langfristigen Plänen begonnen, die alle mit den bekannten 5-Jahres-Plänen der Sowjetunion koordiniert sind. Bulgariens Pläne sollen Ende 1953, die Pläne für Ostdeutschland (der 5-Jahres-Plan für die Deutsche Demokratische Republik ist am 1. November 1951 verkündet worden), Polen und Rumänien Ende 1955 und die tschechischen und ungarischen Pläne bereits von Mitte 1952 bis Mitte 1953 erfüllt sein. Und alle diese Pläne haben den Aufbau einer gewaltigen Schwerindustrie zum Hauptinhalt. Ihr Ziel ist die völlige Industrialisierung, die Verstärkung, die Mechanisierung des ehemaligen bäuerlichen Landes mit seinen rund 90 Millionen Einwohnern, die ständig wachsen.

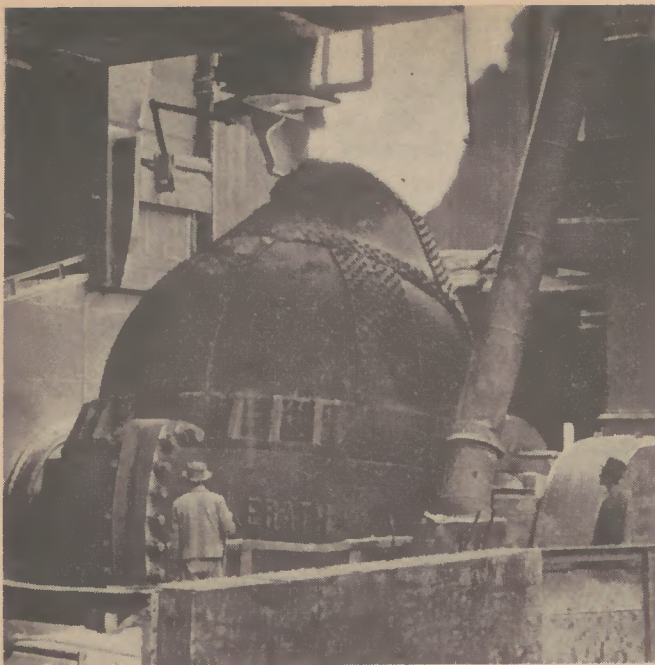
Binnen kurzem sollen folgende Ziele erreicht sein: 133 Mill. t Kohle, 290 Mill. t Braunkohle, 13 Mill. t Erdöl, 80 Milliarden kWh elektrische Energie, 16 Mill. t Stahl. Sechs neue, große Anlagen mit einer Rohstahlkapazität von rund 8 Mill. jato sind in Fürstenberg a. d. Oder, in Brandenburg, in der Nähe von Ostrau, im tschechischen Schlesien, in Ungarn und in Nowa Huta nahe Krakau in Polen in Bau.

Wir wissen, daß jeder Industrialisierungsprozeß ein sozial schmerzlicher Vorgang ist, der nicht ohne Erschütterungen vor sich geht. Wir wissen aber weiter auch, daß er, einmal in Gang gebracht, unaufhaltsam ist und weitreichende Folgen über das industrialisierte Gebiet hinaus hat.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Lage der Ruhr-industrie vor einigen Jahrzehnten im wirtschaftlichen Span-



. . . und Förderturm



An der Thomasbirne

nungsfeld zwischen West und Ost und vergleichen Sie damit die heutige Lage der Ruhrindustrie im gleichen Spannungsfeld. Das Bild hat sich völlig in sein Gegenteil verwandelt! Die Ruhr ist nicht mehr der große Bruder mit seinen kleinen Geschwistern an der Hand; die Ruhr geht heute als Stiefkind zwischen einem jungen, starken, leider gerade im schönsten Streit befindlichen, wenn nicht gar schon geschiedenen Ehepaar, nicht liebevoll betreut oder auch nur verständnisvoll beobachtet, sondern ziemlich lieblos hin und her gezerrt.

Damit ist auch unser Platz an dem gedeckten Tisch der Natur ein anderer geworden; Erze, Schrott, Koks- und Kohle u. a. m. werden erst den Eltern gereicht, und wir müssen sehen,

was übrigbleibt und obendrein noch teures Kostgeld dafür zahlen. Vom Absatzproblem will ich gar nicht sprechen! Sie werden mit mir der Meinung sein, daß — unsere allgemeine Wirtschaftspolitik will ich dabei gar nicht erörtern — weder das militärische Sicherheitsamt noch die eigene fiskalische Steuerpolitik in ihren derzeitigen, Ihnen ja hinreichend bekannten Maßnahmen den Weitblick beweisen, der uns alle ruhig arbeiten und ruhig schlafen lassen könnte.

In Kohle und Eisen gibt es nun einmal keine kurzfristigen Patentlösungen; es sind langfristige Probleme mit langfristigen Lösungen, die sich vor uns auftürmen. 100 000 Bergarbeiterwohnungen bauen, neue Schächte niederbringen, große Stahlwerke bauen, moderne Walzenstraßen erstellen, das ist Arbeit für Männer, die über ihre eigene kurze Lebenszeit hinweg denken und handeln können. Wer dabei um seine politische Existenz von morgen bangend die Entscheidungen von heute trifft, wird das „Zuwenig“ und „Zuspat“ nicht überwinden. (Fortsetzung folgt.)



Tief im Schacht

Das Blut der Welt

Allmonatlich hat unser Hüttenwerk einen Verbrauch an Öl und Schmierstoffen in Höhe von rund 60 Tonnen! Es gibt kaum einen Mann des Betriebes, der nicht irgendwie mit Öl zu tun hat. Auch deswegen wird jeden die nachstehende interessante Arbeit interessieren.

Mit Recht heißt das Öl — das auch das riesige Räderwerk unserer Betriebe am Laufen hält — „das Blut der Welt“. Die weltweite Bedeutung des Oles — wer denkt hier nicht an Abadan, Kuweit usw. — erhellte aus einem Vortrag, den Diplommolkwirt Wolfgang Oehme von der Esso vor dem „Presseverein Ruhr“ hielt:

Eine moderne Wirtschaft ist heute ohne eine kontinuierliche und den wachsenden Anforderungen sich elastisch anpassende Energieversorgung nicht mehr denkbar. Die Produktionsentwicklung aller neuzeitlichen Volkswirtschaften spiegelt diese Erkenntnis eindeutig wider. Die Wiederaufbauplanungen vom Kriege zerstörter Länder sehen daher als wesentliche Voraussetzung die Schaffung leistungsfähiger Energiespender an. Eine der wichtigsten Energiequellen, die von Jahr zu Jahr in der Weltwirtschaft größere Bedeutung erlangt und heute als unumgängliche Voraussetzung einer dynamischen Leistungssteigerung angesehen wird, ist das Mineralöl.

Wenn man heute die Produktionsstatistiken der Vereinigten Staaten zur Hand nimmt und mit den Leistungen anderer Länder vergleicht, so weisen sie eine bei weitem überlegene Leistung pro Arbeitskraft auf. Dies ist zu einem erheblichen Maße darauf zurückzuführen, daß man dort schon frühzeitig die großen Vorteile der Energiequelle Öl erkannt und zielbewußt für die Volkswirtschaft und damit zugleich für die Weltwirtschaft erschlossen hat. Pro Kopf der Bevölkerung wird in den USA 10mal soviel Energie wie im Durchschnitt der übrigen Welt verbraucht. An der Energieversorgung der Vereinigten Staaten ist heute das Öl zusammen mit dem Erdgas mit rund 55% beteiligt, die Kohle mit etwa 40%, während noch um die Jahrhundertwende nur 8% auf das Öl entfielen und 89% der gesamten Energieversorgung von der Kohle bestritten wurden. In den letzten 10 Jahren hat sich in einer ungeahnten

dynamischen Aufwärtsentwicklung der Mineralölverbrauch Nordamerikas um 30% erhöht. Zum Vergleich sei erwähnt, daß in Westeuropa das Öl nur mit etwa 13% an der Energiebilanz beteiligt ist, in Westdeutschland sogar nur mit 4%.

Angesichts des hohen Anteils des Oils an der amerikanischen Energieversorgung ist es kein Wunder, daß heute die amerikanische Mineralölwirtschaft der viertgrößte Industriezweig des Landes ist, vor der weitgehend industrialisierten Landwirtschaft, den Eisenbahnen und den Versorgungsbetrieben. Nach einer Entwicklungszeit von noch nicht einmal 100 Jahren stellt die amerikanische Mineralölwirtschaft, die das weltwirtschaftliche Geschehen durch ihre einmaligen Leistungen in den letzten Jahrzehnten entscheidend bestimmt hat und noch weiterhin beeinflusst, einen Industriezweig mit rund 34 000 Unternehmungen dar. Anlagevermögen im Werte von etwa 33 Milliarden \$ weisen diese Betriebe auf, in denen rund 2 Millionen Menschen Beschäftigung finden. Von dem investierten Kapital entfallen etwa 56% auf Förderung, 13% auf Transport, 18% auf die Verarbeitung und 12% auf den Vertrieb. Allein im Jahre 1951 hat dieser Industriezweig 4 Milliarden \$ Steuern gezahlt, also etwas mehr als 17 Milliarden DM, knapp soviel wie der gesamtdeutsche Bundeshaushalt gegenwärtig beträgt.

Die einzelnen Leistungen der Mineralölindustrie für die amerikanische Wirtschaft sowie die Weltwirtschaft und die wohl einmalige Dynamik einer industriellen Entwick-

lung zeichnen sich am eindringlichsten bei einem Blick auf den Ölkreislauf ab.

1. Ölsuche

Die Ölsuche war etwa bis zum Beginn des 1. Weltkrieges auch in den Vereinigten Staaten ein spekulatives Beginnen wie einst die Goldsuche. Die Notwendigkeit, immer größere Ölmengen fortlaufend zur Verfügung zu stellen und das Risiko des Kapitaleinsatzes zu vermindern, zwangen zur Entwicklung wissenschaftlicher Suchverfahren. Ihre Bedeutung erkennt man erst recht, wenn man einmal die Öljäger im undurchdringlichen Dschungelgebiet des Mississippi, in den Gewässern vor der Golfküste oder in schwer zugänglichen Gebirgen gesehen hat. Je tiefer man in den Boden eindringen muß, um Öl zu finden, und je mehr man dazu bisher als unerschließlich geltende Gebiete betreten muß, um so wichtiger ist die wissenschaftliche Ölsuche. Welch große Bedeutung man diesem Zweig der Ölwirtschaft in den USA zumißt, geht daraus hervor, daß allein für die Entwicklung seismographischer Meßverfahren zur Ölsuche bisher rund 66 Millionen Dollar ausgegeben worden sind. Viele der in Amerika entwickelten Verfahren haben ihren Weg überall in die Welt gefunden und in allen Ländern der Erde, in denen Öl gewonnen wird, bei der Erschließung neuer Quellen entscheidend mitgeholfen.

2. Ölbohrung

Der größte Kapitaleinsatz, der gegenwärtig in der amerikanischen Ölwirtschaft von einem einzigen Zweig dieser Industrie benötigt wird, ist in der Produktion, der Ölbohrung, anzutreffen. In mehr als der Hälfte der US-Staaten wird heute gebohrt. Rund 450 000 Bohrstellen liefern die flüssige Energie. Bei dieser intensiven Bohrtätigkeit wird alle 13 bis 15 Minuten eine neue Bohrung niedergebracht und etwa alle 23 Minuten eine neu produzierende Quelle erschlossen. 18 000 Gesellschaften mit rund 200 000 Arbeitskräften sind in diesem Sektor der Mineralölwirtschaft tätig, wobei allerdings die für die Gesamtversorgung entscheidenden Bohrleistungen von den großen Gesellschaften vollbracht werden: Denn die Ölbohrung ist ein ungewöhnlich kapitalintensives Unternehmen. Vor dem Kriege gaben

die Gesellschaften für Bohrungen jährlich rund 40–50 Millionen Dollar aus. Im vergangenen Jahr wurden für die Bohrtätigkeit mehr als 1,2 Milliarden Dollar aufgewandt, da man in bisher unerschlossene Gebiete vordringen und zugleich auch im allgemeinen tiefer als in den letzten Jahren bohren mußte. Die durchschnittlichen Bohrkosten sind im vergangenen Jahr mit 85 000 Dollar pro Bohrung berechnet worden, aber häufig werden diese Kosten bei weitem überschritten, so vor allem bei den Bohrungen in der offenen See vor der Küste, die im allgemeinen einen Aufwand von mehr als eine Million Dollar pro Bohrstelle erfordern.

Verfahren der Ölkonservierung haben es ermöglicht, die einzelnen Bohrungen rationeller auszuwerten und gegebenenfalls die ölhöffigen Schichten auch besser zu entölen. Während man früher nur mit einem Entölungsprozentsatz von 30–40% rechnete, haben moderne Verfahren eine Entölung bis zu 60–65% ermöglicht.

Verstärkte Ölsuche und rationelle Bohrtätigkeit erlauben der amerikanischen Mineralölwirtschaft, sich elastisch dem wachsenden Bedarf des Landes anzupassen. Als Drake 1859 bohrte, wurden in den USA 700 t gefördert. 1938 waren es 173 Mill. t bei einer Weltausbeute von 283 Mill. t. 1951 wurden in den Vereinigten Staaten rund 310 Mill. t bei einer Weltproduktion von knapp 600 Mill. t gefördert, d. h. die USA sind heute nach wie vor das führende Ölland und liefern mehr als 50% der Weltproduktion. Zum Vergleich sei erwähnt, daß eines der wichtigsten Erdölgebiete, der Mittlere Osten, das vor allem Westeuropa versorgt, im vergangenen Jahr eine Ausbeute von rund 96 Mill. t (Westdeutschland 1,3 Mill. t) zu verzeichnen hatte.

3. Transport

Wenn das Öl der Erde entronnen worden ist, beginnt der Transport zu den Raffinerien und später von den Raffinerien zu den Verbraucherzentren. In den USA bedient man sich, wie in allen industrialisierten Staaten, der gebräuchlichen Öltransportmittel Tanker, Tankleichter, Kesselwagen, Tankwagen usw., vor allem aber eines spezifisch amerika-



Gesamtansicht eines Bohrfeldes in Kalifornien

(Foto: Shell)

nischen Transportmittels, nämlich der Pipeline. 1865 wurde hier die erste Pipeline gelegt. Sie war aus Holz und nur 6 km lang. Heute dienen rund 250 000 km Pipeline, die rund sechsmal um die Erde reichen, dem Öltransport und 440 000 km dem Erdgastransport. 75 bis 80% des geförderten Erdöls werden auf diese Weise von den Feldern zur Verarbeitung und zum Verbraucher befördert. Das spezifisch Amerikanische der Pipeline ist aber die Art der Verwendung als „öffentliches Öltransportmittel“, d. h. die einzelnen Pipeline-Gesellschaften transportieren in ihrem Pipeline-System zur gleichen Zeit Rohöl bzw. Fertigprodukte für verschiedene Ölgesellschaften. So ist es kein

langen und darüber hinaus neue unbekannte Anwendungsmöglichkeiten zu erschließen.

5. Vertrieb

Am Ende des Ölkreislaufs steht naturgemäß auch in den USA der Vertrieb. Rund 400 000 selbständige Ölhändler sorgen dafür, daß der Ölstrom unentwegt durch die Wirtschaft pulsiert. Ein entscheidendes Kennzeichen des Vertriebes in den USA wie auch in den anderen Zweigen der amerikanischen Wirtschaft ist das starke Hervortreten des Kundendienstgedankens, der sich mittlerweile auch in Westeuropa immer mehr durchzusetzen beginnt. Der starke Wettbewerb der etwa 250 000 amerikanischen Tankstellen selbständiger Geschäftsleute, die mit den Mineralölgesellschaften Lieferverträge abgeschlossen haben, hat naturgemäß zu einer besonders starken Ausprägung der Wagnepflege und der sonstigen Kundendienstmöglichkeiten einer Tankstelle geführt.

Bei einer Beurteilung des amerikanischen Vertriebssystems in der Mineralölwirtschaft darf nicht übersehen werden, daß die Verkehrswirtschaft nur zu rund 20% am Gesamtverbrauch beteiligt ist, daß aber die hochmechanisierte Landwirtschaft einen wesentlichen Platz als Verbraucher einnimmt, denn sie ist mit rund 20% am Ölverbrauch der USA beteiligt. Hauptkunde ist angesichts des starken Anteils des Öls an der Energiebilanz naturgemäß die amerikanische Industrie, deren dynamisches Fortschreiten ohne das Öl nicht denkbar wäre.

Der hohe Mineralölverbrauch in den USA von etwa 350 Mill. t pro Jahr, von denen rund 50 Mill. t importiert sind, und die rasche Aufwärtsentwicklung lassen zuweilen die Befürchtung aufkommen, daß die vorhandenen Reserven eine langfristige Versorgung nicht gestatten würden. Diese Befürchtung darf als unzutreffend angesehen werden, da ständig neue Lagerstätten erschlossen und bisher nur vermutete Lagerstätten als sichere Reserven betrachtet werden müssen. Darüber hinaus steht in den USA ein nahezu noch unübersehbares Reservoir an Teesänden und Ölschiefer zur Verfügung, ganz abgesehen von den bislang nur bescheiden ausgeschöpften Möglichkeiten der reichen Erdgasvorräte.

Welche weltweite Bedeutung der amerikanischen Erdölwirtschaft zukommt, geht vergleichsweise auch daraus hervor, daß das „typische“ Erdölland, Rußland, einschließlich seiner Satelliten nur noch knapp 7% der Weltproduktion, die z. Z. bei 600 Mill. t liegt, zu erreichen vermag.

Die deutsche Produktion

Sie wurde vom Kriege schwer betroffen, nach 1945 mit Marshallgeldern und privaten amerikanischen Geldmitteln wieder zum Anlaufen gebracht und lag im Jahre 1951 fast doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Sie wird im nächsten Jahre auf mindestens 2 Mill. t gebracht sein und somit etwa ein Fünftel des deutschen Verbrauches, der dann bei etwa 10 Mill. t liegen dürfte, zu decken vermögen.

Die Devisenbelastung, die durch die stets notwendig bleibende Öleinfuhr eintritt, wird im allgemeinen überschätzt; sie liegt augenblicklich bei knapp 2%.

Vorfrühling

Die Sonne wartet schon auf Blumen,
Die braune Erde ist ganz warm,
Und aus den nackten Ackerkrumen
Streckt schon ein Hälmlchen seinen Arm.

Ein Käfer - rostrot - steht verwundert,
Mein Fuß hat ihm den Weg verstellt.
Und in den Sträuchern schwatzen hundert
Verliebte Spatzen in die Welt.

Robert Seitz



Am Bohrer

(Foto: Shell)

Wunder, daß die große Schalttafel einer Pumpstation in einer solchen Pipeline mit ihrer Fülle von Lichtsignalen und technischen Kontrolleinrichtungen der eindrucksvollen Schalttafel eines Stellwerkes gleicht.

4. Verarbeitung

Die Verarbeitung des Rohöls ist auch in den USA eines der ältesten Zweige der Mineralölwirtschaft, denn schon vor Drakes Bohrversuch zählte man in den USA etwa 50 kleine Verarbeitungsbetriebe. 1938 wurden dagegen schon 170—175 Mill. t jährlich verarbeitet, und heute verfügen die Vereinigten Staaten mit ihren 400 Raffinerien über ca. 55% oder rund 350 Mill. t der Weltraffinationskapazität. Diese großen modernen Verarbeitungsanlagen können täglich ungefähr 1 Mill. t Rohöl durchsetzen. Die zu erwartende Verbrauchssteigerung wird voraussichtlich zu einer Erweiterung der Raffineriekapazität der Vereinigten Staaten um jährlich 5—6% führen. Eine besondere Rolle spielt bei dem Aufbau und der Modernisierung der amerikanischen Werke die Errichtung von Crackanlagen, wie sie heute überall in der Welt, so insbesondere auch beim Aufbau der westeuropäischen Werke verwendet werden. Mit ihrer Hilfe können Benzine außerordentlich hoher Oktanzahl hergestellt werden, ohne die unsere moderne transkontinentale Luftfahrt und die Entwicklung von Hochleistungsmotoren im Kraftfahrzeugbau nicht denkbar wären.

Als jüngstes Kind der Verarbeitungsindustrie hat sich in den USA die Mineralölchemie entwickelt, ein Industriezweig, der auf Ölbasis unendlich viele Produkte der chemischen Industrie herstellt und eine rationelle Auswertung von Nebenprodukten der Raffination gestattet. Kein Zweifel, daß die Mineralölchemie heute auf dem besten Wege ist, die Bedeutung der Kohlechemie zu er-

Soziale Aufgaben und Leistungen in der eischaffenden Industrie

Der Ausschuß für Sozialwirtschaft der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hielt am 4. März 1952 in Dortmund seine Jahresversammlung ab, an der neben den ständigen Mitgliedern und Mitarbeitern auch eine Reihe von Gästen teilnahm, unter ihnen u. a. die Vertreter der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Seit etwa 2 1/2 Jahren arbeiten Direktoren, leitende Angestellte und Sachbearbeiter aus den Mitgliedswerken der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie — immer in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Behörden, Organisationen und Verbänden — in diesem Ausschuß an der Lösung sozialwirtschaftlicher Fragen und Probleme zum Wohle der Belegschaften und damit auch der Werke der Eisen- und Stahlindustrie.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Jahres 1951, den Diplomvolkswirt Doese (Düsseldorf) gab, ist unter vielem anderen zu entnehmen, daß die Belegschaftszahlen der der Wirtschaftsvereinigung angeschlossenen Werke sich während des letzten Jahres um 17 480 neue Belegschaftsmitglieder erhöht haben. Nimmt man den Abgang hinzu, der laufend ausgeglichen wurde, so erfolgten 39 887 Neueinstellungen. Die Gesamtbelegschaft beträgt jetzt 254 348 Köpfe.

Das früher beispielhafte Ausbildungswesen der Eisen- und Stahlindustrie beginnt wieder den alten, guten Ruf zu rechtfertigen. Der Heranbildung von Meisternachwuchs und der Ausbildung der Ausbilder widmet man sich neben einer auch zahlenmäßig verstärkten Lehr- und Anlernausbildung.

Nach der analytischen Arbeitsbewertung für Lohnempfänger (einem Verfahren zur Bestimmung der Schwierigkeit der Arbeit nach dem Arbeitsinhalt oder den Arbeitsanforderungen, deren Ergebnisse als Unterlage für eine arbeitswertgerechte Staffelung der Löhne dienen), die im Laufe des Jahres noch verbessert wurde, werden zur Zeit schon 1/3 aller Lohnempfänger in der Stahlindustrie entlohnt. Untersuchungen über den Leistungslohn in der Hüttenindustrie laufen. Die Ergebnisse werden sicher eine Reihe von Ansatzpunkten bringen. Auch die analytische Arbeitsbewertung für Gehaltsempfänger ist nach gründlicher Vorbereitung bald für praktische Versuche reif.

Dem werksärztlichen Dienst mit den angeschlossenen Gesundheitseinrichtungen und dem Arbeitsschutz, der durch die Tätigkeit von Sicherheitsingenieuren besonders gefördert wird, ermöglicht man den Erfahrungsaustausch. Ständig werden dabei auch neue Ergebnisse vermittelt, die auf breiter Basis allen Belegschaftsmitgliedern zugute kommen.

Die Röntgen-Reihenuntersuchung der Belegschaftsmitglieder, die von der Eisen- und Stahlindustrie jährlich selbst durchgeführt wird, ist bereits zu einem festen Bestandteil der Gesundheitsüberwachung in der Stahlindustrie geworden. Für das Belegschaftsmitglied ist sie kostenlos. Eine unbekannte Tuberkulose hatten 1949/50 0,5% der Untersuchten, bei denen sofortige ärztliche Maßnahmen eingeleitet wurden. Den meisten von ihnen konnte durch diese rechtzeitige Entdeckung noch geholfen werden.

Das Stahlarbeiter-Wohnungsbauprogramm (sozialer Wohnungsbau) umfaßte im Baujahr 1951/52 ein Volumen von 87 Mill. DM, die sich aus öffentlichen Mitteln des Bundes, der Länder, Hypotheken, Eigenleistungen und aus über 29 Mill. DM direkt von den Werken zusammensetzten. Mehr als 8000 Wohnungseinheiten werden davon erstellt bzw. sind bereits bezogen.

Ausbau der betrieblichen Sozialarbeit. Im allgemeinen Bereich der Industrie stehen die Werke der Eisen- und Stahlindustrie in der Sozialarbeit mit an der Spitze. Es wurde aber eindeutig darauf hingewiesen, daß diese betriebliche Sozialarbeit durchaus keine „Krücke der Unselbständigkeit“ ist. Sie ebnet den Weg der Eigenverantwortung, Lebenstüchtigkeit, Selbständigkeit und zu einem menschenwürdigen Dasein. In diesem Sinne wurden den Sozialleitern und ihren Mitarbeitern auf den verschiedensten Gebieten dieses Sektors ins einzelne gehende Empfehlungen übermittelt.

Das Programm für das Jahr 1952 erläuterte der Vorsitzende des Ausschusses, Arbeitsdirektor August Best (Düsseldorf). Er forderte die baldige Schaffung des Lehr-

berufes „Hüttenfacharbeiter“, während die Ausbildung der Ausbilder auf regionaler Basis von mehreren Werken gemeinsam auszubauen ist und die Meisterausbildung in Seminarform durchgeführt werden soll.

Als Fernziel ist die Schaffung weniger, aber wirksamer Leistungsentlohnungsarten in der Eisen- und Stahlindustrie anzustreben. Das schon in Vorbereitung befindliche Arbeitsbewertungsverfahren für Gehaltsempfänger muß sich eng an das bereits entwickelte Verfahren für Lohnempfänger anlehnen, um zu einer gerechteren Gewichtung zwischen Angestellten und Arbeitern zu kommen.

Die Arbeit des Sicherheitsingenieurs, die in den einzelnen Werken viel mehr ausgeschöpft werden muß, soll bereits beim Ingenieur-Studium von den Hoch- und Fachschulen durch obligatorische Vorlesungen über Arbeitsschutz unterstützt werden. Der Betriebsingenieur bleibt immer eine Schlüsselkraft für einen wirksamen Arbeitsschutz. Für den Werksarzt, der in zunehmendem Maße in der Eisen- und Stahlindustrie seine Tätigkeit aufnimmt, wird eine beschränkte ärztliche Versorgungsmöglichkeit der arbeitenden Belegschaftsmitglieder und die Anerkennung als Facharzt für Arbeitsmedizin verlangt.

Der dringende Wohnungsbedarf für das Baujahr 1952/53 beträgt 21 340 Wohnungen, 48,6% davon sind Wohnungen für Belegschaftsmitglieder, die zur Zeit noch in Baracken und Notunterkünften untergebracht sind.

Den Werkzeitleitungen und ihrer Arbeit solle man allgemein eine hohe Aufmerksamkeit widmen und ihnen größtmögliche Unterstützung gewähren.

In der betrieblichen Sozialarbeit dürfe es keine Gleichmacherei geben. In den einzelnen Werken und Landschaften müsse sie ganz verschieden angefaßt werden. Es gehe dabei zunächst immer nur um den einzelnen Menschen. Gleichzeitig bedeutet sie Breitenarbeit und die Befreiung des schaffenden Menschen von Not und Sorge.

Im Anschluß an diese Ausführungen, an eine aufschlußreiche Aussprache und umrahmende Referate fand der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Hüttendirektor Bruno Fugmann, Worte der Anerkennung für die Leistung des Sozialausschusses, die in dem Wunsche ausklangen, daß der Sozialarbeit weiterhin Erfolg beschieden sei.

Die verantwortlichen Männer der Eisen- und Stahlindustrie gehen nun wieder an ihre tägliche Arbeit; und wie Eisen und Stahl Tag und Nacht erzeugt werden, so wird zu jeder Stunde das Wohl der arbeitenden Menschen im Werk ihr unablässiges Bemühen bleiben.



Hüttenlehrlinge
montieren als Prüfungsarbeit an einer Walzenstraße

Wissenschaftliche Untersuchung über die Werkzeugzeitung

Unser Mitteilungsblatt mit „an der Spitze“

Nach dem „Hamburger Echo“ ist kürzlich eine interessante Untersuchung über die ausländischen und deutschen Werkzeugzeitungen abgeschlossen worden. Es heißt hier u. a.:

„Die Menschen haben in den letzten Jahren Not und Enttäuschungen zur Genüge kennengelernt, und mancher konnte bisher das seelische Gleichgewicht noch nicht wiederfinden. Wenn wir die große Gefahr des geistigen und kulturellen Vakuums überwinden wollen, müssen wir das Leben wieder vermenschlichen. Unsere ganze Arbeit muß darauf gerichtet werden, den Menschen anzusprechen. Eine Vermenschlichung unseres Lebens beginnt bei der täglichen Arbeit im Betrieb, in der Fabrik, im Büro oder wo sonst auch immer Menschen arbeiten. Viele Betriebe geben sich in dieser Hinsicht große Mühe. Interessant sind die Versuche von 200 deutschen Unternehmungen, mit Hilfe von Werkzeugzeitungen die menschlichen Beziehungen zwischen Arbeitern, Angestellten, Vorgesetzten, Unternehmern zu verbessern.“

„Der Mensch ist Mittelpunkt!“ Unter diesem Thema stand eine wissenschaftliche Untersuchung von Studenten der Genossenschaftsschule Hamburg. In einer achtmontatigen Untersuchung wurden die Werkzeugzeitungen der größten deutschen Betriebe und der ausländischen Unternehmungen auf Lesbarkeit, visuelle Anziehungskraft, Allgemeininteresse, Stellung der Redaktion zur Geschäftsleitung, Verbindung zur Gewerkschaft usw. überprüft.

Welche Ergebnisse brachte nun die Untersuchung?

1. Die deutschen Werkzeugzeitungen bemühen sich, den Arbeiter zu informieren. Es sind gute Ansätze vorhanden, die Gemeinschaftsarbeit zu fördern und zu vertiefen.

2. Leider schweben die Schriftleitungen zum größten Teil in höheren Regionen. Die Arbeiter wollen keine Doktorarbeiten über Finanzierungspläne lesen. Sie wollen sich selbst hören und miteinander sprechen . . .

3. In Deutschland liegen folgende Werkzeugzeitungen an der Spitze:

Westfalenhütte AG. Dortmund — Phoenix/Harburg — Opel, Frankfurt — MAN, Augsburg — Shell, Hamburg — Henkel, Düsseldorf. Man merkt, daß hier in den Redaktionen nicht nur Schreibtischarbeit geleistet wird.

4. „Wenn ich das Geld für eine Werkzeugzeitung hergeben soll, dann kann ich auch verlangen, daß geschrieben wird, was ich will“ — das ist leider auch heute noch die Ansicht vieler Unternehmer. Die Redaktionen der Werkzeugzeitungen stehen zwischen Geschäftsleitung und Arbeitnehmer. Viele Schriftleitungen haben überhaupt keinen Kontakt mit den Gewerkschaften. Es ist doch wohl ein großer Irrtum, zu glauben, mit einer von „oben“ gesteuerten Werkzeugzeitung Konflikte und Spannungen beseitigen zu können. Der Arbeiter lacht darüber und liest diese Zeitung nicht . . .“ Wir wollen nicht verhehlen, daß wir uns über das Ergebnis der Untersuchung und der in ihr enthaltenen Anerkennung unseres Mitteilungsblattes ebenso freuen wie darüber, daß wir gerade in der letzten Zeit wiederholt anerkennende Schreiben von Universitäten, Technischen Hochschulen usw. erhalten haben. So schreibt uns die Technische Hochschule Stuttgart: „Die Zeitschrift erscheint uns so wichtig und interessant, daß wir sie nicht nur auslegen, sondern zwecks Ausleihe magazinieren wollen. Deswegen wäre es für uns wichtig, die bisherigen Jahrgänge ebenfalls zu besitzen.“

Wieder soziales Dumping?

Nach der schwedischen Zeitschrift „Industria“ ging ein Auftrag der schwedischen Wasserfall-Behörde für ein Kraftwerk in Höhe von 6—7 Mill. Kronen an eine „italienische Firma, die bisher am schwedischen Markt unbekannt war“. Die schwedischen Angebote hätten um ein Drittel über dem italienischen gelegen. Zum ersten Male wäre ein Auftrag dieser Art ins Ausland gegangen. Ferner wird von Schwierigkeiten bei zwei größeren schwedischen Strumpffabriken und anderen Firmen der Konsumgüterindustrie infolge der Einfuhr billiger ausländischer Erzeugnisse berichtet. Die von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeiter fordern Schutz gegen die „englische Dumping-Einfuhr“ und eine Erhöhung der Einfuhrzölle.

Das leidige Thema des sozialen Dumpings taucht also wieder auf. „Die deutschen Arbeiter leisten mehr als die schwedischen“, so heißt es weiter in „Industria“. „Ihre Löhne machen aber nur zwei Drittel der schwedischen aus.“ Ausführlich wird über die deutsche Ausfuhr offensive geschrieben. Auch von Japan als der neuen industriellen Großmacht ist die Rede.

Der Hinweis auf niedrigere Löhne im Ausland, also nicht nur in Deutschland, Italien und Japan, sondern auch in Großbritannien, mag auf den ersten Blick ein überzeugender Beleg für die These des sozialen Dumpings sein. Die soviel gepriesene Praxis liefert aber auch ein überzeugendes Gegenargument: Die höchsten Löhne werden in den USA gezahlt, aber dennoch sind viele Waren der amerikanischen Fertigwarenindustrie billiger als entsprechende Produkte der Länder, denen jetzt ein angebliches Dumping vorgeworfen wird.

Die Lage ist viel zu kompliziert, auch gibt es im Kampf um den Weltmarkt ein so starkes Auf und Ab mit dem Vordringen der einen Ware und dem Zurücktreten der anderen, als daß man diese Probleme mit einfachen Formeln deuten könnte. Außerdem sind die Löhne nur ein Kostenfaktor. Wenn sie heute in Deutschland niedriger sein sollten als in Schweden, so doch nur, weil die deutschen Fabriken Abgaben berücksichtigen müssen, die die Industrie des neutralen Schweden nicht kennt.

Mit der Formel des sozialen Dumpings kommt man bei einer Deutung des Kampfes um den Weltmarkt nicht weit. Deswegen wurde sie schon vor Jahrzehnten zum alten Eisen geworfen. Schade, daß sie jetzt wieder auftaucht. Das ist aber auch wohl symptomatisch dafür, daß der Kampf um den Weltmarkt sich immer mehr verschärft.



Jugoslawen besuchten uns

Eine jugoslawische Delegation besuchte unsere Westfalenhütte. Unter den Besuchern befanden sich der bisherige Wirtschaftsminister und die Vorsitzenden der Metallarbeiter- und Bergarbeitergewerkschaften. Betriebsratsvorsitzender Schwentke führte die sehr interessierten Besucher durch unsere Produktionsanlagen und sozialen Einrichtungen unseres Werkes.

„Grabt es ein in eure Herzen, hämmert es fest in euren Verstand: Einmal hatten wir bereits die Verpflichtung, anstatt der überlebten kapitalistischen Ordnung anderes, Besseres zu schaffen. Wir waren damals leider nicht in der Lage, das, was wir als notwendig erkannt hatten, auch in die Tat umzusetzen; ein zweites Mal ist es unsere Pflicht und ist es unsere Aufgabe, eine Ordnung anzustreben, die der schaffende Mensch braucht in einem Kulturvolk. Zum zweiten Male, sage ich, ist es unsere Aufgabe, und jetzt ist es unsere Pflicht, alles daranzusetzen, daß uns die Dinge nicht ein weiteres Mal entgleiten und daß wir ihnen ein zweites Mal nachzutrauern haben.“

Hans Böckler

Technik UND Produktion

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Internationale Stahlberatungsstellen

Zum ersten Male seit langen Jahren fand in Deutschland wieder eine internationale Zusammenkunft von Stahlberatungsstellen statt. Die deutsche Beratungsstelle für Stahlverwendung, ein Organ der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf, hat unmittelbar nach ihrem Wiederaufleben im Jahre 1950 die Beziehungen zu den entsprechenden Stellen der Eisenindustrie anderer Länder wiederaufzunehmen versucht und in diesem Bemühen auf Grund der früheren langjährigen Beziehungen ein freundliches Echo gefunden. Auf der von der deutschen Beratungsstelle für Stahlverwendung einberufenen Arbeitstagung der internationalen Stahlberatungsstellen in Düsseldorf waren die Vertreter der Stahlindustrien Englands, Frankreichs, Belgien-Luxemburgs, Hollands, Italiens und der Schweiz erschienen. In der Behandlung vieler Fragen der Stahlverwendung in ihren verschiedensten Zweigen wurden gemeinsame Richtlinien festgelegt.

Die eisenschaffende Industrie im Außenhandel

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß bei steigender Roheisenerzeugung der Mehrbedarf an Fe fast ausschließlich aus dem Ausland gedeckt werden muß. Bei der schon länger als ein Jahr anhaltenden gespannten Lage auf dem Erz- und Frachtenmarkt wird es nicht leicht sein, den mit 6,5 Millionen Tonnen veranschlagten Fe-Bedarf aus den einzuführenden Erzen zu decken und diese Mengen einzuführen.

Während die Einfuhr von Rohstoffen im allgemeinen auf Grund von Handelsverträgen erfolgte, mußte die Kohleneinfuhr aus den USA durch Gegenlieferungen von Walzwerkserzeugnissen und Erzeugnissen der ersten Verarbeitungsstufe erfolgen, da unser USA-Dollar-Bestand eine Zahlung in Devisen nicht zuließ. Der westdeutschen weiterverarbeitenden Industrie wurde dadurch je Monat 40 000 bis 50 000 Tonnen dringend benötigter Walzwerkserzeugnisse weniger geliefert, als es bei ausreichender Versorgung mit deutschem Koks möglich gewesen wäre.

Der Export betrug im Jahre 1951 ca. 1 776 000 Tonnen = 18,2 % der Gesamtlieferungen. In dieser Exportziffer sind jedoch ca. 550 000 Tonnen an Reexporten aus dem Kohle-Eisen-Geschäft enthalten, so daß für freie Exporte und die Handelsvertragsländer nur 1 266 000 Tonnen, d. h. rund 100 000 Tonnen je Monat zur Verfügung standen.

Der Anteil der Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie am Gesamtexport der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

	Gesamtausfuhr Milliarden DM	Eisenschaffende Industrie Milliarden DM	Anteil %
1949	3,6	0,26	6,8
1950	8,4	0,26	8,7
1951	14,2	1,35	9,5

In dem Wert der Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie sind die Reexporte enthalten. Bemerkenswert ist die Steigerung des prozentualen Anteils, der auf die günstigen Exporterlöse zurückzuführen ist. Die Gesamtausfuhr in 1951 gegenüber 1950 zeigt eine Wertsteigerung von 70 %, die der Eisenindustrie eine von 80 %. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Bedeutung der Exporte der eisenschaffenden Industrie.

Produktionspläne der bosnischen Eisen- und Stahlindustrie

Die Zentren der Schwerindustrie in Bosnien und der Herzegowina, insbesondere das von Zenica, wollen die Roheisen- und Stahlerzeugung auf 278 000 Tonnen, d. h. mehr als das Doppelte gegenüber der Vorkriegsproduktion, erhöhen. In Zenica wird der vierte SM-Ofen der Nachkriegszeit die Produktion aufnehmen.

Ausweitung der brasilianischen Stahlerzeugung

Brasilien will bis zum Jahre 1954 eine jährliche Stahlproduktion von mehr als 1 Million Tonnen erreichen. Die gegenwärtige Stahlerzeugung des Landes beläuft sich auf etwa 600 000 Tonnen jährlich, wovon die Gesellschaft „Volta Tedonda“ ca. 420 000 Tonnen liefert. Brasilien verbraucht gegenwärtig rund 1 Million Tonnen Rohstahl im Jahr und importiert ungefähr 400 000 Tonnen, hauptsächlich aus den USA.

Kohle-Roheisen-Geschäft Österreich/Großbritannien

Bei der „Voest“ (Vereinigte österreichische Stahlwerke) in Linz erwägt man die Möglichkeit des Bezuges englischer Kohle gegen Lieferung von „Voest-Roheisen“. In Anbetracht der starken Roheisennachfrage in Großbritannien glaubt man, daß das Geschäft zustande kommt. Inzwischen bezieht die „Voest“ weiter große Kohlenmengen aus den USA.

Rekordproduktion der schwedischen Eisenindustrie

Die schwedische Roheisengewinnung stieg im Jahre 1951 auf 851 000 Tonnen gegenüber 783 300 Tonnen im Jahre 1950. Die Produktion von Guß- und Stahlgüßerzeugnissen vergrößerte sich auf 1,5 Mill. Tonnen gegen 1 438 200 Tonnen in 1950 und die an handelsfertigem Stahl und Eisen auf 979 000 Tonnen gegen 946 800 Tonnen im Vorjahre. — Schwedens Verbrauch an gewalztem und Schmiedeeisen belief sich 1951 auf 1 560 000 Tonnen gegenüber 1 410 000 Tonnen im Vorjahre.

Britische Stahlindustrie kauft Stahl in Japan

Vertreter der britischen Stahlindustrie, die sich auf der Suche nach Stahl in Japan aufhalten, haben mit japanischen Stahlwerken einen Kaufvertrag über 109 000 Tonnen Stahl zum Lieferwert von 5 Mill. Pfund Sterling abgeschlossen. Der japanische Stahlpreis wird mit 55 Pfund Sterling angegeben gegenüber einem britischen Inlandspreis von durchschnittlich 28 Pfund je Tonne (der inzwischen eine Erhöhung erfahren hat).

Eisenerzprojekt in Südwestafrika

Von der amerikanischen Bethlehem Steel Corporation wird seit einiger Zeit ein großzügiges Eisenerzprojekt in Südwestafrika geplant. Schürfrechte sind bereits bei der südwestafrikanischen Regierung erworben worden. Es handelt sich um das sogenannte Kaokoveld-Erzevorkommen im Norden von Südwestafrika.

Falls das Projekt verwirklicht wird, wäre der Bau eines geeigneten Hafens und einer 320 km langen Eisenbahnstrecke erforderlich. In dem genannten Gebiet sollen reiche Eisenerz- und andere Mineralienvorkommen vorhanden sein. Es würde jedoch acht bis zehn Jahre dauern, um die notwendigen Eisenbahnverbindungen und einen entsprechenden Hafen auszubauen, um das Eisenerz nach den USA zu verschiffen.

Ausweitung der Stahlproduktion nach dem Krupp-Rennverfahren in Südafrika

Die „Dominion Iron and Steelworks“ haben eine Kapitalerhöhung vorgenommen, um das erworbene Krupp-Rennverfahren durch Installierung der für die Stahlproduktion notwendigen Maschinen auszunutzen und mit einer Jahreserzeugung von 48 000 Tonnen Rohstahl nach dem Rennverfahren zu beginnen.

Hohe Versorgungslücke bei Walzstahl

Das Weiterbestehen einer erheblichen Versorgungslücke bei Walzstahlerzeugnissen zeigt sich in dem Anwachsen der Auftragsbestände der Werke. Der Auftragsbestand lag Ende 1951 bei 7 417 000 Tonnen gegenüber 6 898 000 Tonnen Ende 1950. Wenn der im Juli 1951 erreichte Höchststand von 7 802 000 Tonnen ein gewisses Absinken des Auftragsbestandes bis Dezember zeigt, so beruht das nicht auf einem Nachlassen der Nachfrage, sondern ausschließlich auf der von den Werken geübten Zurückhaltung in der Auftragsaufnahme. Die Eisenlenkungsverordnung sieht vor, daß zukünftig jedes Werk Aufträge nur noch in einem bestimmten Verhältnis zur Höhe seines zulässigen Gesamtauftragsbestandes hereinnehmen darf.

Die Entwicklung der Walzstahllieferungen zeigt, daß 1951 insgesamt 8 739 000 Tonnen gegenüber 8 003 000 Tonnen im Jahre 1950 ausgeliefert wurden. Während im 1. Vierteljahr 1951 die Walzstahllieferungen infolge der rückläufigen Brennstoffzuteilungen sich verringerten, konnte in den folgenden Vierteljahren dank der Zufuhr von ausländischen Brennstoffen eine erhebliche Steigerung in den Walzstahllieferungen erzielt werden. Die Zufuhr ausländischer Brennstoffe bedingte allerdings wiederum die Ausfuhr eines Teils der mit dieser Kohle hergestellten Walzwerkserzeugnisse.

Überbewertetes Wirtschaftspotential

Der außerordentlich starke Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft seit der Währungsreform 1948 genommen hat, gab in den Nachbarländern immer wieder Anlaß, auf die zunehmenden Gefahren und Nachteile hinzuweisen, die in der deutschen Wirtschaftsexpansion lägen.

Unzweifelhaft war die Entwicklung sowohl der Produktion als auch der Beschäftigung und der gesamten Lebenshaltung seit 1948 auffällig. Hierbei darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß alle statistischen Berechnungen auf dem Jahre 1948 fußen, in dessen erste Hälfte die westdeutsche Produktion noch völlig daniederlag.

In diesem Zusammenhang seien noch kurz einige interessante Vergleichszahlen gegeben. Ausgehend vom Jahre 1948 (= 100) erreichten im Juni 1951 Belgien eine industrielle Produktion von 145%, England 149%, Frankreich 143%, Dänemark 161%, Norwegen 155%, Schweden 175%, die Niederlande 143%, die USA 252% und die Bundesrepublik 109%.

Die Entwicklung der Rohstahlproduktion seit 1938 (= 100) ergab im Juni 1951 folgendes Bild: England 142%, Frankreich 161%, Belgien 228%, Italien 138%, die Niederlande 225%, Schweden 163%, USA 327% und die Bundesrepublik 80%.

Die Import- und Exportzahlen entwickelten sich im Verhältnis 1938 zu Juni 1951 wie folgt: Frankreich 139% (Import) — 228% (Export), England 97% — 170%, Norwegen 159% — 124%, Schweden 150% — 147%, Dänemark 137% — 142%, USA 170% — 228% und Westdeutschland 68% — 121%.

Die vorstehenden Zahlen geben ein aufschlußreiches Bild davon, wie weit sowohl die deutsche Produktion als auch der deutsche Außenhandel hinter den anderen europäischen Ländern zurückliegt.

Neubewertung des Menschen

In Bad Nenndorf fand eine Tagung besonderer Art statt. Das Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW), der Bundesverband der deutschen Industrie, der Verband für Arbeitsstudien (Refa) haben ihre Mitglieder, unter denen viele bekannte deutsche Wirtschaftler sind, zu einer Begegnung mit amerikanischen Wirtschaftsexperten geladen. Nach der Vorführung eines Dokumentarfilmes über die Produktivität als Schlüssel zum Wohlstand, in dem die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft vom Handwerksbetrieb bis zum hochqualifizierten Industriebetrieb und die materielle Besserstellung der Schaffenden im Wandel der Zeiten veranschaulicht wurde, gab es ein fesselndes Referat des Dekans der humanistischen Fakultät der Universität New York, P. Mc Ghee, über „Das sittliche Prinzip der Betriebsführung“. In einem großartigen Aufriß vermittelte dieser Wissenschaftler aus den USA eine sozialkritische Studie mit dem Ausgangspunkt, daß eine neue Industrieproduktion unserer Zeit auch eine Neubewertung und Besserstellung des schaffenden Menschen vornehmen müsse. Die in vielen Ländern erwachten Gegensätzen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft seien Krankheitskeime des Wirtschaftskörpers, die es durch eine neue Einstellung zueinander zu beseitigen gelte. Als Voraussetzung aller erfolgreichen Aufwärtsentwicklung wirtschaftlicher Unternehmen bestünde die klare Lösung des großen menschlichen Problems, die Beseitigung rückschrittlicher Behandlungsmethoden der schaffenden Menschen, da in der Atmosphäre traditioneller Feindseligkeit keine neue und schöpferische Produktivität erwachsen könne. Die Zeit der autoritären Handlungsweisen sei vorbei, und man müsse den Arbeiter nicht mehr als Kostenfaktor, sondern als Menschen werten. Nur auf dieser Basis sei der gesunde Kreislauf der Wirtschaft mit rentabler, höherer Produktion, niedrigeren Preisen des Endproduktes, höherem Arbeitseinkommen und leichterem Dasein zu verwirklichen.

(Hannoversche Allgemeine Zeitung.)

Neuer Raum für Unternehmer

Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Kapitalismus sich im Zustande der Verwandlung in eine neue Wirtschaftsform befindet, für die wir noch keinen Namen wissen, weil wir wohl die Richtung, nicht aber das Ziel kennen. Aber unter den Kräften, die an der Verwandlung des Zustandes teilhaben, befinden sich auch die Unternehmer, junge Unternehmer vor allem, die sich neue Gedanken über ihr Unternehmen und ihre Aufgabe darin machen. Es sind das andere Typen als die mächtigen und wagemutigen Strategen der kapitalistischen Welteroberung. Die drängen mit ihren Erzeugnissen in jeden freien Raum, auf jeden offenen Markt, der sich in der Welt bot. Ihre Söhne und Enkel sind von anderer Natur. Und sie sind es bewußt oder unbewußt, weil keine Eroberungen im Stile des Kapitalismus mehr zu machen sind.

Trotzdem haben sie offenbar nicht resigniert. Im Gegenteil, wenn der Schein nicht trügt, sind sie eben dabei, in neuen Zusammenhängen neue Aufgaben zu suchen, eine nächste Dimension zu entdecken. So etwas wird sichtbar in vielen ihrer Arbeitskreise, in denen davon gesprochen wird, daß etwas zu „unternehmen“ sei, um schnell und konkret zu einer neuen Sozialisierung zu kommen; daß eine Revolution der Unternehmer jetzt nötig sei; daß das patriarchalische Verhältnis, so gut und glänzend es an vielen Stellen funktioniert habe, durch ein demokratisches abzulösen wäre, daß es darauf ankäme, aus den Arbeitern mitarbeitende, mitdenkende, mithandelnde Teilhaber am Betriebe zu machen; daß es darauf zielt, im Betriebe selbst neue Kräfte zu entwickeln, welche die Produktionsform mit Hilfe der neuen menschlichen Verantwortungen noch einmal effektvoller macht, neue Aussichten für eine Verbesserung des Lebensstandards schafft und zugleich der Entwicklung einer besseren Sozialordnung hilft.

Hier entwickelt sich fraglos eine neue unternehmerische Funktion von großer Bedeutung. Sie liegt darin, mit einer zutreffenden Produktionsidee, einer rationellen Produktionsform und der verbindlichsten Zusammenarbeit im Betriebe, die der „Unternehmer“ zu unternehmen hat, dem wirtschaftlichen Prozeß Stabilität zu verleihen...

(„Die Welt“)

Lehrlingsfrage — europäisch

Eine Reihe vergleichender Bestimmungen der Lehrlingsausbildung in verschiedenen westeuropäischen Ländern hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel zusammengestellt.

Hiernach beginnt in Frankreich und Belgien die Lehre wie in Deutschland mit 14, in England, Italien und der Schweiz mit 16 Jahren. In fast allen Ländern dauert die Ausbildung 3—4 Jahre. Eine Ausnahme machen England, wo sie 4½ bis 5 Jahre, und die Schweiz, wo sie teilweise ebenfalls 4½ Jahre dauert.

In Frankreich ist der Mindestlohn des Lehrlings im ersten Jahre 10 Franken je Stunde (= 0,12 DM) und erhöht sich dann nach Leistung. Der englische Lehrling erhält im ersten Lehrjahr 50 v.H. des Facharbeiterlohnes und bis zu 80 v.H. im letzten Jahr. In Italien fehlt eine allgemeine Regelung.

In der Schweiz liegt der Mindestlohn des Lehrlings in den einzelnen Jahren zwischen 20 und 80 Schweizer Franken (1 Fr. = etwa 1,— DM) wöchentlich, doch wird dieser Mindestsatz von vielen Firmen überschritten. Auch Belgien richtet die Lehrlingsentlohnung wie England nach dem Facharbeiterlohn, beginnend mit 50 v.H. und ansteigend bis 100 v.H.

Der jährliche Urlaub beträgt je nach dem Lebensalter in Frankreich 21 bis 30 Tage, in Belgien 2 bis 3 Wochen, in Italien (je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit) 15 bis 35 Tage, in der Schweiz einheitlich 14 Tage und in England je nach dem Betrieb 8 bis 12 Tage. Der Berufsschulunterricht erstreckt sich in Frankreich wöchentlich auf 2 volle Tage, in England auf 2 Halbtage, in Italien auf 1½ Stunden täglich, in der Schweiz auf 14 Stunden wöchentlich.

Jung gefreit — schnell bereut?

Die Zahl der Ehescheidungen in der Bundesrepublik scheint nach den Berichten der statistischen Landesämter ihren durch die Nachkriegsverhältnisse bedingten Kulminationspunkt überschritten zu haben. Aber in der Scheidungsstatistik selbst zeigt sich eine überraschende Tatsache, die in so hervorstechender Weise nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern bisher unbekannt war: die Zahl der geschiedenen, noch minderjährigen Ehefrauen nimmt ständig zu.

In Nordrhein-Westfalen wurden allein im letzten abgeschlossenen Berichtsjahr fast 500 minderjährige Frauen geschieden — dagegen nur 65 minderjährige männliche Ehepartner. Bei rund 3000 Eheschließungen von Erwachsenen mit Minderjährigen im Jahre wurde also jede sechste dieser Ehen wieder geschieden. Prozentual gelten diese Zahlen auch für die übrigen Bundesländer. Damit wurden sogar die entsprechenden Scheidungsziffern in den Vereinigten Staaten überschritten.

Grundsätzlich glaubt die Mehrzahl der Juristen und Psychologen keineswegs, daß Ehen zwischen Minderjährigen und Erwachsenen von vornherein zum Scheitern verurteilt seien, zumal die wenigsten dieser Ehen aus zwingenden äußeren Gründen geschlossen werden. Aber den Jüngsten der Ehefrauen stemmen sich heute Hindernisse entgegen, die in so krassem Ausmaß noch vor 50 Jahren unbekannt waren.

Der schwere Existenzkampf des Mannes bedingt weitgehende Einschränkungen in der Lebensführung, die Wohnverhältnisse sind überaus beengt (in der Regel wohnen diese Paare in der ohnehin kleinen schwiegerelterlichen Wohnung), und diesen äußeren Schwierigkeiten vermögen die minderjährigen Ehefrauen nicht die erforderliche innere Kraft zum „Durchhalten“ entgegenzusetzen.

Die wenigsten von ihnen werden schuldig geschieden; in den meisten Fällen läßt der Mann sich zu Verfehlungen verleiten, nachdem ihm seine junge Frau nicht das „Zuhause“ schaffen konnte, das er sich erhofft hatte.

Zu welch erschütternden Verhältnissen die Wohnraumnot führen kann, hat der „Westdeutsche Eheschutzverein“ durch eingehende Ermittlungen festgestellt. Danach leben in der Bundesrepublik gegenwärtig 70 000 geschiedene Ehepartner weiter in der gemeinsamen Wohnung. Über 900 von ihnen haben inzwischen den geschiedenen Ehepartner wieder geheiratet. Und in nahezu 1200 Fällen zog der geschiedene Mann mit seiner zweiten Frau in die Wohnung ein, in der seine erste Frau noch ein Zimmer gemietet hat. 75 Frauen haben ihren zweiten Mann in die Wohnräume gebracht, in denen gleichzeitig noch der geschiedene Gatte aus- und einget.

Kein Anspruch auf Aussteuer

Mit der im Bundesjustizministerium vorbereiteten Reform des Familienrechtes soll auch der Anspruch der Töchter gegenüber ihren Vätern auf eine angemessene Aussteuer fallen. Die Reform geht von der Bestimmung des Grundgesetzes aus: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Wollte man den Anspruch der Tochter auf Aussteuer für ihre Ehe mit der Gleichberechtigung in Einklang bringen, so meinen die Sachverständigen, müßte man nicht nur beide Elternteile in bezug auf die Aussteuerpflicht gleichstellen, sondern man müßte auch dem Sohn den Anspruch auf Aussteuer zugestehen.

Es wird daher vorgeschlagen, den Aussteuerparagraphen aus dem Jahre 1896 zu beseitigen, weil auch unter den heutigen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Töchter eher in der Lage sind, sich ihre Haushaltseinrichtung zu verdienen, als Eltern imstande sind, eine Aussteuer zu kaufen.

Kein Unterhalt für die geschiedene Frau

Keine Angst, „so weit“ sind wir in Westdeutschland nicht — und wollen es nicht werden. Aber in der Sowjetzone müssen geschiedene Frauen, ob sie die Schuld an der Scheidung traf oder nicht, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Das neue Ehescheidungsrecht der Sowjetzone, das auf Anweisung des Justizministeriums jetzt ausnahmslos angewendet werden soll, läßt nur dann eine Ausnahme

zu, wenn eine schuldlos geschiedene Frau krank oder arbeitsunfähig ist. In allen anderen Fällen müssen sich schuldig wie nichtschuldig geschiedene Frauen ihren Unterhalt „durch Verwertung ihrer Arbeitskraft“, wie es heißt, selbst verdienen. Sind Kinder aus geschiedenen Ehen vorhanden und kann der Vater oder die Mutter nicht für sie sorgen, so sollen sie in staatliche Heime eingewiesen werden.

Das neue Mutterschutzgesetz

Das neue „Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter“ vom 24. Januar 1952 besagt in seinen wesentlichen Bestimmungen:

Beschäftigungsverbote für werdende Mütter

§ 3 (1) Werdende Mütter dürfen nicht beschäftigt werden, soweit nach ärztlichem Zeugnis Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist.

(2) Es dürfen nicht beschäftigt werden

- a) Hausgehilfinnen und Tagesmädchen in den letzten vier Wochen vor der Niederkunft,
- b) andere werdende Mütter in den letzten sechs Wochen vor der Niederkunft,

es sei denn, daß sie sich zur Arbeitsleistung ausdrücklich bereit erklären; die Erklärung kann jederzeit widerrufen werden.

§ 4 (1) Werdende Mütter dürfen nicht mit schweren körperlichen Arbeiten und nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, bei denen sie schädlichen Einwirkungen von gesundheitsgefährlichen Stoffen oder Strahlen, von Staub, Gasen oder Dämpfen, von Hitze, Kälte oder Nässe oder von Erschütterungen ausgesetzt sind.

Mitteilungspflicht

§ 5 (1) Werdende Mütter sollen dem Arbeitgeber ihre Schwangerschaft und den mutmaßlichen Tag der Niederkunft mitteilen, sobald ihnen ihr Zustand bekannt ist. Auf Verlangen des Arbeitgebers sollen sie das Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme vorlegen.

Der Arbeitgeber hat das Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich von der Mitteilung der werdenden Mütter zu benachrichtigen.

Beschäftigungsverbot nach der Niederkunft

§ 6 (1) Wöchnerinnen dürfen bis zum Ablauf von sechs Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden. Für stillende Mütter verlängert sich diese Frist auf acht Wochen, für stillende Mütter nach Frühgeburten auf zwölf Wochen. Über diese Fristen hinaus ist die Beschäftigung unzulässig, solange die Frau nach ärztlichem Zeugnis arbeitsunfähig ist.

Stillzeit

§ 7 (1) Stillenden Müttern ist auf ihr Verlangen die zum Stillen erforderliche Zeit freizugeben. Die Stillzeit soll bei einer zusammenhängenden Arbeitszeit von mehr als viereinhalb Stunden mindestens 45 Minuten betragen. Bei einer zusammenhängenden Arbeitszeit von mehr als acht Stunden soll auf Verlangen zweimal eine Stillzeit von mindestens 45 Minuten oder, wenn in der Nähe der Arbeitsstätte keine Stillgelegenheit vorhanden ist, einmal eine Stillzeit von mindestens 90 Minuten gewährt werden. Die Arbeitszeit gilt als zusammenhängend, soweit sie nicht durch eine Ruhepause von mindestens zwei Stunden unterbrochen wird.

(2) Durch die Gewährung der Stillzeit darf ein Verdienstaufschlag nicht eintreten. Die Stillzeit darf von stillenden Müttern nicht vor- oder nachgearbeitet und nicht auf die in der Arbeitszeitordnung oder in anderen Vorschriften festgesetzten Ruhepausen angerechnet werden.

Kündigung

§ 9 (1) Die Kündigung gegenüber einer Frau während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Niederkunft ist unzulässig, wenn dem Arbeitgeber zur Zeit der Kündigung die Schwangerschaft oder Niederkunft bekannt war oder innerhalb einer Woche nach Zugang der Kündigung mitgeteilt wird.

Aufsicht

§ 19 (1) Die Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen obliegt den Gewerbeaufsichtsämtern.



UNSER

BRIEFKASTEN

W. T., Lehrwerkstatt:

Der Lesesaal in der Hauptbücherei bereitet mir immer wieder angenehme und interessante Stunden durch das umfangreiche Lesegut, das hier geboten wird. Doch in der reichlichen Auswahl an Zeitungen und Fachzeitschriften vermisste ich die illustrierten Zeitschriften, die meines Erachtens zu einer Entspannung, die man hier finden will, noch wesentlich beitragen würden.

Grundsätzlich ist der Lesesaal als eine Stätte gedacht, die der sachlichen Unterrichtung, Belehrung und Anregung dienen soll. Er stellt außerdem eine Werbung für das gute Schrifttum dar. Aus dieser Ausrichtung heraus ist die Auswahl der aufliegenden Zeitungen und Zeitschriften vorgenommen. Illustrierte Zeitschriften würden insoweit aus dem Rahmen fallen — ganz davon abgesehen, daß hier jeder Leser Sonderwünsche hat. Ihrer Anregung kann deshalb leider nicht gefolgt werden.

M. D., Verwaltung:

Eine Zeitschrift hat nur dann das Recht, sich „Werkzeitung“ nennen zu lassen, wenn sie vom Werk (seine unmittelbaren Exponenten: Vorstand und Betriebsvertretung) für das Werk (= die Gesamtbelegschaft und möglichst auch deren Familien) geschrieben wird. „Überbetriebliche“ Zeitschriften, die von betriebsfremder Seite für mehrere Werke geliefert werden — und meist einem bestimmten politischen Zweck dienen sollen, sind keine Werkzeitungen. Hierhin gehören z. B. „Heim und Werk“, „Hand in Hand“ usw. Von den größeren Werken — auch von allen Fachkreisen — werden solche Organe erfreulicherweise abgelehnt, erst recht natürlich von der Arbeitnehmerschaft.

B. S., Verwaltung:

Was ist Existentialismus?

Unter Existentialismus versteht man ein philosophisches System, das in Deutschland hauptsächlich von Heidegger, in Frankreich von Sartre vertreten wird. Über Wesen und Bedeutung dieses Systems werde ich mich hüten, etwas auszusagen — teils, weil es unmöglich ist, in diesem Rahmen eine stichhaltige Erklärung abzugeben, teils weil ich mich nicht auf eins der glattesten Glatteise begeben will! Wie gründlich man diese, gegebenenfalls zum Nihilismus führende Lehre mißverstehen kann, dafür sind die Insassen gewisser Kaffeehäuser im Quartier Latin von Paris — und auch im Kohlenpott lebende Beweise.

A. R., Bücherei:

Sie haben recht: es handelt sich um einen Satzfehler. Der Kapp-Putsch war nicht 1921, sondern bereits 1920. Der Generalstreik wurde am 13. März ausgerufen und am 20. März erfolgreich beendet.

B. M., Schlackenverwertung:

Wir sind gern bereit, uns um eine Antwort auf Ihre Frage zu kümmern, aber: Ihre Anfangsbuchstaben, die Sie auf Ihr

Schreiben setzen, sind „halb-anonym“. Reichen Sie uns deshalb Ihren vollen Namen nach.

K. B., Werk Barop:

Wir halten Ihre Gedankengänge im allgemeinen für klar und verständlich, müssen aber von einer Veröffentlichung Abstand nehmen, da wir keine polemische Diskussion entfesseln wollen.

Frau K., Brechten:

Wenn ich früher im Warteraum der Krankenkasse der Westfalenhütte warten mußte, hörte ich oft so allerlei Gespräche über Arbeit, Krankheit usw. Unter anderem beschwerte sich auch jemand über die Beiträge zur Gewerkschaft. Es war einer von den Junggesellen, denen es doch sonst gar nicht darauf ankommt, manche Mark für Zigaretten, Bier oder andere Liebhabeereien auszugeben. Denken sie auch daran, wie vieles sie der Gewerkschaft verdanken (z. B. den Achtstundentag), daß der Verband für sie denkt und sorgt, ihnen Hilfe gewährt in Krankheit und Not? Sie mögen auch daran denken, daß sie als Gewerkschaftler mithelfen, daß den Invaliden eine Weihnachtshilfe und im Todesfall den Hinterbliebenen eine spürbare Hilfe zuteil wird. Oft sind es auch die Frauen, die mal fragen: „Ja, mußt du dir das denn abhalten lassen?“ Denken auch sie daran, wie schnell sie selbst eine Hilfe in Anspruch nehmen müssen, wenn es das Schicksal will? Ich habe es selbst empfunden, darum schreibe ich diese Zeilen.

Wohnungstausch

1. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschl., Miete 48,85 DM.
Suche: 2½-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete bis 40,— DM.
2. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in einem Privathaus, Miete 29,12 DM.
Suche: 2-Zimmer-Wohnung mit Bad in ein. Werkshaus
3. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in der Dannewerkstraße
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in einem Werkshaus.
4. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Dortmund-Hombruch.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung, gleichw., in Werksnähe.
5. Biete: 2-Zimmer-Wohnung mit Abstellraum, Miete 16,— DM, Lünen.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
6. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschl., Nähe Nordmarkt, Miete 39,— DM.
Suche: 3- oder große 2-Zimmer-Wohnung in der Nähe der Möllerbrücke.
7. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschl., in Werkshaus.
Suche: 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.
3. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
Suche: 2—3-Zimmer-Wohnung in der Stadt.
9. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad und 2 Kellerräumen, in Hombruch, Miete 42,— DM.
Suche: 2—2½-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, im Stadtgebiet.
10. Biete: 2½-Zimmer-Wohn. in Sölde, Miete 20,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
11. Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Warendorf, Miete 25,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund, evtl. auch im Vorort.
12. Biete: 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund-Hombruch, Miete 25,50 DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
13. Biete: 2-Zimmer-Wohnung in wiederaufgebautem Hause, Miete 26,— DM.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.

Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.

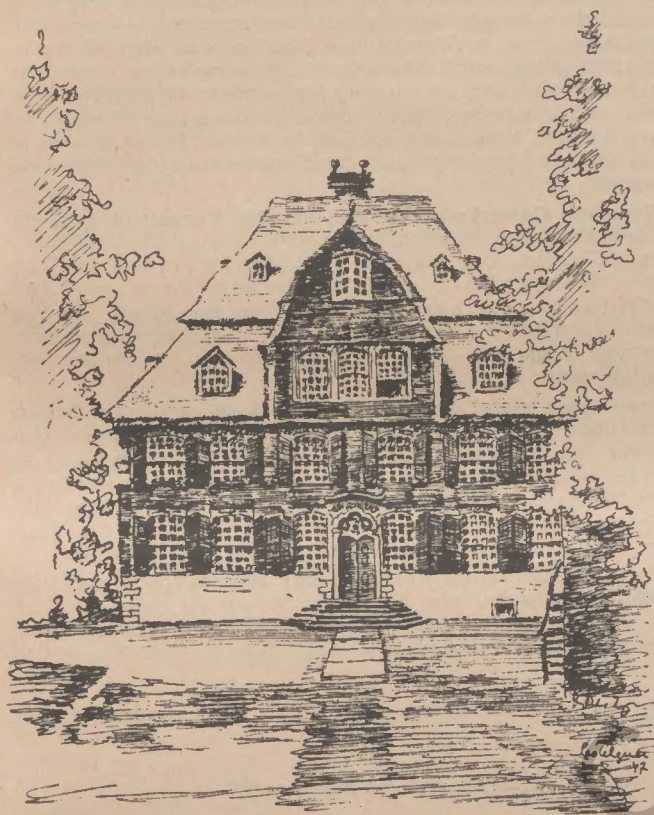
Ab Mai werden 2 möblierte Zimmer für englische Ingenieure gesucht.

Unsere Abteilung Wohnstätten sucht möblierte Zimmer. Angebote an Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23, Zimmer 7.

UNSERE HEIMAT

Haus Harkorten

Eine Perle der Baukunst der Rokoko-Zeit



haltenden Lebensstil einer der angesehensten Bürgerfamilien jener Zeit gerecht zu werden.

Das Innere des Hauses entspricht ganz seinem Äußeren. Von der großen Diele her betritt man den Ahnensaal mit den Bildern der Vorfahren aus dem Geschlecht der alten „Reidemeister“, der Hammerschmiede ihrer Zeit. Zwischen den großen Ölporträts grüßt uns aus kleinem Pastellbild die „Märkerin“, die Großmutter „Fritz“ Harkorts, eine Duisburger Patriziertochter und Gattin Johann Caspar Harkorts, welche Haus Harkorten erbauen ließ und bis zu ihrem Tode (1795) bewohnte. Hier im Ahnensaal des Hauses wie in den Wohnräumen beherrschen die formschönen, vielfach aufgeteilten Fenster mit rötlich und bräunlich getöntem Glas die Stimmung des Raumes. Überall finden wir die Erzeugnisse alten Kunsthandwerks; in der großen Küche haben selbst die in die Wand eingelassenen Salzfläßen Museumswert.

Steigt man die behäbige, unterteilte Treppe zum zweiten Stockwerk empor und läßt man seine Hände über das schwere gut geschnittene Eichengeländer gleiten, glaubt man vollends, man habe nun den Sinn dieses früheren Jahrhunderts, wie es sich ins Westfälische abgewandelt hatte, mit den Händen erfaßt.

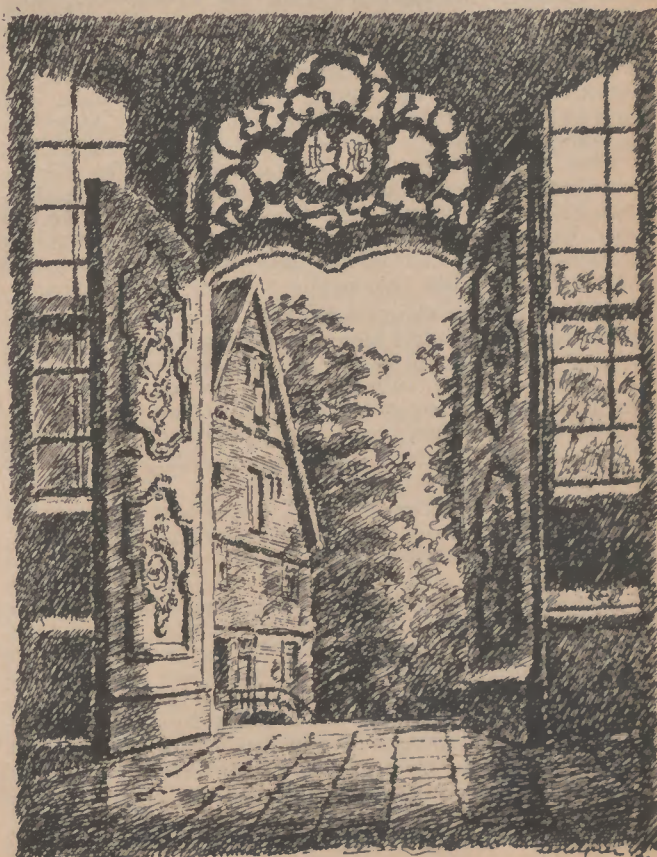
Nehmen wir, voll von den Eindrücken der Schönheit der alten Räume, Abschied von Haus Harkorten, fällt unser Blick noch einmal auf die herrliche Tür des Hauses, die wir hier im Bilde sehen. Die Sonnenlichter spielen auf dem Steinboden der Diele, im Hof plätschert leise das zierliche Brunnlein wie ein Schlußpunkt, bei dem der Künstler aufatmend alle Strenge des Westfälischen ablegte und nur noch etwas von der Verspieltheit des Rokoko hinzugab.

—TE.—

Abseits der großen Verkehrsstraße von Hagen nach Schwelm, nördlich des Industriortes Haspe, in schöner einstündiger Höhenwanderung auch vom alten Städtchen Volmarstein an der Ruhr erreichbar, liegt Haus Harkorten, das alte Bürgerhaus im Stil des Bergischen Rokoko um 1750. Neben seiner Geltung als Kleinod alter Baukunst hat dieses Bauwerk auch das besondere Interesse aller Heimatfreunde als Geburtshaus des Begründers und Förderers der Märkischen Eisenindustrie und Volksmannes „Fritz“ Harkort gefunden, dessen Wirken für den Fortschritt der Technik und das Allgemeinwohl weit über die Grenzen der Heimat hinaus bekannt geworden ist.

Dort, wo wir es gar nicht vermuten, ganz eingebettet in die waldreiche Landschaft, entdecken wir am Ende einer Allee aus altem Baumbestand das schiefergeschützte alte Haus, dessen edle Bauweise unser Auge gefangen hält. Sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein wird aufgelockert, ja, findet seinen Ausgleich in den graziösen Linien für Tür und Fenster, die auch in dem hohen Mansardendach schwingen und von dem Giebelbau reizvoll nachgezeichnet werden — ein vielseitiges Gemälde in Schwarz, Grün und Weiß, wie es für die alten Häuser im Bergischen Baustil kennzeichnend ist.

Aber nicht nur die schöne Fassade des alten Hauses hält uns gefesselt. Haus Harkorten ist nach allen vier Himmelsrichtungen mit der gleichen Liebe und künstlerischen Vollendung bis ins kleinste gestaltet. Diese alles umfassende Sorgfalt des Baumeisters beginnt bei dem schön geformten Türschloß und vollendet sich bei dem eigenartigen Schornstein, der eine wahre Krönung des Daches darstellt. Wäre das Haus ein Mensch, so könnte man sagen: er ist echt bis in die Fingerspitzen und bescheiden wie alles wahrhaft Große. Haus Harkorten ist das Meisterwerk eines Könners, der sich darüber klar war, daß er die üppige und sorglose Phantasie des leichtlebigen Rokoko-Zeitalters hier auf die äußerste zu vereinfachen hatte, um dem vornehm zurück-



Ludwig Rosenberg:

Gewerkschaften - Staat im Staate?

Seit einigen Monaten wird in der Presse die Frage diskutiert, ob die Gewerkschaften in der jüngsten Zeit durch die Wahl ihrer Mittel und die Art ihrer Zielsetzung über den Rahmen der Interessenorganisation der Arbeitnehmer hinausgewachsen seien und schließlich zu einem Staat im Staate geworden sind. Je nach der gewohnten Art des Argumentierens bedient man sich dabei sachlich-nüchterner Betrachtungen oder ausfallender und sowohl im Tone als auch inhaltlich unwürdiger Methoden.

Da aber die wohlgeplante und nicht etwa zufällige „demokratische Entrüstung“ unserer Patentdemokraten an Heftigkeit nicht abzunehmen scheint, ist es vielleicht an der Zeit, einmal sachlich auf jene Argumente einzugehen, die großenteils mit mehr Stimmaufwand als Ernst vorgetragen werden.

Sind die Gewerkschaften also ein „Staat im Staate“? Gefährden sie die Demokratie?

Die Gewerkschaften sind Organisationen, die sich zur Aufgabe stellen, die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Mitglieder zu bessern. Sie sind die einzigen wirksamen Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in denen sich diese zahlen- und bedeutungsmäßig größte Bevölkerungsgruppe ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen zusammenfinden. Die in dieser Gruppe Unorganisierten, von denen man so gern spricht, spielen in der Gewerkschaftsbewegung und der Beurteilung ihrer Bedeutung genau dieselbe Rolle wie die Partei der Nichtwähler unter den politischen Parteien. Die Parteien behaupten mit Recht, auf Grund ihres Mandates „das Volk“ zu vertreten — die Gewerkschaften vertreten mit demselben Recht die „Arbeitnehmerschaft“. In beiden Fällen kann der bewußt Abseitsstehende nicht als Wertmesser für die Legitimation zur Vertretung der Gesamtinteressen herangezogen werden.

Die Gewerkschaften haben gewisse Aufgaben zu erfüllen, die ihnen selbst von ihren Gegnern nicht bestritten werden: sie haben die Lohn- und Gehaltsbedingungen zu regeln, die Arbeitsbedingungen zu fixieren und in Verhandlungen mit ihren sozialen Gegenspielern alles das zu tun, was man gemeinhin als „traditionelle“ Aufgaben der Gewerkschaften bezeichnet.

Da sich aber die Gewerkschaften wie jede menschliche Organisationsform mit den Zeiten wandeln, so ergeben sich heute aus der Durchführung dieser traditionellen Aufgaben Konsequenzen, die sich sehr weit in das Gebiet der Politik — nicht der Parteipolitik — hineinzwingen. Ein Kegelverein oder ein Schachklub kann absolut und im tatsächlichen Sinne „unpolitisch“ sein. Eine Gewerkschaft kann das nicht. Jede Lohnforderung, jeder sozialpolitische Vorstoß hat Konsequenzen, die auf die Wirtschaft des Landes und damit auf die Politik bedeutende Auswirkungen haben.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist von der Wirtschaftspolitik des Landes nicht mehr zu trennen. Ihre Auswirkungen auf die Finanzpolitik, ja auf die Währungssicherheit des Landes sind nicht zu leugnen, und die Folgen einer verhängnisvollen Wirtschaftspolitik können einmal zur Inflation, zur Verarmung und zur Revolution führen, also Wirkungen haben, deren ungeheure politische Bedeutung für Volk und Staat unverkennbar sind.

Das alles ist nirgendwo erwähnt, wenn von Gegnern der Gewerkschaften über heutige Gewerkschaftspolitik gesprochen und geschrieben wird. Erwähnt sind vielmehr nur die Konsequenzen, die sich aus diesen Tatsachen ergeben — nämlich, daß die Gewerkschaften heute eine große Verantwortung für das gesamte Volk und nicht nur für die Gruppen tragen, die sie vertreten. In ein und demselben Atemzug verlangt man, daß sich die Gewerkschaften nur um ihre „traditionellen“ Aufgaben kümmern sollten, daß sie aber dabei Rücksichten auf Auswirkungen ihrer Forderungen zu nehmen hätten auf Gebieten, die ihrem Einfluß verschlossen bleiben müßten.

Die Widersinnigkeit dieses Verlangens wird offenbar, wenn man sich dessen bewußt wird, wohin eine solche Entwicklung führen würde. Sie müßten die Gewerkschaften in die

Rolle einer sozialpolitischen Heilsarmee verweisen, die zwar fordern dürfe, aber nicht einmal die Freiheit hätte, ihre Forderungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen konsequent durchzusetzen — wie das immerhin in den Vereinigten Staaten von den Gewerkschaften getan wird. Sie würde andererseits zu einer Art industrieller Feuerwehr werden, die immer bereit sein muß, die Feuer auszulöschen, die ohne ihre Mitwirkung von anderen verursacht wurden. In beiden Fällen würde es sich um ein Musterbeispiel der Sozialisierung der Verluste handeln.

Wenn die Gewerkschaften also aus der Verantwortung, die ihnen als Folge wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen zugefallen ist, das Recht auf Mitbestimmung in der Wirtschaft und Mitbeeinflussung der Wirtschaftspolitik fordern, so ziehen sie nur die selbstverständliche Konsequenz, daß man nur das verantworten kann, an dessen Gestaltung man zumindest beteiligt war.

Damit aber treten die Gewerkschaften als politischer Faktor im Leben des Staates auf, und wenn die einen diesen Zustand bedauern, die anderen ihn begrüßen mögen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß er den gewordenen Verhältnissen entspricht und es von allen Gruppen des Volkes abhängen wird, ob aus dieser Tatsache ein Staat im Staate oder gar eine Bedrohung des Staates wird.

Die Gewerkschaften haben weder den Wunsch noch die geheime Absicht, ein Staat im Staate zu sein oder zu werden. Sie wollen Regierung und Parlament aus der ihnen übertragenen Verantwortung nicht herauslassen. Sie wollen

Diener der Hand!

Motor surre, singe, jauchze,
Schwingend dreh die Kreise du.
Jage Riemen, ächze, kreische,
Rasend fliehe ohne Ruh
Eure Kraft, die tausendfältig
Meine Kraft des Armes stärkt.
Euer Jagen, Drehen, Kreisen -
Seele ist's und lebend Werk.

Feuer brenne, glühe, flamme,
Du mit deinem hellen Schein.
Wärme, schweiße, schmelze Erze -
Trenne sie vom harten Stein,
Bis aus deinen Feuersgluten
Rinnend fließt der klare Stahl,
Der, erkaltet, hart und edel,
Weihe ist und Flammenmal.

Hammer schlage, halle, dröhne,
Schwung und Wucht ist deine Macht.
Presse, zwinge du die Formen,
Die des Menschen Geist erdacht.
Schlage Hammer, Motor sause,
Lodre Flamme - glutentbrannt.
Schlag und Macht und Glut vereinigend,
Seid ihr Diener meiner Hand.

Fritz Kohlhasse

auch keine Auflösung der parlamentarischen Demokratie in die Formen eines Ständestaates oder einer Gruppenherrschaft. Sie wollen auch nicht allein ihre Interessen ohne Rücksicht auf andere Volksgruppen durchsetzen. Wer irgendwo etwas Derartiges behauptet, ist entweder töricht oder böswillig — oder beides. Auch die Demokratie, die heute von allen denen „verteidigt“ wird, die 1933 und vorher an ihrem Untergang emsig tätig waren, wird von den Gewerkschaften nicht bedroht.

Die Gefahr für demokratische Regierungen- und Lebensformen kommt gerade von jenen, die sich heute als „Hüter demokratischer Rechte“ aufspielen. Sie sorgen dafür, daß durch eine törichte reaktionäre Wirtschaftspolitik, durch eine geplante Planlosigkeit jene Zustände wiederhergestellt werden, die den Glauben an demokratische Lebensformen im Volke untergraben. Der Mangel an sozialer Erkenntnis, das die-Zukunft-in-der-Rekonstruktion-der-Vergangenheit-Suchen und die Restauration der Reaktionäre treiben die Massen der Werktätigen zur Verzweiflung. Es ist noch niemals in der Geschichte die Schuld einer Handvoll Funktionäre gewesen, wenn große Massen des Volkes „zum Staat im Staate“ wurden. Es war noch niemals so, daß eine Staatsform in

Gefahr geriet, wenn die Regierenden verstanden, ihre Pflicht zu tun, d. h. möglichst sozial gerechte und erträgliche Zustände für alle zu schaffen. Jede Revolution war nichts anderes als eine Quittung für die Unfähigkeit oder Böswilligkeit der verantwortlich Herrschenden.

Wenn die Gewerkschaften mit aller Deutlichkeit und sogar mit gewissem Druck die Verantwortlichen an ihre Pflicht gemahnen, wenn sie ihnen die Gefahren verfehlter Politik deutlich und unmißverständlich klarzumachen versuchen, so erfüllen sie damit eine Pflicht, die aus ihrem Verantwortungsgefühl für die Sicherheit und den Fortbestand demokratischer Staats- und Lebensformen kommt. Eben weil sie verhindern wollen, daß durch verfehlte Politik die Massen, ohne die man nicht regieren und gegen die man in einer Demokratie nicht regieren kann, zum Staat im Staate und zur Gefahr für die Staatsform werden, haben sie die Pflicht, unerschrocken und verantwortungsbewußt dafür zu sorgen, daß die demokratischen Institutionen vor verhängnisvollen Fehlern gewarnt werden. **Eine Pflicht, die jeder wahre demokratische Bürger sich nicht nehmen lassen darf, soll die Demokratie nicht in kaltem Formalismus erstarren und schließlich daran zugrunde gehen.**

Hans vom Hoff:

Investitionspolitik und Produktionssteigerung

Man kann damit rechnen, daß im Jahre 1951 in Westdeutschland rund 25 Milliarden DM investiert worden sind, die teilweise beträchtlichen Erhöhungen der Lagerbestände noch nicht einmal mitberechnet. Trotzdem sind unsere Engpässe nach wie vor das Wirtschaftsproblem Nr. 1.

Eine solche zwiespältige Entwicklung läßt sich nur aus der Tatsache erklären, daß bisher auf eine Lenkung der Investitionen weitgehend verzichtet wurde und daß dort, wo formal eine Lenkung möglich gewesen wäre (öffentliche Investitionen), infolge der verwaltungsmäßigen Zersplitterung eine vernünftige umfassende Disposition in der Regel unmöglich gemacht war.

Die Gewerkschaften haben in ihrem Programm vom 12. März 1951 seinerzeit vorgeschlagen, die für die Engpaßbereiche benötigten Investitionsmittel durch einen Zugriff auf die automatisch anfallenden Abschreibungen zu beschaffen.

Wie bedeutsam diese Quelle ist, mag die Tatsache zeigen, daß die jährlichen Abschreibungen in der deutschen Wirtschaft in der Größenordnung von etwa 7 Milliarden DM liegen. Demgegenüber muß allerdings gesagt werden, daß die kürzlich vom Bundestag nach langen Geburtswehen beschlossene Investitionshilfe nur ein sehr unzureichendes Mittel zur Überwindung der jetzigen Schwierigkeiten darstellt. Der Betrag von 1 Milliarde DM reicht in gar keiner Weise aus, um wirksam die wichtigsten Engpässe zu überwinden. Das Prinzip dieses Investitionshilfegesetzes mag hingehen; der Umfang, in dem es gehalten ist, ist aber völlig unzureichend. Wohin soll es führen, wenn für große Objekte, zum Beispiel in der Energieversorgung, nur die Anfinanzierung gesichert ist, ohne daß irgendwelche Vorstellungen darüber bestehen, wie solche Projekte restlos finanziert werden können. Hier liegt nach Auffassung der Gewerkschaften im Augenblick der Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Nur mit ausreichender und undogmatischer Investitionslenkung vermögen wir die Engpässe zu überwinden; nur mit Überwindung der Engpässe aber haben wir eine Chance, zu einer größeren und, was besonders wichtig ist, rationelleren Produktion

zu kommen und eine durchgreifende Steigerung des Sozialproduktes durchzusetzen; nur mit einer solchen Steigerung des Sozialproduktes aber können die übrigen berechtigten Forderungen der Gewerkschaften durchgesetzt werden, wie sie in der Erhöhung des Lebensstandards, der Überwindung der Armut und in der Sicherung des Arbeitsplatzes liegen.

Produktivitätssteigerung

Aus meinen bisherigen Ausführungen hat sich schon ergeben, daß das aktuellste wirtschaftspolitische Problem die Produktionssteigerung ist. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, daß die durch die Mehrproduktion erzielte Steigerung des Sozialproduktes einzig und allein für einen erhöhten Verbrauch aufgewendet werden kann. Auf diesem Gebiet liegen noch alle Möglichkeiten vor uns. Der amerikanische Arbeitnehmer hat ungefähr einen dreimal so hohen Lebensstandard wie der deutsche. Wenn auch diese Verhältnisse nicht ohne weiteres vergleichbar sind, so ist die Tatsache dieses Unterschiedes an sich schon bezeichnend. Aufgabe der Wirtschaft ist ja die Überwindung der Knappheit, und man kann mit vollem Recht sagen, daß die meisten irdischen Güter nicht nur bei uns in Westdeutschland, sondern auch in den anderen zurückgebliebenen Gebieten der Welt noch außerordentlich knapp sind. Unsere Aufgabe ist es daher

1. mehr zu produzieren,

2. rationeller zu produzieren.

Was zunächst das Mehr an Produktion betrifft, so sagt man in der Regel, daß eine größere Erzeugung an bestimmten Produktionsvoraussetzungen — nämlich unter anderem an Arbeitskräften und Sachanlagen einschließlich der Rohstoffe — hänge.

Wir haben in Westdeutschland vorläufig noch verhältnismäßig große Reserven an Arbeitskräften. Wir haben auch noch bedeutende Kapazitätsreserven, und von allgemeinen Schwierigkeiten in der Roh-

Nicht das Ideal wird zur Wirklichkeit; aber durch das Ideal wird in diesen unseren Zeiten Wirklichkeit... Ganz und gar weggeräumt ist jetzt jegliche angebliche Wissenschaft von der Zukunft; nicht nur kennen wir keine Entwicklungsgesetze; wir kennen sogar die gewaltige Gefahr, daß wir jetzt schon zu spät daran sein können, daß all unser Tun und Versuchen vielleicht nichts mehr helfen wird... Wir stehen wie Urmenschen vor Unbeschriebenem und Unbeschreiblichem; wir haben nichts vor uns und alles nur in uns... in uns die Not, auszuschneiden aus Jammer und Niedertracht; in uns Gerechtigkeit, die zweifellos und unbeirrt ist; in uns Anstand, der die Gegenseitigkeit will; in uns Vernunft, die das Interesse aller erkennt.

(Gustav Landauer, im Jahre 1910)

stoffversorgung kann absolut, abgesehen von strukturbedingten Engpässen bei Kohle und Stahl, nicht die Rede sein.

An sich sind also die Voraussetzungen für eine Zunahme insbesondere der Industrieproduktion gegeben. Sie ist allerdings abhängig von einem richtigen wirtschaftspolitischen Kurs. Darüber hinaus aber muß das Mehr an Produktion auf eine möglichst rationelle Weise erreicht werden.

Es ist bekannt, daß schon vor dem zweiten Weltkrieg die Produktion je Stunde in der amerikanischen Industrie etwa dreimal so groß war wie in Europa. Seitdem hat sich dieser Abstand noch vergrößert. Die Steigerung der Leistung, die hier als die wichtigste Aufgabe herausgestellt wird, ist von den Gewerkschaften seit langer Zeit klar als Problem herausgestellt worden.

Schon auf dem Münchener Kongreß hat der verstorbene Kollege Böckler von dem Zwang zu größerer Produktion und größerer Produktivität gesprochen. Dieser Zwang ist unverändert bestehen geblieben.

Allerdings sind wir — was die Methode der Leistungssteigerung betrifft — keinesfalls immer der landläufigen Auffassung. Eine solche Leistungssteigerung darf nicht heißen: Steigerung des Ausbeutungsgrades der Arbeitnehmer.

Es ist bedauerlich, daß das Rationalisierungsproblem nach den bisherigen Erfahrungen nahezu ausschließlich darin bestand, zu untersuchen, ob diese oder jene Arbeitsverrichtung auf einen geringeren Zeitraum zusammengepreßt werden konnte. Hier liegt die ernste psychologische Erklärung für die starke Ablehnung, die die Forderung nach höherer Produktivität häufig bei der deutschen Arbeitnehmerschaft findet.

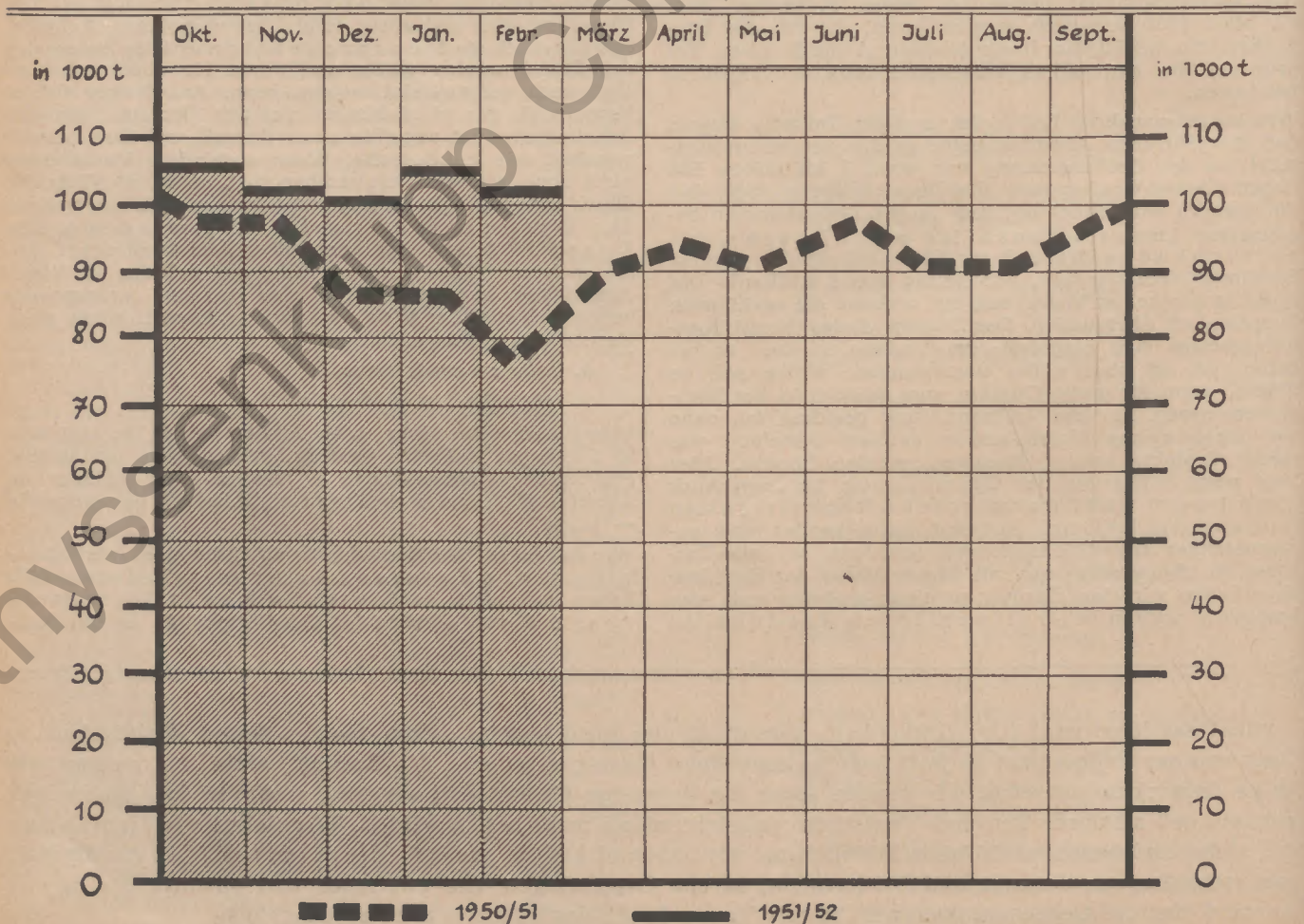
Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen müßten von der deutschen Wirtschaft auch weitgehend in der innerbetrieblichen technischen Organisation gesucht und gefunden werden.

Eines der entscheidendsten Probleme ist die Rationalisierung des Verteilungsapparates. Hier läßt sich nach unserer Meinung ohne große Investitionen eine wesentliche Vereinfachung des übersetzten Handels und damit auch eine nicht unbeträchtliche Herabsetzung der Preise auf entscheidenden Gebieten erreichen.

Rationalisierung heißt auch Rationalisierung in der Zusammenarbeit, d. h. in der Aufstellung und Abstimmung der Produktionsprogramme in Einrichtung, Typisierung und Serienproduktion. Hier liegt in Deutschland eine Entwicklung vor, die bei allem Respekt vor den technischen Leistungen die Gewerkschaften keineswegs erfreut. Die Gewerkschaften glauben ferner, daß die Rationalisierung in diesem Sinne nicht nur eine westdeutsche, sondern vielmehr eine europäische Aufgabe ist. Die Bestrebungen zur Vergrößerung des Marktes, zur Schaffung zumindest eines westeuropäischen Marktes, bedingen eine Rationalisierung. Das letzte aber, was hier auf diesem Gebiet gesagt werden muß, betrifft noch einmal das Verhältnis der Arbeitnehmer zur Frage der Rationalisierung im ganzen. Man kann von den Arbeitnehmern nicht erwarten, daß sie arbeitsparenden Methoden zustimmen, solange nicht gleichzeitig in der allgemeinen Wirtschaftspolitik die Sicherheit gegeben ist, daß die gesamte Wirtschaft nach dem Ziel der Vollbeschäftigung orientiert ist.

Man kann auch nicht erwarten, daß die Arbeitnehmer begeistert an der Rationalisierungsarbeit mitwirken, wenn sich diese Rationalisierung weder in ihren Löhnen noch in den Preisen entsprechend widerspiegelt oder zur Freisetzung von Arbeitskräften führt. Alle Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß die Rationalisierung kein betriebswirtschaftliches Problem ist, das man allein der privaten Initiative überlassen kann. Es handelt sich vielmehr um ein volkswirtschaftliches Problem, dessen Bewältigung die Schaffung von Investitionen erforderlich macht, die die dringend not-

Unsere Rohstahlerzeugung



wendige Koordinierung und die Beachtung gesamtwirtschaftlicher Gesichtspunkte gewährleistet. Und damit komme ich zu einem entscheidenden Problem der künftigen Wirtschaftspolitik.

Öffentliche Finanzen

Eine Politik der Kaufkraftsteigerung und der Produktionsausdehnung kann natürlich nur mit Erfolg geführt werden, wenn gleichzeitig auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen Ordnung geschaffen wird. Die Zersplitterung des Bundesgebietes in zum Teil nicht lebensfähige Länder bedeutet eine wesentliche Belastung eines jeden Steuerzahlers. Zwar ist diese Zersplitterung als Folge des verlorenen Krieges uns aufgezwungen worden, aber es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß die einzelnen Länder Gefallen an dieser Zersplitterung gefunden haben und sich gegen jede Änderung sträuben.

Der Leidtragende ist der Steuerzahler. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß beispielsweise allein eine einheitliche Finanzverwaltung zu einer wesentlichen Entlastung der Steuerzahler führen würde.

Notwendig ist eine durchgreifende Verwaltungsreform. Die öffentliche Ausgabenpolitik muß aber auch stärker und planmäßiger für die allgemeine Wirtschaftspolitik eingesetzt werden. Vor allen Dingen ist eine Reform der Steuerpolitik an Haupt und Gliedern mit voller Ausschöpfung der gesetzlich festgelegten Steuern und mit einer Neuordnung dieser Steuern im Sinne der volkswirtschaftlichen Ergiebigkeit und der sozialen Gerechtigkeit notwendig. In diesem Zusammenhang sei nur darauf hingewiesen, welch erheblicher Mißbrauch mit der Anrechnungsfähigkeit der sogenannten 7-d-Mittel betrieben wird.

Das soziale Klima

Nach gewerkschaftlicher Auffassung können diese Probleme nur bewältigt werden, wenn das richtige Verhältnis für den schaffenden Menschen in der Wirtschaft herausgebildet wird.

Die Gewerkschaften als Repräsentanten der deutschen Arbeitnehmerschaft sind bereit, an der Steigerung der Produktivität mitzuarbeiten. Sie sind dazu aber nur bereit, wenn sich die gewerkschaftliche Mitarbeit auf alle Gebiete der deutschen Wirtschaft erstreckt.

Um so sonderbarer muß es berühren, daß man in der letzten Zeit dazu übergeht, Unterschiede zwischen Arbeitnehmern einerseits und Gewerkschaften andererseits zu machen. Wenn von Arbeitgeberseite die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anerkannt wird, dann muß diese ohne jede Einschränkung erfolgen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die von der organisierten Arbeitnehmerschaft gewählten Repräsentanten, und die Arbeitnehmerschaft muß mit Recht von diesen Vertretern erwarten, daß sie ihre Belange ohne Einschränkung wahrnehmen können. Wer hierzu nicht bereit ist, muß sich darüber klar sein, daß eine Zusammenarbeit auf Teilgebieten dann auch nicht möglich ist.

Die Anerkennung der Arbeitnehmerschaft ist nicht durch die formale Gleichberechtigung des einzelnen Arbeitnehmers in der Politik, im Betriebe oder in der Wirtschaft gewährleistet, sondern nur durch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen, durch die die Arbeitnehmerschaft erst Geltung und Einfluß gewonnen hat.

Wir müssen doch zur Genüge erkannt haben, daß auch die wesentlichen betrieblichen Fragen nur im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der Wirtschaft und der Politik einer Lösung entgegengeführt werden können.

Das Ja der Gewerkschaften zu einer gestaltenden fortschrittlichen Zusammenarbeit in dem dargelegten Sinne kann nur Geltung haben, wenn es verbunden ist mit dem Ja zur Mitbestimmung seitens der Arbeitgeberschaft. Alle wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen können im heutigen Westdeutschland nur gelöst werden, wenn ein besseres soziales Klima geschaffen wird. Hierzu bedarf es nicht nur der Erklärung, daß man zusammenarbeiten will, sondern hierzu ist es notwendig, daß die deutsche Unternehmerschaft sich zu der Erkenntnis durchringt, daß die Frage einer neuen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Ordnung Voraussetzung für ein neues Leben in Deutschland ist.

Es geht hier nicht um Machtpositionen, es geht um eine neue Ordnung der Gesellschaft. Es geht darum, das wirtschaftliche Leben unter die gemeinsame Verantwortung der im Produktionsprozeß Stehenden auf die Grundlage einer echten Gleichberechtigung zu stellen.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Neue Staffellung für Kriegsoferrenten

Die Höhe des monatlichen Einkommens, bis zu dem den Kriegsofern nach dem Bundesversorgungsgesetz eine Ausgleichsrente gewährt werden soll, wird nach einem vom Bundestag am 20. Februar 1952 verabschiedeten Gesetz um durchschnittlich 5 DM erhöht. Danach ist die Ausgleichsrente in Zukunft zu gewähren, sofern sie zusammen mit dem sonstigen Einkommen folgende Monatsbeträge nicht übersteigt:

Bei einer Minderung der Erwerbstätigkeit um 50 v. H. 85 DM, um 60 v. H. 85 DM, um 70 v. H. 95 DM, um 80 v. H. 105 DM, um 90 v. H. 120 DM; bei Erwerbsunfähigkeit: 135 DM.

Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Internierten der Sowjetzone

Die Angehörigen von Personen, die in der Sowjetzone festgehalten werden, sollen in Zukunft den Angehörigen von Kriegsgefangenen gleichgestellt werden und die gleiche Unterstützung erhalten. Dies sieht eine Ergänzung des obigen Gesetzes vor. Die Ergänzung sieht ferner vor, daß die Unterhaltsbeihilfe sechs Monate nach der Heimkehr

weitergezahlt werden soll, sofern dies nicht sozial ungeeignet erscheint.

Alte Witwenrenten werden nicht erhöht

Es war als ungerechtfertigt bezeichnet worden, daß unterschiedliche Witwenrenten gewährt werden, je nachdem ob der Mann vor oder nach dem 1. Juni 1949 gestorben ist. Von dieser Bestimmung wurden vor allem Kriegerwitwen betroffen.

Auf Anfrage teilt der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium mit, daß die Invalidenrenten von Witwen, deren Männer vor dem 1. Juni 1949 gestorben sind, nicht erhöht werden können und daß diese Witwen nach wie vor von den Verbesserungen der Sozialversicherungsleistungen ausgenommen sind. Bei einer Gleichstellung der Witwenrenten entstünden Mehraufwendungen von 250 Mill. DM jährlich, für die bei der gegenwärtigen Finanzlage des Bundes keine Deckungsmöglichkeiten vorhanden seien. Außerdem würde die Sanierung der Rentenversicherung weiter erschwert. Im übrigen sei den Witwen durch Herabsetzung der Invaliditätsgrenzen eine erhebliche Vergünstigung gewährt worden.

ZUM NACHDENKEN

In einem kleinen Staate des Altertums bemerkte ein sorgfältiger Beobachter der Natur aus mehreren unverkennbaren Merkmalen, daß im künftigen Jahre der Olbaum nicht gedeihen werde. Er teilte diese Entdeckung seinen Mitbürgern mit und riet ihnen, sich Vorräte zu sammeln. Sie verlachten ihn. Seine Beobachtung bestätigte sich, und die Stadt, deren vornehmster Nahrungsweig der Olbaum war, geriet in drückenden Mangel und — bestrafte den Naturforscher als einen Zauberer.

Fabel von J. H. Pestalozzi

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Februar ihr Dienstjubiläum feiern:

40jähriges Dienstjubiläum

Butkereit, Fritz Hochofen

25jähriges Dienstjubiläum

Eickmann, Georg	Maschinenabteilung	Kessel	Schulz, Paul	Preß- und Hammerwerk
Pilgrim, Wilhelm	Maschinenabteilung	Betr.-Werkst.	Strehl, Josef	Spezialblechwalzwerk
Fischer, Wilhelm	Eisenbahnabteilung		Pütter, Paul	Technisches Büro
Hilscher, Johann	Martinwerk			

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

UNSERE Jugend

Der Jugendausschuß

Unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Betriebsausschusses Albert Pfeiffer wurde die Wahl des geschäftsführenden Jugendausschusses vollzogen. Es wurden einstimmig gewählt: zum Jugendobmann Willi Fige (Ruf 451/377); zum 2. Vorsitzenden Helmut Neukirch (Ruf 5583); zum Schriftführer Kurt Soppa (Ruf 5432).

Anschließend erfolgte die Aufteilung der Betriebe und Abteilungen auf die einzelnen Jugendvertrauensleute, und zwar wie folgt: Helmut Wolf (Ruf 5391); Hochofen, Zementfabrik, Steinfabrik, Phosphatmühle, Elektr. Abt.; Hans Lamott (Ruf 5553); Blechwalzwerk I/II, Kaliber-Walz-

werke, Hammerwerk, Grubenausbau, Stahlwerk, Masch.-Abteilung, Drahtverfeinerung, Kaltwalzwerk, Breitbandwalzwerk; Helmut Schütte (Ruf 5639); Mech. Werkst., Eisenbahn-Werkstätten, Bau-Abt., Eisenbahn; Karl-Heinz Budzinski und Wolfgang Teichmann (Ruf 5639); Auto-Werkstatt und Lehrwerkstatt; Helm. Neukirch (Ruf 5583), Fredi Simon (Ruf 6944), Kurt Soppa (Ruf 5432), Edith Oberschelp (Ruf 244); Hauptverwaltung, Angestellte des Betriebes, Versuchsanstalt, E.W.S., Betriebswirtschaft, Gästehaus, Werksschenke, Sozial-Abteilung, Liegenschaften; Helm. Neukirch (Ruf 5583); Lehrlinge der Hauptverwaltung; Werner Parnatzek (Ruf 5022); Werk Barop.

Aber ich hab' doch gar keine Beziehungen . . .

Immer wieder hört man diese Redewendung, wenn einer über sein mangelndes berufliches Fortkommen klagt oder glaubt, nicht an der Stelle eingesetzt zu sein, an der er am meisten leisten zu können hofft. „Ach, ich kenne ja niemand. Ich habe auch nichts. Wie soll ich denn da je was werden?“ Und dann folgt zumeist dumpfe Tatenlosigkeit.

Wenn das der Woolworth getan hätte! Er, Frank William, war Sohn ärmster Bauern. Beginnt als Kartoffelsackträger, gründet einen Laden, in dem alles nur drei Cent kostet. Schafft aus dieser Idee ein Weltunternehmen. Oder der Gillette. Seine Familie verlor alles bei einem Brande. Er, King Camp, quält sich als Reisender auf Dörfern, bis er sich an seinem 40. Geburtstag vornimmt, irgend etwas Billiges zu erfinden, was jeder nach dem Gebrauch wieder fortwirft. So erfindet er die Rasierklinge. Acht Jahre lang kämpft er gegen Hohn, Unverstand und Unbekanntheit, bis er sich doch durchsetzt und eine Millionenfirma entwickelt. Oder George Mortimer Pullman, dritter Sohn unter zehn Kindern eines armen Mechanikers. Verdient nach Absolvie-

rung seiner Dorfschule als Kolonialwarenlehrling jährlich an die 40 Dollar. Er denkt sich den ersten Schlafwagen der Welt. Stellt ihn auf Räder. Endet als Chef der gigantischen Pullman-Wagen-Compagnie. Und Eastman Kodak, aus einer durch den Tod des Vaters verarmten Familie, schafft es vom 13jährigen Versicherungslehrling mit der ersten Jahresersparnis von 30 Dollar bis zum Gründer des weltberühmten Fotowerkes.

Und wenn man all diese Beispiele aufgezählt hat, dann erhält man zur Antwort:

„Ach, das war einmal im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten!“

Und der Benz? Der seine Mutter, eine Lokomotivführerswitwe mit dürftigster Rente, ernähren muß und der kaum die Pfennige zusammenkratzen kann, um das Polytechnikum in Karlsruhe besuchen zu dürfen? Und der Daimler, der als Schlosserlehrling beginnt? Und der Paul Julius Reuter? Er verläßt mit 12 Jahren seine kranke Mutter in Kassel, um

als Bankbote in Göttingen das notwendigste Geld aufzutreiben. Jener Reuter, der es dann zum Begründer der weltumspannenden Nachrichtenagentur, die heute noch seinen Namen trägt, bringt. Welche Beziehungen hatte schon der Müllerssohn im Schweizer Kemptal Julius Maggi, als er voller Tatkraft und neuer Ideen eine Lebensmittel-fabrik gründet? Und Robert Bosch, der Gastwirtssohn aus der Schwäbischen Alb? Oder der Londoner Arbeitslose John L. Baird, der in einem möblierten Zimmer aus alten Kinderwagendrähnen den ersten Fernsehapparat erzwingt? Sie alle, alle, hatten keine Beziehungen.

Und auch hier entgegnet der dumpf-hoffnungslos Dahinlebende:

„Ach, das war vorgestern und gestern so. Aber heute ist das ganz anders!“

Aber auch hier ist im Nu zu beweisen, daß das ein Irrtum ist. Man frage nur herum, und man wird Menschen genannt bekommen, die mutterseelenallein dastanden, nackt, leer, scheu, arm, ohne Hoffnung, ohne Vorbild, ohne Ansporn, ohne Leitung, ohne Freund und Halt, ohne Schild, Brücke und Dach, ohne Chance und Recht auf Zukunft und Glück. Aber all diese Ixe und Ypsilone von nirgendwo fragten nichts und sagten nichts und weinten nicht. Sie spuckten in die Hände und packten zu. Da ist der Grundig in Fürth. Der beginnt mit einem Freunde auf einem Trümmerhaufen in Fürth vor ein paar Jahren mit der Errichtung einer kleinen Radiowerkstätte. Am Tage der Währungsreform beschäftigt er vierhundert, heute aber hat er schon über tausend Arbeiter. Oder der Bemberg. Der war Weinhändler. Entdeckt in Bordeaux das „Türkischrot-Öl“, das man in Frankreich für das Weben von Baumwollgarnen verwendet. Unternehmungslustig, wie er ist, führt er es als erster in Deutschland ein und legt so den Grundstein für sein gewaltiges Seidenwerk. Und Hans Thierfelder. Er ist jener Mann, der nach dem Kriege als erster Deutscher aus den Vereinigten Staaten die neuen Cotton-Maschinen herüberholt. So gründet er seine Feinstrumpfwirkerei und macht sie im Laufe eines Jahres zur größten Strumpffabrik des Westens. Nehmen wir als ein anderes Beispiel einen Mann wie Hans Albers. Der hungert sich als Lehrling einer Chemikalienhandlung in seiner Vaterstadt Hamburg durch, bis er sein erstes Engagement erhält. Da ist der Schöpfer der Rolleiflex-Kamera, Reinhold Heidecke. War drittes Kind einer Ascherslebener Bergmannsfamilie. Ich schwöre, er hat auch niemand gekannt. Oder Heinrich Dinkelbach, Sohn eines Ruhrarbeiters, ist heute einer der führenden Köpfe in der westdeutschen Wirtschaft. Oder Alfred Teves. Er fängt als Schiffsjunge an. Nun rechnet er längst als Chef eines Werkes in Frankfurt zu den Pionieren

der deutschen Autoindustrie. Betrachten wir uns das Leben des Chefs der berühmten Schramberger Uhrenwerke, des Herrn Helmut Jung h a n s. Auch er hat keine Beziehungen, als er einst als feinmechanischer Hilfsarbeiter seine erste Stellung antritt. Da lebt in Flensburg in der Ritterstraße 25 ein aus Lettland geflüchtetes Fräulein Lydia Resen. Sie errichtet mit Energie aus dem Nichts einen Betrieb, der eine sehr willkommene Erfindung herstellt: ihren „Talisman“. Es ist eine billige Gasherdsicherung, die verhindert, daß aus einem Gasherd tödliches Gas entströmt, sobald überkochende Flüssigkeit die Flamme unbemerkt ausgelöscht hat. Ich kenne in München einen unternehmungslustigen Kutscher, der hat gleich nach Kriegsende alle Dungguben geleert, um die sich damals niemand kümmerte, und den Inhalt mit einem kleinen Handwagen fortgeschafft. Jetzt, nach kaum einem halben Dutzend Jahren, ist er Chef einer imposanten Transportfirma. Ich könnte die Liste dieser Tapferen, die inmitten von Trümmern und Gestöhne, von einfalllosem Pessimismus und bequemem Meckern nur mit ihrer eigenen Hände und Köpfe Arbeit höchst erfreuliche und nützliche Werte für sich und ihre Umgebung schufen, beliebig fortsetzen.

Wer denkt nicht auch hier an den Mann, der nach dem Zusammenbruch die zerschlagene Wirtschaft neu und in neuem Geiste aufbauen half: Hans Böckler? Oder aber an die Vertreter der Gewerkschaften, an die Arbeitsdirektoren, an die Betriebsräte und Vertrauensmänner, die ohne persönlichen Gewinn, ohne Amt und Ehren nach dem Kriege die verzweifelt erscheinende und undankbare Aufgabe bewältigten, den hungernden und frierenden Belegschaften klarzumachen, daß die Inangsetzung der zerstörten Betriebe das überpersönliche und zwingende Erfordernis sei? Oder an die braven Arbeiter und Angestellten, die für den Realwert einer Zigarette ihre zerbombten Arbeitsplätze wieder aufbauten und die deutsche Wirtschaft anlaufen ließen? Die Masse dieser Anonymen wuchs über sich selbst hinaus und schuf in ihrer Gesamtwirkung „das deutsche Wirtschaftswunder“.

Vielleicht schreibt jemand später das Lied des unbekannten Arbeiters . . . Darüber hinaus:

Natürlich kann nicht ein jeder zum Industriekönig aufsteigen und ein Villenbesitzer mit Cadillac werden. Mancher wird es eben nur gerade noch zum Fahrrad mit eingebautem Motor bringen. Aber seine Chance ausnutzen sollte ein jeder. Denn Chancen gibt es überall. Gerade heute und gerade im wiederaufbauenden Mitteleuropa. Gebratene Hühner fliegen nirgendwo durch die Luft. Und das Schönste im Leben sind doch die Hoffnungen und Träume, wenn sie auch nur zum Teil erfüllt werden.

Jugendausleihe in der Bücherei

Es ist Donnerstag und damit Jugendausleihe. Die Jungen und Mädels drängen herein, sobald um 11.30 Uhr geöffnet wird. Es sind Kinder des ersten und zweiten Schuljahres, einige sehr zaghaft und schüchtern, andere zwar ruhig, aber doch schon mit Wünschen nach bestimmten Märchenbüchern. Plötzlich fliegt die Tür mit einem Ruck auf, und eine Horde von zehn- bis vierzehnjährigen Jungen und Mädels stürmt den Ausleihraum. Sie bringt Leben und Frohsinn. Bestand unsere Aufgabe bisher darin, das kleine Völkchen aus seiner Zurückhaltung herauszulocken, so ist es nun unser Ziel, durch Strenge und Humor die nötige Arbeitsruhe zu schaffen. Die Zehn- bis Vierzehnjährigen kommen mit wesentlich anderen Wünschen als die Kleinen. Die Jungen verlangen Indianerbücher, Reiseabenteuer und Lausbubenstreiche, die Mädels ein schönes Mädchenbuch: „ . . . aber bitte eine zusammenhängende Geschichte.“ Es kommt natürlich auch vor, daß Mädchen die aufregendsten Abenteuerbücher lesen, und der Karl May steht bei diesen Rackern genau so hoch im Ansehen wie bei der Mehrzahl der Jungen. Eine Reihe Sonderinteressen ist natürlich zu beobachten. Einige Jungen lesen nur Tierbücher, einer sogar ausschließlich Vogelbücher. Der ständige Wunsch nach nordischen Märchen oder Trollgeschichten, in Verbindung mit einem Bastelbuch, bereitet uns auf die Dauer Kopfzerbrechen. Die Zähigkeit einiger Schlauberger, sich statt des einen Jugendbuches zwei zu erbetteln, ist bewundernswert und läßt uns oft heimlich

schmunzeln. Bemerkenswert ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Bücherei, wird doch häufig nach Büchern gefragt, die sich mit dem Schullehrplan decken.

Zum Schluß der Jugendausleihe um 14 Uhr haben wir die Gewißheit, viel Freude empfangen, aber auch viel Freude und Anregungen gegeben zu haben.



Es kann vorkommen . . .

daß jemand die deutsche Sprache nicht beherrscht. Das braucht nicht zu heißen, daß er grammatikalische Fehler spricht und mir und mich verwechselt. Das wäre nebenbei nicht ganz so wichtig. Aber: daß er nicht in der Lage ist, seine klaren Gedanken — gesetzt den Fall, er hätte sie — klar und deutlich und deutsch auszusprechen.

Das ist manchmal nicht einfach. Schlecht wird es, wenn er sein mangelhaftes Sprechen durch Fremdwörter zu ummanteln oder sogar sein geistiges Unvermögen zu vernebeln versucht. Das ist gegen den Hörer beinahe ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und dann kommt auch der Knall.

„Fremdwörter sind Glücksache“, heißt es sehr zu recht. Wenn z. B. stante pede mit status quo, Konzession mit Konzeption verwechselt wird, ist es ein Glück für den Sprecher, wenn

sein Gegenüber im völligen Nichtverstehen vor solcher Weisheit erschauernd zerfließt — aber ein Pech, wenn der Gesprächspartner etwas von „perfekt fremdländisch“ versteht. Dann macht er anständigerweise vorn ein sanftes Gesicht, hinten aber lacht er mit vollen Touren.

Ach ja, man soll den anderen nicht für dümmer halten, als man selbst aussieht.

Der olle Romberg, das unerreichte Original, hatte, so wird nett berichtet, einst mit einem französisch-feintuenden „Ober“ ein Wortgeplänke, das er mit den braven Worten abschloß: „Dä Baron von Romberg küert dütsch in Dütschland!“

Das sollte sich mancher sehr zu Herzen nehmen — auch wenn er anderswo blau ist als der Blaublütlige.

Wir machen uns kaputt!

Nur diejenigen, die unmittelbar in den Dingen stehen, wissen es: die Terminkalender sind überfüllt. Es ist kaum ein Abend in der Woche „frei“. Für Samstag/Sonntag häufen sich die Einladungen. Einladungen sind — meistens — durchaus gut gemeint. Jede Gemeinschaft — nach Wunsch auszufüllen: Betriebsabteilung, Kollegenkreis oder auch: Hunde-, Hühner-, Kaninchenzucht-, Ring-, Box-, Fußball- usw. Verein (um Gottes willen: kein Wort gegen die Vereine selbst!), soweit überhaupt Belegschaftsmitglieder in ihnen tätig sind — legt Wert darauf, „sie“ bei sich zu sehen (in Klammern: das ist manchmal nicht ganz uneigennützig).

Daran, daß die zeitgejagten Betroffenen vielfach öftlich-einmal in jeder Woche zu betriebswichtigen Verhandlungen zu fahren haben, daß sie „nebenbei“ hunderte Besprechungen, Rücksprachen, Vorstellungen, Diktate erledigen müssen, daß sie „ganz nebenbei“ ihre verantwortlichen Posten auszufüllen haben, daß sie überhaupt kein Privatleben mehr kennen, daran denken die wenigstens. „Sie“ aber werden aufgefressen und stöhnen nur manchmal aus tiefeinsten Herzen auf: „Wir machen uns kaputt!“

In den letzten Monaten sind 19 (neunzehn) Bundestagsabgeordnete tödlich zusammengebrochen. Sie alle standen im besten Mannesalter: um fünfzig herum. Die Zahl der in der Wirtschaft Verantwortlichen, die in den besten Jahren sterben, ist erschreckend hoch, sie ist so hoch, daß selbst in Amerika von der Manager-Krankheit gesprochen wird.

Die in der Wirtschaft Tätigen merken es nicht — sie haben vielfach keine Zeit, es zu merken —, wie gefährdet sie sind. Hin und wieder sorgen sich Außenstehende. So schrieb der württembergische Landesbischof Dr. Martin Haug an die

leitenden Männer der Wirtschaft: „Mit erschreckender Häufigkeit erreichen mich immer wieder Nachrichten von dem plötzlichen und frühen Tod führender und verdienter Männer aus Ihrem Kreis. Jedesmal entstehen hierdurch schmerzliche, schwer zu schließende Lücken. Jedesmal kommt hierbei Leid über Frau und Kinder, die oft schon lange vorher unter der Überlastung des Familienvaters zu leiden hatten.“

Der Bischof stellt in seinem Brief fest, daß an vielen dieser Todesfälle die über Menschenkraft gehenden Anforderungen schuldig seien, die an jeden einer wichtigen Aufgabe dienenden Mann während der Kriegs- und Nachkriegszeit gestellt waren. Nicht wenige seien auch von den seelischen Erschütterungen der vergangenen Jahre bedrängt worden. Der Bischof warnt davor, das Werk zum einzigen Inhalt des Lebens zu machen und die Warnungen zu überhören, die aus solchen schmerzlichen Nachrichten zu vernehmen seien. Gewiß sei der rasche Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Unterbringung eines Millionenheeres von Arbeitslosen und die Beschaffung wichtiger Güter des täglichen Bedarfs zu einem wesentlichen Teil dem rastlosen und erfolgreichen Einsatz der leitenden Männer der Wirtschaft zu verdanken. Es gäbe aber nicht nur die Sünde der Trägheit, sondern auch die Gefahr der Rastlosigkeit und des Zuvieltuns.

Der Bischof schließt mit den Worten: „Wagen Sie es, auch wenn Sie unentbehrlich sind, sich wieder Stille und Erholung zu gönnen . . . Es wird nicht nur Ihnen selbst und Ihrer Familie, sondern auch Ihrem Werk zugute kommen.“

Diese Worte sollten zum Nachdenken anregen, und zwar beide Seiten, die Einladenden und die Betroffenen: lohnt eine Einladung den Zeitverlust und den Arbeitseinsatz?!

KULTURELLE BLITZLICHTER

Nicht daran rühren?

Man denkt nicht gern an das Gestern, vor allem, wenn es ein brutales Gestern war. Das gilt nicht nur für das Politische, das Wirtschaftliche, das Soziale — das gilt auch für das Kulturelle. Alle diese Begriffe sind ineinander verzahnt, hinsichtlich des Gestern kaum voneinander zu trennen. Man verschließt — vor allem wenn man sich betroffen fühlen muß — allzu leicht die Augen. Wer würde heute einen Film über die Konzentrationslager sehen wollen? Wer greift heute zu einem Buch, das die Wahnsinnstaten des Nationalsozialismus schildert?

Es ist immerhin charakteristisch, daß ein Buch wie „Deutscher Widerstand“ von Rudolf Pechel in unserer Bücherei kaum entliehen wird. Hier wird z. B. aufgeführt, daß allein in Hamburg 12 163 Personen — und zwar 8327 Männer und 3864 Frauen — politische Gefangene waren, die in 32 KZs, 9 Jugenderziehungslagern, 15 Militärstrafanstalten und 227 Gefängnissen und Zuchthäusern inhaftiert wurden. Der Anteil der Jugendlichen beträgt 10,8 Prozent. Der sozialen Schicht nach waren 66,5 Prozent Arbeiter, Angestellte und Bauern,

8 Prozent Gewerbetreibende, 2,4 Prozent Intellektuelle, 1 Prozent Geistliche, 13,5 Prozent Militärpersonen und 9,5 Prozent ohne Berufsangaben.

Nicht daran rühren? Aber ja! Die letzte Entwicklung schreckt. Schon bejaht eine „Partei“ den Nationalsozialismus wieder. Schon werden Gestapoleute wieder in polizeiliche Stellungen berufen. Schon sitzen „sie“ wieder in maßgebenden Positionen. Schon füllen sich die Kinos bei den Filmen der „Reichs-Wasserleiche“ Söderbaum. Die Illustrierten schwelgen im Gestern. Es fehlt nur noch „Ich war Hitlers Hund“. Es ist mehr als erschütternd.

Wir — als Gesamtheit gesehen — wollen das Gestern vergessen und sehen das Heute nicht. Das Heute heißt im Osten auch: Konzentrationslager. Nur die Wachen haben gewechselt.

Wir aber sagen: Ohne mich!

Nicht daran rühren? Aber ja! Vergeben, wenn es sein muß — aber niemals vergessen!

Der schaffende Mensch im technischen Zeitalter

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. E. Franke
schreibt uns zu diesem stets interessanten Thema:

Die Technisierung ist zu plötzlich über die Menschheit gekommen. Noch zu Goethes Zeiten war z. B. als Beleuchtung die Öllampe in Gebrauch, die bereits zur Zeit der Pharaonen in gleicher Weise verwendet wurde. Die Technik hat zwar dem Menschen gewaltige Werke geschaffen, ihm das Erdendasein materiell wesentlich erleichtert, sie hat ihn aber nicht glücklicher gemacht. Wir müssen im Gegenteil beobachten, daß die Technik den Menschen völlig aus seiner seelischen Harmonie gelöst und ihn damit Konflikten ausgesetzt hat, denen der moderne Mensch ratlos und ohne sittlichen Halt gegenübersteht. Die Technik hat die Materie, das Stoffliche, höher als den Menschen gestellt, sie hat den Menschen gelöst von erdgebundener Arbeit, hat die Arbeitsteilung und damit eine Trennung der Arbeit von den daseinsbedingten Notwendigkeiten eingeführt. Der Mensch war nicht Subjekt des technischen Fortschritts, sondern zum Objekt herabgewürdigt. Die Harmonie zwischen seiner Persönlichkeit und seiner Arbeit wurde gestört. Damit brachte die Industrialisierung einen Abfall von der bis dahin gültigen sittlichen Ordnung.

Der Mensch sah mit Recht die Technik als seinen Feind an; er verfluchte die Maschine, die ihm die Handarbeit abnahm und mehr schaffte als er. Er lehnte sich in seiner inneren Verzweiflung dagegen auf und zerstörte sie. Alle Technik ist Menschenwerk, eine Erfindung des menschlichen Verstandes. Die Dämonie der Technik ist in Wirklichkeit die Dämonie des Menschenherzens. Sie führt zum Mißbrauch der Technik, wie wir sie insbesondere in der Kriegstechnik zur Zerstörung des Menschen erleben. Der Kampf gegen den Mißbrauch der Technik ist daher tatsächlich ein Kampf des Menschen mit seiner eigenen Seele.

Wer ohne Rechte, Dank und Anerkennung seine Arbeit verrichten muß, kann ihr mit Recht fluchen. Denn sie ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zwecke der Erhaltung des Daseins und zur Erlangung von Gelegenheit, ein Leben in Muße, Erholung, Freude an allem Wahren und Schönen, d. h. ein Leben in Würde als bevorzugtes Wesen der Schöpfung zu führen.

Gewiß hat es die Arbeitsteilung erst ermöglicht, daß die ständig wachsende Bevölkerung ernährt werden konnte, daß der Lebensstandard sich hob und immer mehr Menschen Arbeit erlangen konnten. Viele große Männer haben das hohe Lied der Arbeit gesungen und gepriesen. Sie wird aber erst unter bestimmten Voraussetzungen zu einem Ethos. Der Mensch an der Maschine, der tagaus, tagein den gleichen Handgriff zu machen hat, der nicht weiß, wofür er arbeitet, den Erfolg seiner Arbeit nicht sieht, kann in seiner Arbeit aber keinen Freund sehen, wenn nicht andere Menschlichkeitswerte mit ihm verbunden sind.

Die Technik muß ihr Ethos in der dienenden Ehrfurcht vor der Rangordnung der Werte finden. Sie ist nicht der allein anzuerkennende Wert; es gibt andere, höhere Werte. Höher stehen die Lebenswerte des Menschen, die geistigen, sakralen Werte. Die Technik soll dem Menschen für sein irdisches Dasein dienen, ihm die Arbeitslast erleichtern bzw. abnehmen, Konsumgüter zur Erleichterung des Lebens schaffen und so sich als der Freund und Diener des Menschen erweisen.

Nicht mehr die Maschine, sondern der Mensch muß im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen, nicht Hennekes und Stachanows wollen wir züchten, die die Technokratie als Göttin oder als Ersatzreligion anbeten. Wir wollen nicht den Massemenschen bzw. den Kollektivismus östlicher Prägung, aber auch nicht den Hochkapitalismus des Westens. Deutschland in seiner Mittellage muß beispielhaft in der Schaffung einer neuen Sozialordnung vorangehen.

Welche Auswege bieten sich nun, um aus der jetzigen Lage herauszukommen, die Harmonie von Arbeit und Mensch wiederherzustellen und der Technik die Rangordnung zu geben, die ihr im Verhältnis zum Menschen zukommt? Die Industrialisierung, Mechanisierung, kurz, die Technik ist weder aufzuhalten noch zurückzudrehen. Im Gegenteil, der technische Fortschritt muß bejaht werden, wenn wir die Stufen zu einer gerechten Sozialordnung emporsteigen wollen. Es geht darum, daß der Mensch auch im technischen Zeitalter, das alle Lebensbedingungen geändert, teilweise revolutioniert hat, wieder Freude an seiner Arbeit empfindet. Diese Aufgabe kann nicht von einem einzelnen Betrieb

Winterspiele in Oslo

Die „Deutsche Olympische Gesellschaft“ und das „Nationale Olympische Komitee“ haben ein sehr wertvolles Buch herausgebracht: „Olympia 1952, Winterspiele in Oslo“. Das Buch erscheint im Illustriertenformat mit 64 Seiten Tiefdruck und einem mehrfarbigen Umschlag. Es enthält ein erschöpfendes Bildmaterial aus allen Gebieten des Wintersports, die bei den Olympischen Spielen Geltung haben; gute und interessante Fotos; Interviews mit den großen Sportlern; Zeichnungen und Karikaturen; nicht zuletzt eine ausführliche Berichterstattung von anerkannten deutschen und ausländischen Sportredakteuren. Bei einem Preise von nur 2,— DM ist das Werk wirklich jedem Belegschaftsmitglied zu empfehlen.

Bestellungen — möglichst unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages — sind bei der *Pressestelle*, Dortmund, Eberhardstraße 23, abzugeben.



einer einzelnen Person, dem Staat allein gelöst werden. Sie und alle irdischen Einrichtungen, die Einfluß auf den Menschen nehmen, müssen sich zusammenfinden, um ein grundsätzliches Umdenken, bereits beim Kinde anfangend, einzuleiten. Der Arbeit muß der ihr anhaftende Fluch genommen werden, Arbeit muß befriedigen, wenn sie auch stets mit Mühe und Last verbunden sein und obgleich sie stets eine Notwendigkeit bleiben wird. Der Mensch ist mit Hand und Gehirn zum Arbeiten geschaffen. Er muß arbeiten, und zwar um so mehr, je rückständiger seine Technik ist.

Wenn der schaffende Mensch von heute wieder eine Harmonie zu seiner Arbeit finden soll, muß er einmal an sich selbst arbeiten. Dazu wird in einem weiteren Aufsatz, welcher sich mit der Technik als zeit- und arbeitsparendes Mittel beschäftigen wird, mehr zu sagen sein. Der Mensch muß aber auch in seiner Umwelt die Voraussetzungen finden, welche ihn in seinem Streben nach harmonischer Lebensführung leiten und unterstützen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist dabei die Anerkennung seiner Leistung und seiner Persönlichkeit. Diese Anerkennung darf nicht allein im Lohn oder Gehalt zum Ausdruck kommen, wie überhaupt den materiellen Gesichtspunkten letzten Endes nicht die entscheidende Rolle zufällt.

Erhebungen in den Betrieben haben gezeigt, daß neben einem auskömmlichen Entgelt und der Sicherung der Existenz die Anerkennung der Arbeit und menschenwürdige Behandlung die höchsten Wertziffern erhalten. Der Gedanke, seine Arbeit nicht unnütz getan zu haben, das Wissen um die Notwendigkeit seiner Arbeit, sein Können und Fachwissen, sein Vertrauen auf Anerkennung, die Gedanken an die Existenzsicherung seiner Nächsten und nicht zuletzt die Hoffnung auf eine ausreichende Muße sind Dinge, welche den schaffenden Menschen zu einer ausgeglichenen Einstellung zu seiner Arbeit kommen lassen.

Wichtig ist die richtige Auswahl der zur Menschenführung Verantwortlichen. Bisher war die fachliche Eignung zumeist ausschlaggebend für die Wahl der Vorgesetzten. Die Eignung zur Menschenführung und Menschenbehandlung sind aber genau so wichtig. Gerechtigkeit ist oberstes Gebot, damit das Mißtrauen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer endlich weicht und der Offenheit und Ehrlichkeit Platz macht. Nicht verstandesmäßige Bindungen allein dürfen obwalten, sondern ethische und gemütsmäßige Verbundenheit muß bei der gemeinsamen Arbeit, ob am Schraubstock oder Schreibpult verrichtet, Eingang finden.

Der Betrieb muß zu einem lebendigen Organismus werden, dessen Erfordernis die Produktion, dessen Zweck aber die

soziale Sicherung der darin Schaffenden und ihre Wertung als Menschen ist. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist das sogenannte Mitbestimmungsrecht, das die Tagesfrage von heute auf sozialem Gebiet bildet.

Betriebsführung, Sozialpartner, Gesetzgebung usw. müssen danach streben und alles Erdenkliche tun, daß der Zwiespalt zwischen Technik und Mensch, so wie er in großen Zügen angedeutet wurde, auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird. Der Betätigungsdrang, die Lust am Erfinden und Können, die Freude an Stoff und Materie, das Gefühl für Gerechtigkeit, Ehre und Sicherheit müssen in einer sozialen Betriebsordnung ihren Niederschlag finden. Der Gefahr der Entpersönlichung muß auf jede denkbare Art begegnet werden, besonders durch Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls. Im freien Dienen muß der Mensch das Gefühl für seine Menschenwürde zurückhalten und wahren können.

Auf dem Wege zu einer echten sozialen Ordnung gibt es ermutigende Ansätze: die seit 1947 bereits praktisch erprobte Mitbestimmung der Belegschaft über den Betriebsrat in den sogenannten entflochtenen Betrieben des Bergbaues und der Eisenindustrie, die gesetzliche Regelung in der gleichen Sache, die in vielen Betrieben unter den verschiedensten Formen eingeführte Gewinnbeteiligung und andere Erscheinungen mehr.

Sozialpartner, nicht Sozialgegner stehen sich in diesem Ringen gegenüber. Diese Dinge brauchen zu ihrer Reife Zeit, sogar viel Zeit. Wenn auch eine Teillösung aus den Betrieben erwachsen kann und die Sozialpartner ebenso einen wesentlichen Teil beisteuern können, so wird eine gesetzliche Lösung dennoch nicht zu umgehen sein. Sie darf nicht unter Zeitdruck und politischem Druck stehen. Eine alle befriedigende Ordnung wird es selbstverständlich aller Voraussicht nach niemals auf der Welt geben.

In jedem Menschen wird aus seinem Erkenntnisdrang heraus ein letztes Gefühl des Unerfülltseins bleiben. Jeder schaffende Mensch aber, der Verständnis für diese Dinge hat und mit wachsenden Sinnen durch das Leben geht, wird die Zeichen erkennen, unter denen sich diese neue Ordnung anbahnt. Der freie Arbeiter unserer Tage kann sich bereits als ein Glied in der Reihe der Schaffenden fühlen und das Bewußtsein haben, mit seiner, wenn auch noch so winzigen Funktion sinnvoll in das große Getriebe wirtschaftlichen Geschehens eingegliedert zu sein und am Aufbau und Fortschritt der Welt mitzuarbeiten. **Jeder kann nicht Direktor sein, aber alle verbindet das Tätigsein am gemeinsamen Werk.**

Unsere Siedlung beeindruckt Minister und Abgeordnete

Auf einer Besichtigungsfahrt zu mehreren Wohnsiedlungen besuchte der Wiederaufbauausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen einige im Dortmunder Raum bezogene und in Bau befindliche Siedlungen. Gleichzeitig überzeugten sich Wiederaufbauminister Dr. Schmidt und Sachbearbeiter des Landesministeriums von der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel, von der glücklich gelösten Anlage und soliden Ausführung der Wohnungen. Nach dem Bericht einer Dortmunder Tageszeitung „machte besonderen Eindruck auf die Besucher die ‚Franz-Zimmer-Siedlung‘ der Westfalenhütte in Kirchderne. Hierbei stellte der Wiederaufbauminister fest: Die öffentlichen Gelder für 456 Wohnungen der Westfalenhütte sind gut investiert. In Verbindung mit der Westfalenhütte wird die Stadt Dortmund, deren Großzügigkeit bei der Geländeaufschließung der Minister anerkannte, zwischen der Siedlung und dem Kirchderner Ortskern eine neue Schule bauen“. Über das „Siedlungsgebiet Dortmund-Kirchderne (Franz-Zimmer-Siedlung)“ stellt uns die Westfälische Heimstätte GmbH, provinzielle Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen, Zweigstelle Ruhr, folgendes Manuskript zur Verfügung:

Lage:

Das Siedlungsgebiet Dortmund-Kirchderne ist nördlich der ausgedehnten Industrieanlagen des Hüttenwerkes der Westfalenhütte auf einem leichten Höhenzug in Anlehnung an den alten Ortskern Kirchderne gelegen und schließt sich östlich an die von der Westfälischen Heimstätte kurz vor dem Kriege fertiggestellte reizvolle Springorum-Siedlung an, die etwa 50 Häuser umfaßt. Für den stark industrialisierten Dortmund Norden ist dieses Gebiet landschaftlich überraschend reizvoll und hat auch wegen seiner verhältnismäßig geringen Entfernung und günstigen Verkehrsverbindung zum Stadtmittelpunkt eine in jeder Beziehung bevorzugte Lage.

Erschließung:

Die Erschließung des Gesamtgebietes nach Plänen der Westfälischen Heimstätte ist entsprechend der leicht bewegten Oberflächengestaltung unter Berücksichtigung der natürlichen Entwässerungsmöglichkeiten von einem vorhandenen Feldweg, dem Baukamp, aus erfolgt, der sich, den Höhen-schichtlinien folgend, von West nach Ost durch das Gelände hinzieht. Der tiefer gelegene östliche Teil des Geländes muß aus entwässerungstechnischen Gründen von der Bebauung freigehalten werden und läßt dadurch den reizvollen Blick auf den alten baumumstandenen Ortskern des Kirchdorfes Kirchderne offen. Erst der höher gelegene westliche Teil des Geländes ist baulich nutzbar. Hier sollen an nordsüdlich verlaufenden Wohnstraßen beiderseits des Baukamps einzelne Kleinsiedlungsgruppen als nachbarschaftliche Einheiten entstehen. Nur eine die natürliche Senke westlich begrenzende Nord-Süd-Straße, die die Verbindung mit dem alten Ortskern Kirchderne herstellt, soll, ihrer Bedeutung entsprechend, eine geschlosseneren — wahrscheinlich zweigeschossige — Bebauung erhalten. Die notwendigsten Ladengeschäfte und Verkaufsstellen werden hier unterzubringen sein.

Bautypen:

Für die Kleinsiedlungen sind nach Mustern der Westfälischen Heimstätte Einzel- und Doppelhäuser geplant worden, die im Erdgeschoß eine dreiräumige Wohnung mit Stall und Wirtschaftsraum und im Dachgeschoß eine Zweiraumwohnung für den Einlieger und eine zusätzliche Schlafkammer enthalten. Zwischen den Kleinsiedlungen sind einige eingeschossige, zum Verkauf bestimmte Reihenhäuser eingefügt. Diese haben verschiedene Grundrisse, die zum Teil als Einfamilienhäuser, zum Teil als Zweifamilienhäuser aus-

geführt worden sind bzw. ihrer baldigen Vollendung entgegenzusehen.

Bauabschnitte:

Bisher sind zunächst einzelne Siedlerstellen am Baukamp und in späteren Abschnitten die südlich des Baukamps gelegenen Wohnhöfe und Wohnstraßen in folgende Bauabschnitte unter der Trägerschaft der Westfälischen Heimstätte fertiggestellt worden:

Bauabschnitt	Anzahl der		Zeitpunkt des		Bauzeit
	Stellen	Wohnungen	Baubeginns	Bezuges	
I	5	10	6. 4. 49	1. 4. 50	12 Monate
II	15	30	1. 5. 50	1. 11. 50	7 Monate
III	23	46	8. 7. 50	1. 2. 51	6 Monate
IV	20	40	7. 8. 51	1. 1. 52	5 Monate
Mietwohnungen und Eigenheim	—	34	20. 9. 51	20. 3. 52	6 Monate
		160			

Die Restbebauung des Geländes soll fortschreitend durchgeführt werden. Es sind noch etwa 80 Kleinsiedlungshäuser mit weiteren 160 Wohnungen und 17 Mietwohnungsblocks mit 136 Wohnungen vorgesehen, so daß mit den bereits fertiggestellten rund 450 Wohnungen geschaffen werden sollen.

Einsatz der Selbsthilfe:

Die ersten fünf Siedlerstellen des I. Abschnittes sind in Schüttbetonweise durchgeführt worden. Damals hat es sich gezeigt, daß bei Fehlen der entsprechenden Fachkräfte die Selbsthilfeleistungen nur sehr bedingt durchgeführt werden können. Auch wurde von seiten der Westfalenhütte infolge der zu weit gehenden Selbsthilfe eine ungünstige Beeinflussung der Leistung dieser Siedler im Betrieb festgestellt. Auf Grund dieser Tatsachen wurden von der Westfalenhütte zur Durchführung der nächsten Bauabschnitte die Werksdarlehen entsprechend erhöht. Preissteigerungen und Lohnerhöhungen müssen dann, soweit nicht größere Finanzierungsmittel vorhanden sind, jedoch von den Siedlern wiederum aufgefangen und die Siedler mit höherer Arbeitslastung belastet werden. Immer aber wurde von der Hütte zur Schonung der Kräfte der Werksangehörigen angestrebt, die Selbsthilfe noch weiter zu verringern, auch wenn die Werksdarlehen eine weitere Erhöhung erfahren mußten. Ein wesentlicher Teil der Selbsthilfearbeiten erstreckte sich auf die Aufschließungsarbeiten sowie auf die Ausschachtung von Leitungsräumen zur Verbilligung der Versorgungsanschlüsse.

Die Hütte hat bei den übrigen Selbsthilfearbeiten einen gelerntsten Maurer zur Verfügung gestellt, der die Siedlergemeinschaften zur Ableistung ihrer Selbsthilfearbeiten in Gemeinschaftsarbeit angeführt und betreut hat. Dies hat sich bei der Abwicklung als besonders vorteilhaft erwiesen.

Finanzierung:

Hinsichtlich der Baukosten und ihrer Finanzierung bleibt zu beachten, daß die Siedlungshäuser verschiedene Größen haben, daß also ein Vergleich der aufgestellten Zahlen hierauf Rücksicht nehmen muß. Die errechneten Durchschnittssätze des umbauten Raumes für die Gebäudekosten liegen bei den ersten Bauabschnitten niedriger, als sie jetzt zu-

DAS GROSSE

Eins muß dir immer gegenwärtig sein:

ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Stein,

ob fäustelhaltend du zur Tiefe dringst,

ob du des Feuers helle Kraft bezwingst,

ob du die Felder segnest mit der Saat

und Länder bindest mit dem Kupferdraht,

daß irgendwo ein Bruder steht

und schafft ein Gleiches mit der gleichen stummen Kraft,

daß überall ein Bruder so wie du

strebt sehnsuchtsvoll der Sonnenstunden zu,

in der, verbrüdernd eine ganze Welt,

er deine Hand in seiner Rechten hält.

Alfons Petzold



Minister Dr. Schmidt beim Verlassen eines Siedlungshauses

grunde gelegt werden müssen; die Einwirkung der Erhöhung von Baustoffpreisen und Löhnen wird nicht zu umgehen sein. Die Erschließungskosten konnten dank des weitgehenden Entgegenkommens der Stadt Dortmund wesentlich geringer gehalten werden, als es den tatsächlichen dafür geleisteten Ausgaben entsprochen hätte. Die Zahlen der Selbsthilfe halten sich im Rahmen des Möglichen, steigen aber mit den späteren Bauabschnitten unverkennbar an; dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß die Fremdmittel der Finanzierung mit der Erhöhung der Gesamtbaukosten nicht Schritt gehalten haben.

Mitwirkung der Westfalenhütte:

Das Siedlungsgelände kann als ausgesprochen werksnah bezeichnet werden. Unmittelbar in der Nähe liegt eine der Hütte gehörende Zementfabrik, und von hier aus besteht eine Bahnverbindung zu den Hauptarbeitsstellen des Werkes in durchschnittlich 5 Minuten Fahrzeit. In Anbetracht der Notwendigkeit und durch besondere Förderung der Westfalenhütte, die fast die gesamten Baustoffe kostenlos hergeben wird, hat die Stadtgemeinde sich entschlossen, eine neue leistungsfähige Schule auf dem freien Gelände zwischen der Siedlung und dem Ortskern Kirchnerne zu errichten. Auch mit diesen Bauarbeiten soll in Kürze begonnen werden.

Im Rahmen der Gestaltung der Siedlung hat die Westfalenhütte damit begonnen, zwischen dem Südrand des Siedlungsgeländes und einer weiter südlich gelegenen Schlackenhalde umfangreiche Anschüttungen und Neupflanzungen vorzunehmen, die sich an die restlichen alten Waldstücke anschließen und damit die neu entstehende Siedlung in eine Grünzone einbetten und gegen das Industriegelände abschirmen werden.

So ist es das Verdienst der Westfalenhütte, nicht nur durch die Hergabe der Werksdarlehen, sondern auch durch die Bereitstellung zusätzlicher Gelder und durch weitestgehende Mitarbeit die Franz-Zimmer-Siedlung in der dargestellten Gestalt und in der Kürze der Zeit entstehen zu lassen, in der sich die einzelnen Bauabschnitte abwickeln. Eines der größten Industrierwerke der Stadt Dortmund schafft hier in Zusammenarbeit mit den Behörden und der Westfälischen Heimstätte als Träger ein vorbildliches Wohngebiet und eine gesunde Gartenstadt.

Vom Kopfschmerz

Der Kopfschmerz ist nie eine Krankheit für sich, sondern immer nur Zeichen für eine andere Erkrankung. Als Nervenzentrale sind das Gehirn und die es umhüllenden Häute außerordentlich empfindlich gegen Unregelmäßigkeiten und Abwegigkeiten, die irgendwo im Körper bestehen.

Was kann nun alles den Kopfschmerz auslösen?

Beginnen wir bei der Aufzählung der Kopfschmerz verursachenden Erkrankungen im Bereich des Kopfes selbst. Hier wären zunächst die Hirnhautentzündungen in ihren verschiedenen Formen zu erwähnen. Der Sonnenstich ist eine entzündliche Reizung der Hirnhäute durch übermäßige Sonneneinstrahlung. Echte eitrige Entzündungen sind die ansteckende epidemische Hirnhautentzündung und die tuberkulöse Form. Alle drei Formen haben als Frühzeichen mehr oder weniger intensiven Kopfschmerz, der bald zum Erbrechen und zur Bewußtseinseintrübung führt.

Als Komplikation des Schädelbruchs und der Mittelohrentzündung ist der Hirnabszeß bekannt, wobei sich eine mehr oder weniger ausgedehnte Eiterhöhle innerhalb des Gehirns bildet. Bei meist langwierigem Verlauf ist der Kopfschmerz eines der frühen und hartnäckigen Zeichen dieser schweren Erkrankung.

Außerhalb des Schädelinneren sind Entzündungen der Nerven, die die Kopfhaut und das Gesicht versorgen, imstande, Kopfweh hervorzurufen. Hier findet man eine isolierte Druckempfindlichkeit im Nervenverlauf. Regelmäßig mit Kopfweh gehen einher die Stirnhöhlen- und Kieferhöhlenentzündung. Bei bestehender Mittelohrentzündung ist hinzutretender Kopfschmerz ein warnendes Zeichen dafür, daß die Eiterung sich einen Weg ins Schädelinnere bahnt.

Einen nicht unerheblichen Prozentsatz der Kopfschmerzen stellt das Konto der Augenerkrankungen. Hier seien zunächst die Brechungsfehler der Augen genannt (Kurzsichtigkeit, Weitsichtigkeit). Wird der Sehfehler nicht durch ein entsprechendes Brillenglas ausgeglichen, so wird das Auge überbeansprucht. Resultat: Kopfweh! Allgemein unbekannt ist die wissenschaftliche Tatsache, daß der bis dahin Normalsichtige mit Beginn der vierziger Jahre eine Nahsehhilfe braucht, weil die Linse im Augeninnern zu diesem Zeitpunkt allmählich unelastisch wird. Rasende Kopfschmerzen macht der grüne Star, der durch eine Steigerung des Augeninnendrucks hervorgerufen wird und zur Erblindung führen kann.

Gehen wir weiter bei unserer Fahndung nach kopfschmerzauslösenden Erkrankungen, so finden wir im Mundraum Zahnwurzeleiterungen und chronische Mandelentzündungen, die manchmal in dieser Richtung wirksam sind.

Im Brustraum ist es im wesentlichen das Herz, das für Kopfweh verantwortlich werden kann. Ist die Blutversorgung des Körpers bei Herzklappenfehlern oder anderweitigem Versagen der Herzkraft nicht intakt, so kann Kopfweh ausgelöst werden, einmal durch mangelnde Versorgung des Gehirns mit Blut, zum anderen durch Anhäufung von Schlackenstoffen in anderen, ebenso mangelhaft versorgten Organen, die sekundär sich dann schädigend auf den Kopf auswirkt. Auch abnorme Blutdrucksteigerung kann Kopfweh auslösen.

Im Bauchraum finden wir gleich wieder eine Reihe von Möglichkeiten, die Kopfweh im Gefolge haben können. Die Leber ist als Entgiftungsorgan ebenso wichtig wie die Nieren. Schädigung des Gewebes dieser Organe, insbesondere chronische Entzündungen, verursachen deswegen in der Regel langdauernde Kopfbeschwerden, ebenso die chronische Obstipation, wobei Giftstoffe aus dem Darm in die Blutbahn treten.

Damit gelangen wir nun zu den unteren Gliedmaßen. Auch hier findet sich noch eine versteckte Ursache für Kopfschmerzen, und zwar in Form der Krampfaderebildung. Sind diese Adererweiterungen sehr ausgedehnt, so versackt ein nicht unerheblicher Teil der Blutmenge in diesen Räumen, die zirkulierende Blutmenge nimmt ab und schädigt den Organismus überdies noch durch Übernahme von Schadstoffen aus den Krampfadergebieten, die sich im genannten Sinne auswirken können.

Wir sehen, daß eine stattliche Reihe von Erkrankungen in der Lage ist, uns mit dem weitverbreiteten Übel Kopfweh zu belasten. Nehmen wir noch die mannigfachen äußeren Ursachen hinzu (übermäßige Lichteinwirkung, Arbeiten bei schlechter Beleuchtung, Aufenthalt in schlecht belüfteten Räumen, Nikotin- und Alkoholmißbrauch usw.), so können wir sagen, daß auslösende Momente reichlich vorhanden sind. In jedem Falle genügt es aber nicht, den Kopfschmerz durch eine Tablette vertreiben zu wollen. Zumindest dann, wenn dieser längere Zeit anhält, sollte der Ursache nachgegangen werden.

Unfälle im Monat Februar

Im Monat Februar ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 135 leichte Unfälle; auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle vier leichte Unfälle. In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	630	13 (12)	— (—)	— (—)	13 (12)
Zementfabrik	79	4 (—)	— (—)	— (—)	4 (—)
Thomaswerk	295	7 (6)	— (—)	— (—)	7 (6)
Martinwerk	497	15 (6)	— (—)	— (—)	15 (6)
Steinfabrik	131	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Phosphatmühle	78	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaliberrwalzwerke	1 011	18 (13)	— (—)	— (—)	18 (13)
Blechwerk I/II	380	7 (6)	— (—)	— (—)	7 (6)
Werk Barop	508	8 (20)	— (—)	— (—)	8 (20)
Breitbandwalzwerk	158	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Spez.-Blechwalzwerk	145	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Preß- und Hammerwerk	164	9 (4)	— (—)	— (—)	9 (4)
Werkstatt Stockheide	42	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kaltwalzwerk	268	2 (4)	— (—)	— (—)	2 (4)
Drahtverfeinerung	362	3 (5)	— (—)	— (—)	3 (5)
Maschinenabteilung	1 296	7 (3)	— (—)	— (—)	7 (3)
Elektr. Abteilung	460	2 (1)	— (—)	— (—)	2 (1)
Mechanische Werkstätten	523	7 (5)	— (—)	— (—)	7 (5)
Eisenbahnbetriebe	877	11 (12)	— (—)	— (—)	11 (12)
Baubetriebe	466	10 (7)	— (—)	— (—)	10 (7)
Fahrbetriebe	70	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	126	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Sonstige Betriebe	326	2 (—)	— (—)	— (—)	2 (—)
Lehrwerkstatt	211	4 (2)	— (—)	— (—)	4 (2)
Sozialbetriebe	263	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Hauptverw.- u. Betr.-Angest.	1 505	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Summe	10 848	135 (115)	— (—)	— (—)	135 (115)
Wegeunfälle		4 (6)	— (—)	— (—)	— (—)

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern abgestellt. Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft besichtigte die Unfallschutteinrichtungen im Blechwalzwerk I/II.

Am 14. Februar 1952 hielt Prov.-Baurat Dipl.-Ing. Schnell aus Münster im Saal der Werksküche (Assauer-Kino) einen interessanten Vortrag über „Neue Erkenntnisse bei Unfällen durch elektrischen Strom“. Der Vortrag wurde von einer großen Anzahl Belegschaftsmitglieder besucht. Außerdem waren Vertreter der Gewerbeaufsicht, der Kriminalpolizei, der Staatsanwaltschaft und der zwei Dortmunder Hüttenwerke anwesend.

Im Berichtsmonat wurde wiederum eine größere Anzahl Belegschaftsmitglieder der Abt. Hochofen mit den Unfallschutzvorschriften bei Arbeiten mit Schneid- und Brenngeräten vertraut gemacht. Gleichzeitig erhielten die Betreffenden eine Unterweisung, wie man sich bei Bränden an Gasflaschen verhalten soll.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk und von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Oberschmelzer Paul Trawinski, Hochofen;
Monteur Paul Bellwinkel von der Firma Bolenz & Schäfer, beschäftigt im Werk Barop.

80jähriges Bestehen unserer Betriebskrankenkasse

Kein Staatswesen kann eine wichtigere Aufgabe haben als die, Wurzel und Stamm seines Volkstums dauernd gesund und kräftig zu erhalten. Diese Erkenntnis begründet alle Maßnahmen eines Kulturstaates zur Förderung des Wohles seiner Bevölkerung. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen umfaßt der Begriff Sozialpolitik. Einen großen Raum nimmt in diesem Rahmen die Fürsorge für Kranke ein. Ihre Durchführung ist die Krankenversicherung.

Ein Gesetz dieser Art gab es früher nicht. Wo nicht der Arbeitgeber aus seinen Mitteln half, war der Kranke auf sich selbst und die öffentliche Wohlfahrt angewiesen. Schon in früheren Zeiten aber wurden Fürsorgeeinrichtungen auf genossenschaftlicher Grundlage gegründet. Im mittelalterlichen Handwerk gab es viele Kassen zur Unterstützung der Kranken, die als Vorläufer der heutigen Krankenversicherung angesehen werden können. Mit der Entwicklung von Technik und Industrie im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts erlangten Fürsorgeeinrichtungen ähnlicher Art ihre Bedeutung, die in den Fabrikbetrieben entstanden. In der Erkenntnis, daß die Leistungsfähigkeit eines Betriebes wesentlich von der Gesundheit der in ihm Beschäftigten abhängt und aus sozialem Empfinden heraus haben schon seit der frühesten Entstehung der Fabrikbetriebe die Unternehmer eine besondere Fürsorge für ihre Arbeiter, namentlich die Krankenfürsorge, eingeführt. In der Form der so-



Der Leiter der Betriebskrankenkasse im Gespräch mit dem ältesten Kassenmitglied, dem 93jährigen Heinrich Schake, der regelmäßig unser Mitteilungsblatt liest, sehr lebhaft die Aufwärtsentwicklung unserer Hütte verfolgt und, wie er sagt, „in jeder Nacht vom Werk träumt“

genannten „Fabrikkrankenkassen“ entstanden die Vorläufer der heutigen Betriebskrankenkassen. Sie wurden freiwillig, ohne gesetzlichen Zwang, von den Unternehmern zum Wohle ihrer Arbeiter eingerichtet.

Auch unser Werk hat nicht lange gezögert, eine solche Kasse zu gründen. Die spärlichen, noch vorhandenen Berichte aus dieser Zeit zeigen, daß am 1. April 1872 die „Fabrikkrankenkasse des Eisen- und Stahlwerks Hoesch“ gegründet wurde.

Diese Kasse zählte damals 421 Mitglieder. Sie sah als Leistungen freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, kleine Heilmittel und vom 3. Tage der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit oder Verletzung an ein Krankengeld vor. Krankenhauspflege wurde in vollem Umfange übernommen und den verheirateten Mitgliedern für die Zeit der Krankenhauspflege ein Hausgeld gezahlt. Die Familienangehörigen hatten Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und zwei Drittel der Arzneikosten. Diese Leistungen wurden für Mitglieder und Angehörige 13 Wochen lang gewährt. In der Wochenhilfe für die Ehefrau übernahm die Kasse evtl. notwendige ärztliche Hilfe. Als Sterbegeld wurde bei Mitgliedern das 20fache des wirklichen täglichen Arbeitsverdienstes, bei Ehefrauen zwei Drittel, bei Kindern die Hälfte dieses Betrages gewährt. Die Kasse sah auch schon Fürsorge für Genesende für die Dauer eines Jahres bis zu 125,— Mark vor.

Die Beiträge betrugen 3,3 % des wirklichen Arbeitsverdienstes. Sowohl bei den Beiträgen als auch bei den Leistungen wurde ein Arbeitsverdienst von über 4,— Mark je Tag nicht mitberücksichtigt. Bei Mißbrauch der Kassenmittel konnte Ausschluß aus der Kasse erfolgen und eine Geldstrafe bis zu 20,— Mark festgesetzt werden. Bei sonstigen Verstößen war eine Geldstrafe bis zu 5,— Mark vorgesehen. Die heutige freie Arztwahl kannte man damals noch nicht. Die Kasse hatte Verträge mit einer ausreichenden Anzahl von Ärzten, die in Anspruch genommen werden konnten. Auch die Krankenhausbehandlung mußte in einem Krankenhaus durchgeführt werden, mit dem das Werk einen Vertrag hatte.

Die Mitgliedschaft war freiwillig. Das Werk verlangte jedoch von jedem seiner Angehörigen den Beitritt. Ein Gesetz, das die Versicherungspflicht vorschrieb, gab es noch nicht. Das erste derartige Gesetz ist das Krankenversicherungsgesetz vom 15. 6. 1883. Es wurde in den Jahren 1884 und 1885 ergänzt. Unsere Krankenkasse trug diesem Umstande Rechnung durch Errichtung einer neuen Satzung am 5. März 1886. Wesentliche Änderungen bezüglich der Beiträge und Leistungen enthielt die neue Satzung nicht. Die Kasse hatte schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes höhere Leistungen, als dieses erforderte. Es wurde aber dem Gesetz entsprechend die Versicherungspflicht aller Werksangehörigen vorgesehen und die freiwillige Versicherung ermöglicht.

Die Mitgliederzahl der Kasse betrug Ende 1885 1258, davon freiwillige 21. Bei einer Einnahme von 43 206,62 Mark und einer Ausgabe von 33 465,20 Mark betrug in diesem Jahre der Überschuß der Kasse 9737,92 Mark.

Nachdem der Gesetzgeber am 10. April 1892 durch eine Novelle eine umfassende Neuregelung der Krankenversicherung eingeführt hatte, wurde die Satzung ab 1. Januar 1893 neu herausgegeben. Der Name der Kasse wurde geändert in: „Betriebs-(Fabrik-)Krankenkasse für das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, jetzt Actiengesellschaft“. Die Grenze der Versicherungspflicht wurde für Angestellte auf ein Monatsgehalt von 2000,— Mark festgelegt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1904 erhielt die Kasse den Namen: „Betriebskrankenkasse für das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Actiengesellschaft in Dortmund“. Die Versicherungsgrenze wurde auf 5,— Mark täglich, die Leistungsdauer auf 26 Wochen erweitert, eine Wöchnerinnenunterstützung von 6 Wochen eingeführt. Bei Unfällen, die über 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, kamen die drei Wartetage in Fortfall.

Die Ordnungsstrafen wurden auf höchstens das dreifache Krankengeld festgesetzt. Das Sterbegeld wurde auf das 30fache des Grundlohnes erhöht. Bei Krankenhauspflege von Angehörigen übernahm die Kasse für Frauen 0,60 DM, für Kinder 0,35 DM je Tag bis zu 13 Wochen. Die Beiträge betrugen 3,9 % des Arbeitsverdienstes bis zu 5,— DM täglich. Die Kasse hatte damals schon 4088 Mitglieder. Erstmals, 1903, wurden auch weibliche Mitglieder geführt; es waren allerdings nur sechs, 1904 acht. Mit einer Einnahme von 237 602,79 M und einer Ausgabe von 230 081,38 M erzielte die Kasse einen Überschuß von 7521,41 M. Die Zahl der Krankheitsfälle betrug 1904 3618.

Auf Grund der Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung vom 11. Januar 1913 wurde am 1. Januar 1914 eine neue Satzung errichtet. Der Name der Kasse blieb unverändert. Erstmals finden wir in dieser Satzung die Selbstverwaltung dadurch berücksichtigt, daß sie eine Wahlordnung enthält. Es wurde in geheimer Urwahl von den Versicherten ein Ausschuß gewählt, und zwar in fünf Wahlabteilungen auf Grund von eingereichten Vorschlagslisten. Der Vorstand wurde ebenfalls in geheimer Wahl auf Grund von Vorschlagslisten durch die Mitglieder des Ausschusses gewählt. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1914 4674. Der Beitragssatz war unverändert 3,9 % des nach dem wirklichen Arbeitsverdienst errechneten Grundlohnes. Vielleicht infolge des ausgebrochenen Krieges setzte die Kasse im Jahre 1914 erstmalig Geld zu, allerdings nur den geringen Betrag von 1717,61 M.

Im Jahre 1915 ergab sich wieder ein Überschuß von 10 081,73 M. Den Krieg überstand die Kasse verhältnismäßig gut. Auch in der Nachkriegszeit entwickelte sich die Kasse zunächst weiter gut. 1922 hatte sie ihren bis dahin höchsten Mitgliederstand von 10 861. In diesem Jahre machte sich aber die Inflation bemerkbar. Der Beitrag mußte im Laufe des Jahres 1922 auf 5,4 %, 1923 auf 8 % heraufgesetzt werden. 1923 schloß die Kasse mit einem Überschuß von 62 270 256 504 253 325,85 Mark ab, das sind 62 Trillionen 270

Millionen 256 Milliarden 504 Millionen 253 Tausend 325 Mark und 85 Pfennige oder 62 270,26 Reichsmark.

In den folgenden Jahren ging der Mitgliederstand von Jahr zu Jahr zurück. Der Beitrag, der von 8 auf 4,8 % herabgesetzt wurde, reichte zur Deckung der Leistungen nicht aus, so daß die Kasse in den Jahren 1924—1926 mit Verlusten abschloß. Der Mitgliederbestand ging bis auf 7500 zurück. 1927 wurden erstmalig wieder Überschüsse erzielt, und auch die Mitgliederzahl stieg allmählich wieder an.

Durch viele Nachträge, die teilweise erhebliche Leistungsverbesserungen enthielten, wurde ab 1. Oktober 1929 eine Neufassung der Satzung erforderlich. Diese Satzung enthielt ungefähr die Leistungen, wie sie auch heute noch gewährt werden: Zuschläge zum Krankengeld für Angehörige, ein Hausgeld von $\frac{2}{3}$ des Krankengeldes, das durch Zuschläge für weitere Angehörige erhöht wurde, und volle Krankenhilfe für Familienangehörige. Bei Krankenhausbehandlung von Angehörigen übernahm die Kasse $\frac{3}{4}$ der Kosten. Das Sterbegeld betrug das 40fache des Grundlohnes, für Ehegatten $\frac{2}{3}$ und bei Kindern gestaffelt 25—40 % dieses Betrages. Die Fürsorge für Genesende sowie Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge waren erheblich ausgebaut worden; Kuren in Badeorten und ländlichen Krankenhäusern, Kinderkuren in dem dem Werk gehörenden Kinderheim Schleddehausen waren vorgesehen. Die Wochenhilfe für Mitglieder und Angehörigen war ausgebaut worden und hatte die heute noch gültige Form angenommen. Am 14. August 1933 wurde die Satzung durch eine Krankenordnung ergänzt, die die Rechte und Pflichten des Versicherten im Erkrankungsfalle festlegte.

Eine Änderung von einschneidender Bedeutung brachte das im Jahre 1933 eingeführte neue Arztrecht. Während bis dahin jede Kasse mit ihren Kassenärzten Verträge hatte, die sie nach Einzelleistungen oder nach einem frei abgeschlossenen Pauschalsatz bezahlte, wurden nun alle Ärzte zu allen Kassen zugelassen und nach einem Kopfpauschale bezahlt, das dadurch zusammenkam, daß jede Kasse für jedes ihrer Mitglieder einen bestimmten Betrag an die Kassenärztliche Vereinigung bezahlte. Dieser Zustand besteht auch heute noch. Ob dieses Verfahren gut und zweckmäßig ist, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Das Aufbaugesetz 1934 brachte die Errichtungssperre für neue Krankenkassen, wovon unsere Kasse nicht berührt wurde. Wichtig aber war, daß dieses Gesetz die Selbstverwaltung beseitigte und in der Verwaltung der Krankenkassen das „Führerprinzip“ in der Form einführte, daß der Leiter bestimmte und die Kassenmitglieder lediglich durch den Beirat mit beratender Stimme vertreten waren. Praktisch hat diese Maßnahme unsere Kasse ebenfalls nicht berührt, denn es ist auch nicht ein einziges Mal vorgekommen, daß der Leiter einen Beschluß gefaßt hätte, der nicht vom Beirat gebilligt worden wäre. Praktisch haben wir also die Selbstverwaltung auch unter dem Führerprinzip weiter durchgeführt.

Am 1. Mai 1938 errichtete die Kasse eine neue Satzung, die die inzwischen eingetretenen Veränderungen berücksichtigte. Die Kasse hatte damals 12 558 Mitglieder, von denen 349 weiblich waren und unter denen sich 706 freiwillige Mitglieder befanden. Das Vermögen der Kasse betrug Ende 1938 248 874,11 RM.

Der Ausbruch des 2. Weltkrieges berührte zunächst die Verhältnisse der Kasse wenig. Die Mitgliederzahl stieg allerdings dadurch erheblich an, daß die zur Wehrmacht Eingezogenen in der Kasse verblieben und viele neue Leute, vor allem Ausländer, hinzutraten. Die höchste Mitgliederzahl erreichte die Kasse im Januar 1945 mit 18 887. Das Vermögen der Kasse betrug 475 976,25 RM.

Der Zusammenbruch am 8. Mai 1945 wirkte sich auch für unsere Kasse katastrophal aus. Der Krankenstand stieg an auf 19,5 % der Mitglieder. Die flüssigen Mittel waren in kurzer Zeit vergriffen, und die Rücklagen waren nicht greifbar. Es entstand eine Schuldenlast von 550 000,— RM, die abgedeckt werden mußte. Zeitweilig konnten den Mitgliedern nur Abzahlungen auf das Krankengeld gewährt werden. Die Fehlbeträge wurden später erstattet. Es blieb nichts übrig, als am 1. September 1945 die Beiträge auf den höchsten gesetzlich möglichen Satz von 9 % heraufzusetzen und die Leistungen auf die gesetzlichen Mindestleistungen herabzusetzen. Infolge des Ausscheidens der Eingezogenen und der Ausländer sowie der Zerstörung des Werkes ging die Mitgliederzahl auf 6454 zurück. Als vorläufige Selbstverwal-

tungskörperschaft wurde ein neuer Beirat eingesetzt und vom Versicherungsamt bestätigt, der die Rechte des früheren Vorstandes erhielt. In der Praxis war dies aus den oben angeführten Gründen für unsere Kasse ohne Bedeutung.

Am 1. Januar 1946 trat die Sozialversicherungsdirektive Nr. 4 in Kraft, die für alle Krankenkassen einheitlich einen Beitrag von 6 % und Regelleistungen vorsah.

Mit dem Wiederanlaufen des Werkes erholte sich die Kasse schnell wieder. Sie war bald in der Lage, ihre Schulden abzustößen und eine neue Rücklage zu bilden. Diese wurde allerdings durch die Währungsreform erneut vernichtet, aber auch die letzten Schulden wurden dadurch getilgt.

Es stellte sich sehr bald heraus, daß Beiträge und Leistungen nicht im richtigen Verhältnis standen. Der gesetzlich festgelegte Beitrag hätte wesentlich höhere Leistungen ermöglicht, als erlaubt waren, und so entstanden für die Kasse erhebliche Überschüsse. Um diese einem sozialen Zweck zuzuwenden, wurden sie zum großen Teil gegen hypothekarische Sicherstellung Mitgliedern für den Wohnungsbau geliehen.

Der Mitgliederbestand der Kasse stieg ebenfalls schnell wieder an. 1946 hatten wir bereits wieder 8154, 1947 8575, 1948 9326, 1949 11 525 und 1950 13 770 Mitglieder.

Mit der Gründung der Westfalenhütte wurde die Kasse gemeinsame Betriebskrankenkasse zweier Werke und erhielt deshalb den Namen: „Gemeinsame Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte Dortmund Aktiengesellschaft und der Hoesch Aktiengesellschaft“. Die Zusammenarbeit der Kasse mit beiden Werken war jederzeit ausgezeichnet und reibungslos.

Am 1. Oktober 1950 kam die einschränkende Sozialversicherungsdirektive Nr. 4 wieder in Fortfall, und die Kassen konnten Beiträge und Leistungen wieder frei gestalten. Bewußt haben wir auf eine Beitragssenkung verzichtet und dafür unsere Leistungen weiter ausgebaut, so daß unsere Betriebskrankenkasse heute auf allen Gebieten, auf denen es für unsere Mitglieder zweckmäßig ist, die gesetzlich zulässigen Höchstleistungen gewährt. Es würde den Rahmen dieser Ausführungen überschreiten, wenn wir sie alle aufzählen wollten. An Beispielen seien genannt: Krankengeld bis 75 % des Grundlohnes, Hausgeld bis zur selben Höhe, Höchstbetrag für große Heilmittel 250,— DM, Zahnersatz in voller Höhe, Kuren in Badeorten, Landkrankenhäusern und Erholungsheimen ohne Zuzahlung in großer Zahl, Übernahme der vollen Kosten bei Krankenhausbehandlung von Angehörigen, Übernahme von Entbindungen im Hospital nicht nur in medizinisch, sondern auch in sozial begründeten Fällen (Wohnungsmangel). Als Sterbegeld wird für Mitglieder der 40fache Grundlohn, für Ehegatten $\frac{2}{3}$ davon und für Kinder und sonstige Angehörige entsprechende Prozentsätze gewährt.

Durch das Selbstverwaltungsgesetz vom 21. 2. 1951 wurde die Errichtungssperre für neue Krankenkassen wiederaufgehoben. Vor allem aber wurde die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger durch von den Mitgliedern in freier Wahl gewählte Vertreter wieder eingeführt. Leider scheitert die Durchführung dieser Maßnahme daran, daß das Wahlgesetz hierfür bis zum heutigen Tage noch nicht erschienen ist.

Das Vermögen unserer Kasse betrug Ende 1951 1 416 124,36 DM. Davon sind für Wohnungsbau angelegt 394 500,— DM, noch geplant 239 000,— DM. Die Mitgliederzahl der Kasse war am 31. 12. 1951 auf 14 297 angestiegen, davon 1217 weibliche, 1784 freiwillige Mitglieder. Von der Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung machen unsere Mitglieder gern Gebrauch. Wir haben 37 Mitglieder, die über 50, 13 die über 55 und 5 die über 60 Jahre bei uns versichert sind.

— Köhling —

Zahnersatz

In der letzten Ausgabe mußten wir mitteilen, daß der Zahnarzt Dr. Weller, Dortmund, Münsterstraße 46, von dem Prothetik-Vertrag ausgeschlossen worden war. Inzwischen hat der hierfür zuständige Ausschuß diese Maßnahme bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit wiederaufgehoben. Unsere Mitglieder können also zunächst auch für Zahnersatz den Zahnarzt Dr. Weller weiter in Anspruch nehmen. — Köhling —

BETRIEBSKRANKENKASSE

Unsere Ärzte (2.)

Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern die Anschriften und Sprechstundenzeiten der Ärzte von Groß-Dortmund bekannt

Praktische Ärzte in Dortmund-Mengede und Umgebung

Dr. med.	Sprechstundenzeit:	mittw. u. samst.: Tel.:
Hallermann, Mengede, Castroper Straße 36	8.00—10.00, 14.30—16.00	8.00—10.00 11686
v. Lonsky, Mengede, Wodanstraße 42	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00 11560
Pälken, Westerfilde, Westerfilder Straße 79	8.30—10.00, 14.30—16.00	8.30—10.00 11586
Pillmann, Mengede, Castroper Straße 19	8.00—11.00, 14.30—16.00	
Platte, Mengede, Castroper Straße 54	8.30—10.00, 15.00—16.30	8.30—10.00 11744
Pöttker, Ingeborg, Mengede, Burgweg 48	9.00—10.30, 14.00—15.30	
Zimpelmann, Mengede, Castroper Straße 32	8.30—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00 11730
Staupendahl, Bodelschwingh, Bodelschwingher Straße 202		11245

Praktische Ärzte in Dortmund-Derne und Umgebung

Feld, Kirchderne, Derner Straße 459	9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00 52549
Fricke, Derne, Altenderner Straße 13	8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00 53185
Hanneken, Derne, Rotdornallee 23	9.00—11.30	9.00—11.30 52778
Windmüller, Derne, Hostedder Straße 6	8.00—10.00, 16.00—17.30	8.00—10.00 52129

Praktische Ärzte in Dortmund-Asseln, Wickede und Umgebung

Gnuse, Husen, Husener Straße 71	9.00—11.00, 15.00—16.00	9.00—11.00 52405
Oesingmann, Asseln, Hellweg 83	8.00—10.00, 15.00—16.30	8.00—10.00 52225
Peter, Wickede, Hellweg 50	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00 52081
Schnier, Wickede, Hellweg 181	8.00—10.00, 15.00—16.30	8.00—10.00 52319
Stäps, Asseln, Hellweg 119	8.00—10.00, 15.00—16.30	8.00—10.00 52364

Fachärzte für Augenkrankheiten

Baum, Dortmund, Rheinische Straße 22	9.00—12.00, 15.30—17.00	9.00—12.00 22850
Brons, Dortmund, Kaiserstraße 59	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 22468
Guizetti, Gerda, Dortmund, Ostwall 3	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 23168
Kammann, Hörde, Bollwerkstraße 4	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 41624
Krekeler, Dortmund, Hiltropwall 2	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 23334
Kolditz, Hombruch, Harkortstraße 60	9.00—12.00, 16.00—18.00	9.00—12.00 35838
Reccius, Dortmund, Münsterstraße 36	8.30—12.00, 15.00—17.00	8.30—12.00 31604
Ruge, Brackel, Hellweg 113	8.00—12.00, 16.00—18.00	9.00—12.00 52959
Schaefer, Dortmund, Hansaplatz 2	10.00—12.00	22708
Schwagmeyer, Dortmund, Münsterstraße 95		
Stewens, Hermann, Markt 4	9.30—12.30, 15.00—17.00	9.30—12.30 41771
Schmitt, Lütgendortmund, Werner Straße 17	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00 62929
Volkmer, Hörde, Rathausstraße 30	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00 41936
Wagner, Dortmund, Oesterholzstraße 27	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 34376
Ziemssen, Dortmund, Rheinische Straße 130	9.30—12.00, 15.00—16.30	9.30—12.00 35535

Fachärzte für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten

Arnoldi, Dortmund, Münsterstraße 20	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00 35927
Batz, Dortmund, Markt 4	8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00 22918
Beck, Dortmund, Lindemannstraße 56	10.00—12.00, 15.00—18.00	10.00—12.00 23262
Blanke, Carla, Hörde, Bollwerkstraße 6	8.30—11.30, 15.00—17.00	8.30—11.30 40716
Böhlhoff, Dortmund, Ostenhellweg 1	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00 23025
Borchardt, Dortmund, Rheinische Straße 74	10.00—12.00, 16.00—18.00	10.00—12.00 32026
Brasch, Dortmund, Nordstraße 57	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 33788
Finis, Hörde, Rathausstraße 1	10.00—12.00, 16.00—18.00	10.00—12.00 40501
Große-Oetringhaus, Prinz-Friedrich-Karl-Straße 11	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 21870
Hallermann, Mengede, Castroper Straße 36	9.00—11.00, 15.30—17.00	9.00—11.00 11686
Haver, Berghofen, Berghofer Straße 124	9.00—12.30	41240
Hesmert, Lütgendortmund, Westermannstraße 18	9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00 62179
Keine, Dortmund, Kaiserstraße 102	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00 30024
Köster, Eving, Evinger Straße 162	9.00—11.00, 16.00—17.00	9.00—11.00 31311
Lattau, Kleinholthausen, Schneiderstraße 11	10.00—12.00, 15.00—16.00	10.00—12.00 40440
Mertens jun., Dortmund, Hiltropwall 2	9.00—11.30, 15.30—17.00	9.00—11.30 21187
Nordhoff, Dortmund, Ostwall 3	9.00—11.30, 15.00—16.00	8.00—11.30 22466
Perwitzschky, Erna, Asseln, Hellweg 93	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 33504
Stöber, Hörde, Semerteichstraße 168	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 40583
Sybrecht, Dortmund, Hansastraße 20—22	10.00—12.00, 15.00—17.00	10.00—12.00 30090
Thiesbürger, Oespel, Karolinenstraße 9	15.00—18.00	15.00—18.00 62237
Vahnstiege, Beurhausstraße 49		

Fachärzte für Röntgen- und Strahlenheilkunde

Klems, Dortmund, Ostrandweg 21	9.00—13.00, 15.00—17.00	9.00—13.00 21203
Weber, Dortmund, Hansaplatz 2	9.00—12.00, 15.00—17.00	9.00—12.00 23290

Fachärzte für Erkrankungen der Harnwege

Fenner, Dortmund, Göbenstraße 7	10.00—13.00, 15.00—18.00	10.00—13.00 21389
Poth, Dortmund, Markt 4	9.30—12.30, 15.30—17.30	9.30—12.30 22238
Roxlau, Dortmund, Hiltropwall 2	11.30—13.00, 16.00—18.00	11.30—13.00 21226

(Fortsetzung folgt)

GEISSLER



Auf die Minute

pflegten wir unsere Termine einzuhalten. Dafür sind wir bekannt. Wenn bei der gegenwärtigen Rohstoffverknappung sich unsere Lieferfristen verlängern, so sind wir auch unter schwierigen Verhältnissen bemüht, den Wünschen unserer Kundschaft gerecht zu werden.

Wir erzeugen:

**Handelsbleche · Qualitätsbleche
Breitband · Handelseisen
Qualitätsstähle · Betonsonderstahl
Oberbaumaterial · Spundwandeseisen
Schmiedestücke · Grubenausbau
Drahterzeugnisse · Nebenerzeugnisse**



WESTFALENHÜTTE A G. DORTMUND